

Sand im Getriebe 51

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de



Genua, St.Petersburg, Heiligenhafen:

G8 versenken!

Die mächtigen Charaktermasken des imperialen Projektes versammeln sich in diesem Sommer mal wieder, diesmal in St.Petersburg.

Sie können allerdings nicht verhindern, dass überall der Unwille über die herrschenden Strukturen vernehmbar wird, am deutlichsten in Lateinamerika. Dort werden nicht nur theoretische Konzepte einer alternativen Gesellschaft diskutiert, sondern auch praktisch erprobt. Hugo **Chavez** nannte das auf dem Alternativtreffen in Wien den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Evo **Morales** spricht von der Wiederaneignung der seit 500 Jahren geplünderten Ressourcen.

Der Aufruf von Bamako (SiG50) sieht ein **neues historisches Subjekt** heranreifen, das die gegenwärtigen Strukturen der Weltunordnung in Frage stellen könnte.

Inhaltsverzeichnis

Peter Wahl	PR-Show oder Weltregierung? Die Bedeutung der G8 Gipfel in der globalisierten Welt	3
BUKO	G8 delegitimieren, soziale Bewegungen stärken, Alternativen leben	8
Interventionistische Linke	Eine andere Welt ist längst da!	11
	Aktionskonferenz in Rostock am 25./26. März 2006	12
Attac Berlin AG Globale- Soziale-Rechte	G8 versenken! Globale Soziale Rechte weltweit!	13
Chris Methmann	Die G8 – Motor der globalen Erwärmung	16
Claudia Haydt	Iran-Uran-Krieg? Bombendrohungen aus dem Glashaus	18
Friedensratschlag	Kongobeschluss des Bundestags eine Katastrophe	23
Regina Sternal	Kairo Konferenz	24
Enlazando Alternativas 2	Schlussfolgerung Nein zum europäischen "ALCA"	25
Johann Schögler	Bilanz vom 4. Europäischen Sozialforum in Athen	28
Konferenz „Alternativer Ecofin“	Wirtschaftspolitik für ein anderes Europa“	29
Ryszard Pratkowski	Der Einfluss der Neoliberalismus auf die Lohnarbeit in Polen	30
Winfried Wolf	Stoppt den Börsenwahn – keine Heuschreckenbahn!	32
Aufruf gegen Bush Besuch		36

Die **Wiederbelebung strategischer Debatten** beschränkt sich aber nicht auf den globalen Süden.

Im wissenschaftlichen Beirat von Attac-D (SiG44) wurde die Notwendigkeit der Entwicklung von Alternativen mit langem Zeithorizont angemahnt. In Frankreich wird Attac in diesem Sommer ein Manifest veröffentlicht und darin „Vorschläge zum deutlichen Bruch mit dem Neoliberalismus“ entwickeln.

In Deutschland formiert sich eine neue Linke aus sozialen Bewegungen und Parteien, die um programmatische Klarheit ringt. Dazu gehört auch die **Überprüfung der Begriffe**, die wir zur Beschreibung der Wirklichkeit verwenden. Ist „**Globalisierung**“ als Zentralbegriff überhaupt noch akzeptabel, oder ist es – wie Oscar Lafontaine selbstkritisch meint – ein Nebelbegriff, der durch den präziseren Begriff „**Kapitalismus**“ ersetzt werden sollte, der Roß und Reiter benennt und Eigentum und Macht kennzeichnet?

Im Rahmen der Öffnung zu neuen strategischen Fragestellungen dokumentieren wir die unterschiedlichen theoretischen Ansätze, wie sie im Zusammenhang mit der **Mobilisierung zu den G8 Spektakeln** in St. Petersburg(2006) und Heiligendamm(2007) debattiert werden. Peter Wahl gibt einen Überblick über Geschichte und Bedeutung der

G8-Treffen unter dem Begriff der „**imperialen Global Governance**“. Eine Arbeitsgruppe von BUKO fragt: „*Wie kann der Gipfel der 8 kritisiert werden, ohne in eine problematische Sicht der „bösen 8 gegen den Rest der Welt“ zu verfallen, der den Blick auf dieses scheinbare Machtzentrum verengt und dabei **globale Herrschaftsverhältnisse und -systeme** ausklammert?*“ Ein Papier der „Interventionistischen Linken“ meint: „**Eine andere Welt ist längst da!**“ Die AG Globale-Soziale-Rechte von Attac Berlin benennt die **Privatisierungswelle** im Norden wie im globalen Süden als Teil einer „*globale Enteignungsökonomie*“ und fordert:

„*Die Durchsetzung Globaler Sozialer Rechte hat also eine Neuordnung innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen Gesellschaften zur Folge, die ausgehend von einem erweiterten Verständnis von Selbstbestimmung und Menschenrechten auf eine radikal solidarische Umgestaltung der Weltgesellschaft hinweist.*“



Zur **Privatisierung der Deutschen Bundesbahn** hat Winfred Wolf auf dem Ratschlag von Attac-D eine furiose Analyse vorgelegt, in der er schlussfolgert: „*Unsere strategische Gegenposition im Rahmen der Globalisierungskritik lautet: Wir kritisieren die wachsende Macht der Konzerne. Wir kritisieren die perspektivlose und zukunftsfeindliche Konzentration auf einen ölbasierten Kapitalismus. Wir treten ein für den Erhalt der Option auf eine Energie- und Verkehrswende. Das aber setzt die strukturelle Möglichkeit der **strategischen Einflussnahme** in diesem Sektor voraus – und damit eine Infrastruktur und Bahnen in **öffentlichem Eigentum***“.

In Wien trafen sich soziale Bewegungen aus Europa und Lateinamerika parallel mit den Regierungschefs zu einem alternativen Treffen. „*Die Sozialbewegungen sagen "Nein" zum Freihandel zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika*“. Wir dokumentieren außerdem die wachsende Vernetzung der globalisierungskritischen Bewegung auf verschiedenen Konferenzen: die Ecofin-Konferenz in Wien, das Europäische Sozialforum in Athen, die 4. Kairo-Konferenz gegen neoliberale Globalisierung, Krieg und Besatzung

Claudia Haydt analysiert Geschichte und geopolitische Zusammenhänge des immer noch gefährlichen **Iran-Konflikts**. Die Militarisierung der Gesellschaften nimmt dramatische Züge an. Auf ihrer jüngsten Tagung in Brüssel hat die NATO angekündigt, dass sie künftig fähig sein will, 8 Kriege gleichzeitig zu führen, mit zusammen 300000 Soldaten. Dabei ist natürlich auch die Bundeswehr, die jetzt schon mal in der VR **Kongo** üben will. „*Der Kongoeinsatz ist denjenigen willkommen, die eine stärkere geopolitische Rolle Deutschlands und der EU im weltweiten Kampf um Ressourcen wollen und sie auch militärisch erzwingen wollen.*“ (Friedensratschlag)

Am 14.7. besucht der oberste Kriegsverbrecher in unser Land. Nutzen wir die Gelegenheit, ihm und Frau Merkel – zusammen mit der Friedensbewegung – bundesweit die Meinung zu sagen:

Kriege beenden - Kriegsplanungen stoppen! Kein Blut für Öl!

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Die Beiträge zu G8 wurden von Jakob Huber zusammen gestellt. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes Peter Strotmann (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich), Florence Proton (Attac Schweiz)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen:

– Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 € 2 Hefte: 4,50 €

3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.
– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto:
Förderverein für Attac in Hamburg e.V.,

Kontonummer: 211 000 000,
BLZ: 43 06 09 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

Peter Wahl

PR-Show oder Weltregierung ?

Die Bedeutung der G8 Gipfel in der globalisierten Welt

Auszüge aus dem Attac-Basistext „G8: PR-Show oder Weltregierung?“

Der Club – informell, elitär, exklusiv, undemokratisch

Die G 8 werden oft als *Club der Reichen und Mächtigen* bezeichnet. Der Begriff *Club* passt in der Tat sehr gut, wenn man sich einmal ansieht was ein Club ursprünglich war. Der Club entstand im 16. Jahrhundert als geschlossene Männervereinigung in England. Im Club trafen sich *Gentlemen* (dt.: Edelmänner), d.h. die Vertreter der Aristokratie, später dann auch der Bourgeoisie, um sich formlos zu unterhalten, Bridge oder Billard zu spielen. Manchmal auch, um die gut ausgestattete Bibliothek zu nutzen, gepflegt zu speisen und nebenher ein paar Geschäfte anzubahnen oder eine politische Intrige einzufädeln.

Zusammenfassend lassen sich die Strukturen eines Clubs folgendermaßen charakterisieren:

- informell
- elitär
- exklusiv
- undemokratisch.

Damit haben wir bereits wesentliche Züge der Strukturen der G 8 beisammen.

Am prinzipiell informellen Charakter der G 8 wird sich auch auf absehbare Zeit nichts ändern. Das sieht die Bundesregierung ganz ähnlich. So heißt es auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums unmissverständlich: „Die G8 bleiben auch weiterhin ein informelles Abstimmungsforum.“

Denn die Funktionen, die ihm seine Protagonisten zugeordnet haben, kann es gerade in dieser Form am ehesten erfüllen. „Die Gipfel wurden für drei Zwecke geschaffen:

1. *kollektives Management der Weltwirtschaft, indem Europa, Japan und Kanada gemeinsame Verantwortung mit den Vereinigten Staaten tragen;*
2. *die Spannungen der Interdependenz zu vermindern, die dadurch entstehen, dass externe Faktoren in wachsendem Maße in die Innenpolitik eindringen;*
3. *politische Führung zu gewährleisten, indem Staats- und Regierungschefs die Zusammenarbeit weiter führen, wo ihre Beamten und Minister dies nicht mehr können“* so einer der erfahrensten Politikberater der G 8 (Bayne 2000).



AttacBasisTexte 21 96 Seiten (Juni 2006)
EUR 6.50 sFr 12.00 ISBN 3 -89965 -180 -4

Die G 8 im System imperialer Global Governance

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Grundstruktur des internationalen Systems drastisch verändert. An die Stelle der bipolaren Machtkonstellation, die fast ein halbes Jahrhundert lang den Gang der Weltgeschichte dominiert hatte, trat nun ein System, das in machtpolitischer Hinsicht im wesentlichen unipolar ist. Die USA sind die einzige übrig geblieben Supermacht. Der Abstand zu allen anderen ist so groß, dass sich ein starkes Gefälle zu den übrigen großen Mächten ergibt. Das heißt zwar nicht totale Herrschaft, aber dennoch ergab sich in den neunziger Jahren daraus die Möglichkeit, das internationale System neu zu gestalten. Die USA sind dabei das einzige Land, das das Potential hat sowohl zu weitreichendem – wenn auch nicht unbegrenztem – Unilateralismus als auch die Option in plurilateralen oder multilateralen Zusammenhängen zu operieren, bzw. diese miteinander beliebig zu kombinieren. Im Umgestaltungsprozess des internationalen Systems in den 90er Jahren waren die G 7, bzw. nach der Integration Russlands die G 8, ein Instrument. Aber eben nur eines unter anderen - und nicht einmal das wichtigste. Denn zum einen setzten die USA stark unilateral auf strategische Initiativen wie z.B. die Schaffung einer amerikanischen Freihandelszone, oder sie nutzen andere Organisationen. So war die geographische Ausdehnung der NATO nach Ost-

europa als auch die Ausweitung ihres Mandats ein amerikanisches Projekt, dass die Position der USA gestärkt hat. Zumal dies auch dazu diente, den US-Einfluss in der Region gegenüber der EU-Osterweiterung zu konsolidieren. Wie weitsichtig dies war, zeigte sich beim Irak-Krieg, als sich die EU-Beitrittsländer auf die Seite Washingtons schlugen.

Dass die G 7/8 in der Neuformierung der Weltordnung nicht die entscheidende Rolle spielten, hängt auch damit zusammen, dass die Europäischen Mitglieder der G 7 unter den neuen Rahmenbedingungen verstärkt eigene Interessen verfolgen. Für die Blockdisziplin, die in Zeiten des Kalten Krieges existierte, besteht nun keine Veranlassung mehr. Mit der sog. „Lissabonstrategie“, die die EU bis 2010 zur wettbewerbstärksten Größe weltweit machen will, der Entwicklung einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik und dem Aufbau entsprechender militärischer Kapazitäten haben die Europäer selbst imperiale Ansprüche angemeldet. Auch Russland versucht unter Putin, die eigenständige Rolle Russlands als Großmacht stärker zu betonen. D.h. die zentrifugalen Tendenzen in der G 8 haben zugenommen. Wobei der extreme Unilateralismus der Bush-Administration seinerseits diesen Trend wechselwirkend mit diesen Tendenzen verstärkt. Eine Unbotmäßigkeit, wie sie Frankreich und Deutschland beim Irak-Krieg an den Tag legten, wäre unter Bedingungen der Blockkonfrontation unmöglich gewesen.

Hinzu kommt, dass die gegenwärtige Globalisierungswelle, die mehr als ein Jahrzehnt vor dem Ende des Kalten Krieges eingesetzt hatte, nun aber auch in territorialer Hinsicht im wahrsten Sinne des Wortes global wurde. Dieser Prozess beeinflusst seinerseits die Neuordnung des internationalen Systems, vor allem deshalb, weil die Grundgröße des traditionellen internationalen Systems, der Nationalstaat, einen Gestalt- und Funktionswandel durchmacht. Das hat Konsequenzen für die traditionellen internationalen Institutionen und internationalen Beziehungen. Im Zuge der Globalisierung tritt ein neuer Typ von internationalen oder besser gesagt, transnationalen Beziehungen auf, der mit dem Schlagwort *Global Governance* bezeichnet wird. Zwar bestehen auch die alten Strukturen noch weiter, aber ihr Stellenwert verändert sich, und mit dem Auftreten des neuen Elements verändert sich auch das Ganze.

...

Es ist ein globalisierter Kapitalismus entstanden, der dem frühen Manchesterkapitalismus insofern gleicht, als er bisher kaum durch politische Regulierung eingehgt, gezähmt und zivilisiert wurde. Was im Rahmen des Nationalstaates vor allem die Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und ihre Parteien in harten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erkämpft hatten, nämlich eine sozialstaatliche Zivilisierung des Kapitalismus, bricht jetzt unter Bedingungen der neoliberalen Globalisierung so nach und nach weg.

Es ist offensichtlich, dass die Möglichkeiten, diese Prozesse auf nationalstaatlicher Ebene zu regulieren, deutlich geringer geworden sind. Das ist ein Prozess, der noch ziemlich am Anfang steht. Er bedeutet nicht, dass der Nationalstaat als solcher völlig bedeutungslos geworden wäre, noch das dieser Prozess auf die Entstehung eines Weltstaates zulaufen würde. Auch muss zwischen Nationalstaat und Nationalstaat differenziert werden. Die USA sind nicht Burkina Faso.

Zugleich sind es Nationalstaaten - darunter an prominenter Stelle die G 7 - gewesen, die diesen Prozess betrieben haben. Es kann also keine Rede davon sein, dass der Nationalstaat das bemitleidenswerte Opfer dieser Entwicklung sei. Aber als historische Grundtendenz ist ein Steuerungs- und Bedeutungsverlust des Nationalstaates dennoch unverkennbar. Um zu einem Bild zu greifen: es ist ein wenig wie mit dem Geist, der, einmal aus der Flasche entwichen, nicht wieder dorthin zurückzuholen ist.

Nationalstaat, Globalisierung und Demokratie

Wer den Nationalstaat nicht für das letzte Wort der Geschichte hält und in dessen Geschichte und den damit verbundenen Tragödien auch reichliche Argumente für diese Sichtweise findet, der wird sich sagen: Na und! Ist doch gut wenn der Nationalstaat endlich überwunden wird. Der nationalen Enge und Beschränktheit kann man endlich entkommen. Die Utopien des Kosmopolitismus, von Schillers und Beethovens *„Alle Menschen werden Brüder“* über den Internationalismus der Arbeiterbewegung - *„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“* - bis zum *„Come together“* des Diskurses von der Einen Welt, rücken mit der Schwächung des Nationalstaates ein ordentliches Stück näher.

Aber so einfach liegen die Dinge nicht. Denn der Nationalstaat ist nicht nur das Nationale, sondern untrennbar mit dem Territorialprinzip des Nationalstaates ist auch die parlamentarische Demokratie verbunden. Der Souverän der Demokratie ist der Staatsbürger. Aber der Staatsbürger ist immer Bürger eines konkreten Nationalstaates, er ist Bürger Frankreichs, Indiens, Südafrikas oder Brasiliens. Demokratietheoretisch gesprochen: es gibt eine Einheit von

Wählenden und Gewählten. Die Herrschaft von George Bush ist daher demokratisch legitim für die Bürgerinnen und Bürger der USA. Die Franzosen oder die Mexikaner jedoch haben Bush nicht gewählt. Insofern kann er auch nicht in deren Namen sprechen oder gar Entscheidungen fällen. Jedenfalls nicht mit demokratischer Legitimation.

Im Zuge der Globalisierung löst sich die Identität zwischen Wahlbürgern und -bürgerinnen und -jnen, die die politischen Entscheidungen treffen, tendenziell auf, und Entscheidungen werden dem Zugriff der Gewählten entzogen werden. Dabei sind es jetzt nicht nur andere, mächtige Staaten, die kleineren und weniger mächtigen ihren Willen aufzwingen können - das gibt es schon immer, obgleich mit der zunehmenden Vernetzung der Welt dieser Fall immer häufiger eintritt - jetzt bestimmen auch zunehmend Fondsmanager, Banker, Börsenjobber, Aufsichtsräte von Transnationalen Unternehmen u.a. mit keinerlei demokratischer Legitimität versehene Gremien schicksalhafte Entscheidungen für Millionen und Abermillionen von Menschen, und dies auch über nationale Grenzen hinweg. Solange wirtschaften im wesentlichen innerhalb des Nationalstaates stattfand, unterlag es auch nationalstaatlicher Regulierung. Im Ergebnis langer gesellschaftlicher Kämpfe der Arbeiter- Frauen- Umwelt- u.a. sozialer Bewegungen war der ungezügelt Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts dabei durch eine Vielzahl von Sozial- Arbeits- Umwelt- Gesundheits- Wettbewerbs- Kartell- etc. Gesetzgebungen zumindest in den Industrieländern zivilisiert und bis zu einem gewissen Maße demokratischer Kontrolle unterworfen worden. Für die globalisierte Wirtschaft dagegen existiert ein solcher Ordnungsrahmen nicht. Es gibt keinen Weltstaat: *„Weil der Nationalstaat seine Entscheidungen auf territorialer Grundlage organisieren muss, besteht in der interdependenten Weltgesellschaft immer seltener ein Kongruenz zwischen Beteiligten und Betroffenen.“* Wir haben es also mit einer grundlegenden Tendenz zur Entdemokratisierung zu tun, die dem neoliberalen dominierten Typ von Globalisierung inneohnt.

Politische Regulierung transnationaler Prozesse notwendig

Sowohl aus der historisch neuen Tendenz der Transnationalisierung des Kapitalismus als auch aus den globalen Problemlagen ergeben sich aber zugleich neue Anforderungen an politische Steuerung und Regulierung jenseits des Nationalstaates, und selbstverständlich können Steuerung und Regulierung nicht technokratisch erfolgen, sondern müssen demokratisch legitimiert sein.

Diese Konsequenz ist zunächst auch einmal unabhängig von grundsätzlichen politischen Präferenzen. Auch wenn man G 8, IWF,

Weltbank und NATO heute abschaffen könnte, bliebe doch die Notwendigkeit internationaler Strukturen und internationaler Steuerung. Die Rückkehr in die Welt des traditionellen Nationalstaates ist nicht mehr möglich. Auch und gerade aus Sicht einer emanzipatorischen Position ist die politische Gestaltung von Wirtschaft in transnationalem Rahmen notwendig. Und *politisch* heißt eben nicht marktförmig und damit unabhängig vom Willen der Einzelnen, sondern ganz im Sinne des Ursprungs des Begriffs Politik aus dem Griechischen *polis* (das Gemeinwesen, die Stadt). Dessen Gestaltung muss in den Händen der Bürgerinnen und Bürger liegen und nicht in der unsichtbaren Hand des Marktes. Denn nur so ist gewährleistet, dass die Interessen aller Menschen in die Gesamtentwicklung des Gemeinwesens eingehen. Überlässt man die Steuerung einer unsichtbaren Hand, so bedeutet dies nicht nur die Aufgabe von Selbstbestimmung und Autonomie des Einzelnen zugunsten eines anonymen Mechanismus, sondern es führt auch dazu, dass die soziale Ungerechtigkeit zunimmt. Denn der Markt verteilt nicht nur Ressourcen, sondern auch Armut und Reichtum - und damit Lebenschancen, Einfluss und Macht. Er privilegiert die mächtigen und reichen Minderheiten, die mit seiner Hilfe in einem sich selbst verstärkenden Rückkopplungsprozess noch reicher und mächtiger werden.

Wenn wir dies nun auf die G 8 anwenden, dann wird deutlich, dass das Undemokratische an den G 8 nicht nur darin besteht, globale Politik zu machen, ohne globale Legitimität dafür zu besitzen. Hinzu kommt, dass das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, für dessen Durchsetzung sie sich stark machen, per se und strukturell eine Dynamik zur Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, mächtig und ohnmächtig, oben und unten enthält, d.h. undemokratisch ist.

Allerdings sei auch hier noch einmal darauf hingewiesen, dass die G 8 nicht die einzige Institution ist, die dies betreibt. Vielmehr ist, sie Teil - wenn auch sehr prominenter - eines umfassenderen internationalen Systems.

Global Governance

Global Governance ist ein Regulierungs- und Steuerungssystem ohne zentrale Durchsetzungsgewalt, wie es die Exekutive im Nationalstaat ist. Sie ist unterhalb der Schwelle formeller internationaler Staatlichkeit ein Geflecht aus staatlichen Akteuren, formellen und informellen multilateralen Institutionen, völkerrechtlichen Verträgen, freiwilligen Normen und Standards und informellen Mechanismen. Auf eine bündige Formel gebracht: *Global Governance ist Regulierung ohne Regierung.*

Der Begriff ist inzwischen in den Globalisierungsdiskurs eingegangen und wird auch im Mainstream verwendet. Man findet ihn

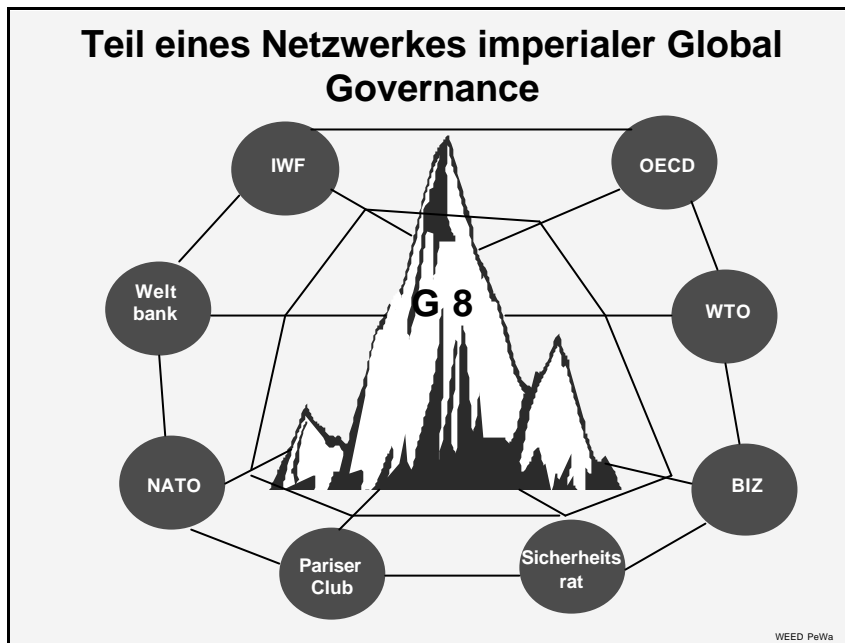
bei der Weltbank ebenso wie beim konservativen Brookings Institut, nicht zuletzt um den Standort der G 8 im internationalen System zu definieren. So formuliert der Leiter des *G 8 Information Centre* an der Universität Toronto: „Die G 8 ist in jeder Hinsicht eine *Global Governance Institution*.“

In der Tat, die G 8 sind Teil eines Geflechts aus internationalen Institutionen. Sie neh-

men dabei auch eine wichtige Stellung ein, aber nicht als das alles entscheidende Machtzentrum, dessen Entscheidungen sich alle unterzuordnen hätten. Vielmehr dienen sie als Schaltstelle, als Clearingstelle Abstimmungs- und Koordinationsgremium. Wirkliche Macht verkörpern sie nur dort, wo ihre Interessen übereinstimmen und wo sie sich dementsprechend auf gemeinsame Entscheidungen einigen können. Dort wo

dies nicht der Fall ist, werden die Grenzen des Clubs schnell sichtbar.

Die wichtigsten dieser Institutionen sind der IWF, die Weltbank, die WTO, OECD, NATO, der Pariser Club, die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der UN-Sicherheitsrat.



Global Governance als imperiales System

Wie wir aus den vorherigen Abschnitten sehen, ist *Global Governance* kein Zukunftsprojekt, sondern bereits real existierend. Das Geflecht aus staatlichen Akteuren, formellen und informellen multilateralen Institutionen, völkerrechtlichen Verträgen, freiwilligen Normen und Standards und informellen Mechanismen funktioniert bereits. Das System entwickelt sich, verändert sich auch, aber es muss nicht erst neu geschaffen werden. Es ist auch durchaus nicht monolithisch, sondern erträgt Widersprüche und Spannungen, und verarbeitet sie flexibel, ohne dass seine Grundfunktionen in Frage gestellt wurden. Es ist aus der Struktur des traditionellen internationalen Systems erwachsen, und die G 8 haben in diesem Prozess eine wichtige Rolle gespielt. In dieser Hinsicht gibt es Parallelen zur Entstehung des Systems der modernen Nationalstaaten aus dem Feudalismus heraus. Auch diese setzte nicht an einem historischen Nullpunkt ein, bei dem sich die verschiedenen Feudalstaaten in herrschaftsfreiem Diskurs darauf geeinigt hätten, eine neues System von territorialen Einheiten zu etablieren. Vielmehr war dies ein herrschaftsförmiger Prozess, getrieben von den Machtinteressen der damals herrschend Eliten. Er war mit Gewalt und Krieg verbunden, und in seinen Ergebnissen setzten sich letztlich die machtpolitisch stärksten

Kräfte durch. Sehr gut kann man das an der Entstehung des deutschen Nationalstaates sehen, die 1871 mit der Reichsgründung zum Abschluss kam. Er war die Resultante langwieriger Hegemonialkämpfe in denen zum Schluss als wichtigste Spieler Preussen und Österreich übrig waren. Die Reichsgründung kam schließlich unter preussischer Führung zustande. Dementsprechend wurde der neue entstandne Nationalstaat stark von der Führungsmacht und deren zivilisatorischer, kultureller und politischer Rückständigkeit sowie ihrem berüchtigten Militarismus beeinflusst.

In ähnlicher Weise wird auch die Herausbildung des real existierenden Systems der *Global Governance* durch herrschaftsförmige Asymmetrien und machtpolitische Auseinandersetzungen geprägt. Die Gestaltung und Steuerung der neu entstandenen transnationalen Räume der Globalisierung ist kein macht- und herrschaftsfreier Vorgang. Er wird dominiert von den USA und dies zunächst unabhängig von den G 8 und anderen internationalen Institutionen. Insofern trägt dieses Governance System imperiale Züge.

Gleichzeitig bedienen sich die USA anderer Institutionen, darunter die G 8. In einer Art Ko-Management oder als Juniorpartner ist die Gruppe der nächstgrößeren Industrieländer einbezogen. Diese haben sowohl gleichgerichtete als auch rivalisierende Interessen. Die G 8 ist sehr gut geeignet, die Dynamik

aus Kooperation und Konkurrenz aufzunehmen. Denn dank ihrer informellen Club-Struktur weist sie eine größere Flexibilität als formelle Institutionen auf. Der Aufstieg einiger Schwellenländer, insbesondere Chinas, Indiens und Brasiliens macht es über kurz oder lang ohnehin notwendig, dem auch institutionell Ausdruck zu verleihen.

Die Heterogenität der Gruppe würde zwar weiter zunehmen, und gemeinsame Projekte, wie das bisherige Schuldenmanagement, wären zukünftig in diesem Rahmen nicht mehr möglich. Die Durchschlagskraft bei Themen, wo ein Konsens besteht, würde aber beträchtlich zunehmen. Gleichzeitig würde die Funktion der Früherkennung von Konflikten und Krisen an Bedeutung gewinnen.

Was kommt dabei raus?

Die Gipfel behandeln inzwischen alle ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Probleme, die internationale oder globale Dimensionen haben. Da stellt sich natürlich die Frage, was dabei praktisch herauskommt. Eine eindeutige und klare Antwort darauf gibt es nicht. Und zwar deshalb, weil die Praxis der G 8 in diesem Punkt nicht eindeutig und klar ist. Es gibt Politikfelder, bei denen die G 8 wenig greifbare Ergebnisse produzieren, es gibt aber auch andere, wo die Gipfelentscheidung beträchtliche Wirkungsmächtigkeit entfalten.

Die Wirkung der Gipfel kann unterschiedliche Gestalt annehmen. Wenn man sie in systematischen Kategorien erfassen wollte, könnte man sie folgendermaßen klassifizieren:

- Agenda Setting ohne praktische Konsequenzen
- diplomatische Sondierungs- und Abtastdebatten unter den G 8
- Bildung und Verfestigung ideologischer Hegemonieinteressen
- Konkrete politische Maßnahmen und Programme.

Dabei kann es durchaus zu Überschneidungen zwischen den Kategorien kommen, etwa wenn ein neues Thema - sagen wir *Hilfe für Afrika* - auf die Tagesordnung kommt, ohne dass daraus praktische Konsequenzen folgen. Das trägt dann dazu bei, dass die Akzeptanz der Institution abgesichert wird, weil die G 8 sich als entwicklungsfreundliche Vorkämpfer gegen die Armut präsentieren können. Das funktioniert, solange die große Mehrheit die entwicklungsfreundliche Rhetorik ernst nimmt. Zur Kategorie des Agenda Setting, ohne praktische Konsequenzen gehört zum Beispiel das Thema *Digital Gap*, das in Okinawa zum Thema wurde. Es gab Studien, eine Arbeitsgruppe, eine feierliche Charta und schließlich ein Aktionsprogramm, aber in der Sache hat sich absolut nichts getan. Auch für die Themen Energie und Umwelt gilt dies. Wenn der erste russische Gipfel 2006, genau wie der erste in Rambouillet 1975, das Thema Energie zum Schwerpunkt hat dann, fällt ein Bilanz über die 30 Jahre sehr ernüchternd aus (s. ausführlicher Kapitel 6).

Zur zweiten Kategorie, der diplomatischen Sondierungs- und Abtastdebatten, gehören z.B. die Gipfel bei denen Umweltthemen diskutiert wurden, wie in Tokio 1993. Ein Jahr nach der Rio-Konferenz lag es nahe, Umwelt auf die Tagesordnung zu bringen. Allerdings ist insbesondere die Klimafrage unter den G 8 schon immer kontrovers. Vor allem die USA spielen hier die Rolle des Bremsers. Da dient ein solches Thema auf dem Gipfel allenfalls dazu, auszuloten, ob Kompromisse möglich sind und wo die Grenzen der Zusammenarbeit liegen. Ein anderes Thema dieser Kategorie war der Irak-Krieg, bei dem die G 8 gespalten waren. Während Russland, Frankreich, Kanada und Deutschland diesen Krieg nicht befürworteten, standen Großbritannien, Italien und Japan auf der Seite der USA. Auch hier lagen die Interessen innerhalb der G 8 zu weit auseinander, als dass mehr als ein diplomatischer Meinungs-austausch dazu zustande gekommen wäre.

Solche Meinungsverschiedenheiten gab es auch früher, so zum Beispiel in der Strategie gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Übereinstimmung gab es zwar im Grundsätzlichen. So heißt es schon in der Erklärung von Rambouillet ganz am An-

fang: „*Wir kamen zusammen, weil wir gemeinsame Auffassungen hegen und gemeinsame Verantwortung tragen. Jeder von uns verantwortlich für die Regierung einer offenen, demokratischen Gesellschaft, die sich zur Freiheit des Einzelnen und zum sozialen Fortschritt bekennt.*“ Aber in der konkreten Ausgestaltung der Ostpolitik, gab es erhebliche Unterschiede, seit die Bundesrepublik den Kurs der sog. „Entspannungspolitik“ fuhr, dem zunehmend auch die Europäer folgten, während die USA eine eher konfrontative Strategie verfolgte, vor allem in der langen Ära Reagan.

Alles nur PR?

Die dritte Kategorie, Bildung und Verfestigung ideologischer Hegemonieinteressen durch die Gipfel, ist eine ihrer wichtigen Funktionen. Die konservative Kritik, die in den Gipfeln nur einen Public Relations und Propagandetermin sieht, unterschätzt die Bedeutung von Public Relations und Propaganda. In dem Maße wie die öffentlich wahrgenommene Politik immer stärker auf Symbolik und mediale Vermittlung schrumpft, eingepackt in Personality Shows, in dem Maße wächst auch die Bedeutung von Ideologie, d.h. der Herrschaft über die Köpfe der Menschen. Sie ist eine zunehmend wichtiger werdende Quelle in einem komplexen System von Herrschaft.

Die vier Säulen moderner Herrschaft

Die Basis dieses Systems bilden natürlich nach wie vor die traditionellen Instrumente zur Ausübung personaler Gewalt, wie Polizei, Armee, Gefängnisse etc., die das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen können. Höchst wirkungsvoll ergänzt werden die traditionellen Quellen von Macht durch die „stumme Gewalt“ der ökonomischen Verhältnisse, wie Marx das einmal genannt hat. Gerade gegenwärtig spüren immer mehr Menschen die Gewalt dieses stummen Zwangs. Prekarisierung, eine Reservearmee von fünf Millionen Erwerbslosen, die Angst den Arbeitsplatz zu verlieren und vor dem Abstieg in die Armut unter Hartz IV disziplinieren ungemein. Aber auch schon vorher erzeugen die ökonomischen Verhältnisse eine Menge Konformismus und Wohlverhalten.

Demokratie und Herrschaft

Die dritte Säule moderner Herrschaft sind die Institutionen der parlamentarischen Demokratie und ihr Normensystem. Theoretisch ist unser politisches System zwar demokratisch angelegt und auch in der Praxis im Vergleich zu autoritären Regimes und Diktaturen tatsächlich eine

nicht zu vergleichende andere Qualität an Zivilisiertheit und humanen Fortschritts. Es geht hier deshalb auch nicht darum, die historischen Errungenschaften der Demokratie in Frage zu stellen, sondern im Gegenteil, es geht um mehr Demokratie. Denn das bestehende System genügt inzwischen schon längst nicht mehr den demokratische Ansprüchen und Notwendigkeiten des 21. Jahrhunderts. Demokratie kann nicht reduziert werden auf ein System von einmal etablierten Institutionen und Regeln, sondern ist auch ein unabgeschlossener Prozess der steten Demokratisierung.

Es ist hier nicht der Raum, im einzelnen auf die ebenso komplexen wie politisch brisanten Probleme des parlamentarischen Systems einzugehen. Deshalb seine nur stichwortartig einige Dimensionen von Aspekten Felder aufgezeigt:

- Die Ökonomie wird aus der Demokratie ausgeklammert, obwohl ökonomische Entscheidungen heute oft dramatische Konsequenzen für Millionen von Menschen, mitunter für ganze Nationen haben können. Als die Demokratietheorie im 18. Jahrhundert das Eigentum – und gemeint war damals schon das Eigentum an Produktionsmitteln – in die zu schützenden Menschenrechte stellte, war ein Unternehmen mit mehr als Hundert Arbeitern schon riesig und die Ausnahme. Die geistigen Väter der Demokratie und Menschenrechte konnten sich gar nicht vorstellen, dass es einmal Transnationale Unternehmen mit mehreren Hunderttausend Beschäftigten geben würde, deren Investitionsentscheidungen und Firmenpolitik über das Wohl und Wehe oft von Millionen von Menschen entscheiden, nicht selten über Grenzen hinweg. Daher muss das Eigentumsrecht heute an die Realitäten angepasst werden und diese großen Akteure demokratisiert und stärker öffentlichen Kontrolle unterworfen werden.

- Die Globalisierung der Finanzmärkte hat dazu geführt, dass die Global Player zur „Fünften Gewalt“ geworden sind. Von niemandem gewählt und durch nichts demokratisch legitimiert üben sie dennoch Entscheidungsdruck aus, dem demokratisch gewählte Politiker sich nicht zu entziehen in der Lage sehen. „Wir können nicht Politik gegen die Finanzmärkte machen“, bekannte der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer (Frankfurter Rundschau, 30.9.2003). Ökonomische Partikularinteressen werden zum

„Sachzwang“ deklariert. Oder anders ausgedrückt; „Die lähmende Aussicht, dass sich die nationale Politik in Zukunft auf das mehr oder weniger intelligente Management einer erzwungenen Anpassung an Imperative der ‚Standortsicherung‘ reduziert, entzieht den politischen Auseinandersetzungen den letzten Rest an Substanz“ (Habermas 1998)

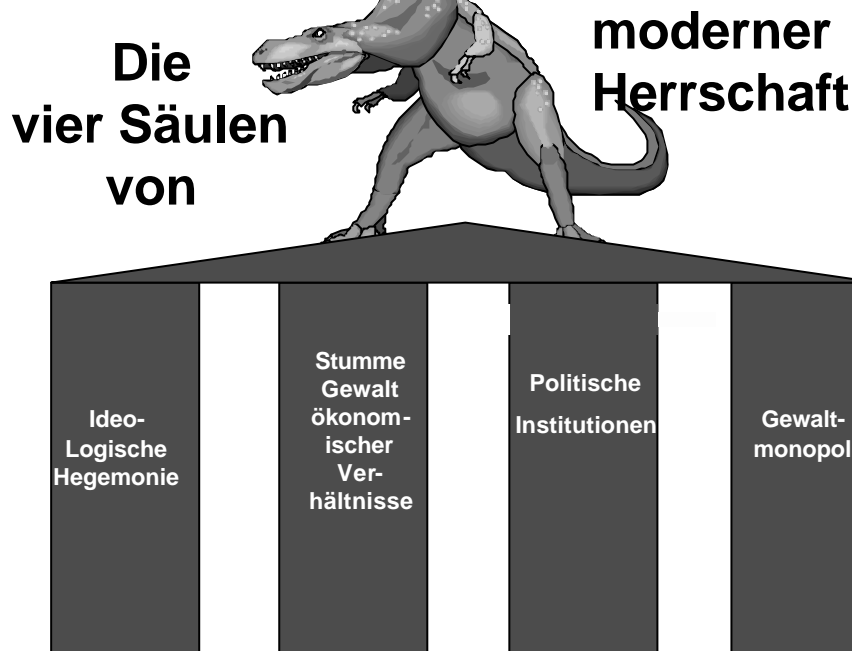
- Die gegenwärtige Welle der Globalisierung bringt auch auf politischer Ebene neue Formen der Internationalisierung hervor. Das Stichwort lautet hier *Global Governance*. Die G 8 gehören in diesen Kontext.

Auch dies wirft grundlegende Demokratiefragen auf. Dieses Thema wird im vierten Kapitel ausführlicher diskutiert.

- Die modernen Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, haben die Funktionsweise der Demokratie stark verändert. Informiertheit, Problembewusstsein, Aufklärung sind Voraussetzungen von demokratischen staatsbürgerliche Entscheidungen. Die Medien nehmen diese Rolle immer weniger wahr. Neben politisch tendenziöser Berichterstattung wächst jener Sektor, der eher nach dem Slogan der alten Römer *„Brot und Spiele“*

die Entpolitisierung und Ruhigstellung ganzer Bevölkerungsgruppen betreibt.

Wie man sieht, tun sich an mehreren Ecken und Enden Demokratiedefizite auf. Zwar finden regelmäßig freie Wahlen statt, und die politischen Menschenrechte sind bei uns noch weitgehend intakt. Aber für die ökonomischen und sozialen Menschenrechte gilt das schon nicht mehr. Wenn man sich angesichts dessen auf den Standpunkt stellt: Demokratie ist das was wir bei und haben, dann gerät das etablierte parlamentarische System in die Gefahr zur Fassade zu werden und wirkliche Demokratisierung zu blockieren.



Die Herrschaft über die Köpfe

Aber ohne die ideologische Hegemonie wäre die Wirkung der drei anderen Machtfaktoren beschränkt. Deshalb werden sie durch ideologische Hegemonie perfektioniert. Hegemonie heißt Dominanz durch Konsens. Das bedeutet, Hegemonie funktioniert durch die Köpfe der Menschen hindurch. Der Begriff erklärt, warum Menschen bereit sind, sich Verhältnissen unterzuordnen, die ihren Interessen eigentlich entgegenstehen, ohne dass man sie mit offener Gewalt dazu zwingt.

Diese Komponente moderner Herrschaft wird immer wichtiger. Deshalb geht das Argument vom „Medienzirkus“, „Phototermin“ und der „PR-Show“ der G 8 in die Irre. Das was an Image und ideologischer Hegemonie bei den Gipfeln herauskommt ist den Einsatz durchaus wert. Zumindest solange, wie die kritischen Stimmen demgegenüber in einer deutlichen Minderheit sind. Denn wenn heute jede Talkshow Moderatorin, wenn jeder Leitartikler auch noch des hinterletzte Provinzblattes die neoliberalen Klischees im Brustton tiefster Überzeugung

absondert, dann ist das zwar nicht allein das Verdienst der G 8, aber sie haben sehr früh und beträchtliche Anteil am Siegeszug des neoliberalen Dogmen. Die G 8 beeinflussen das politische, ideologische Klima in der Welt in beachtlichem Maße und erfüllen damit auch die Funktion dessen, was der französische Philosoph Althusser als ideologische Staatsapparate bezeichnet (Althusser 1977).

Die Wirkungsmächtigkeit der G 8

Aber auch jenseits der ideologischen Sphäre entfalten die G 8 geschichtsmächtige Wirkung und greifen sehr real in ökonomische und gesellschaftliche Prozesse ein. Ein Beispiel aus ihrer jüngeren Geschichte ist der Krieg gegen den Terrorismus. Allerdings kommen wenn hier natürlich die G 8 nicht allein zum Einsatz. Bei einem solchen Number One Thema der Supermacht werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, von der NATO, über die UNO bis zur Weltpostorganisation. Die G 8 ist dabei nur eine Platt-

form unter anderen. Wenn der „Krieg gegen den Terrorismus“ sehr praktische Konsequenzen hat, dann kann dies zwar auch aber nicht allein den G 8 zugeordnet werden.

Beträchtliche Gestaltungsfähigkeit entfalten die G 8 auch in der Handelspolitik. Das Thema Handel stand auf sehr vielen Gipfeln auf der Tagesordnung. Die früheren G 7 haben eine wichtige Rolle für die Uruguay-Runde im Rahmen des GATT¹ und für die Vorbereitung der WTO-Gründung gehabt. Aus den G 7 heraus entstand auch die sog. Quad-Gruppe,² die Vierergruppe aus USA, Kanada Japan und EU, die in der gegenwärtigen Handelsrunde in der WTO immer wieder eine große Rolle als Interessensvertretung der G 7 spielen.

Ein weiteres Politikfeld, in dem die G 8 eine zentrale Rolle spielen ist das Schuldenmanagement gegenüber den Entwicklungsländern.

¹ GATT = General Agreement on Trade and Tariffs. Allgemein es Handels – und Zollabkommen, ein Vertragswerk das der Vorläufer der WTO war.

² Quad = Quadripartite

G8 delegitimieren, soziale Bewegungen stärken Alternativen leben

Erwartungen an den G8-Prozess

Diskussionspapier des Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft von BUKO

Eine Welle von Vernetzungs- und Kampagnentreffen, die Planung von Camps und Aktionen ist im Gange. Bereits gut ein Jahr bevor sich die „Gruppe der 8“ im mecklenburgischen Heiligendamm trifft, richten NGOs, Netzwerke wie Attac und Gruppen des linksradikalen Spektrums ihre Aktivitäten auf das Thema G8 aus, welches quer durch alle Spektren der Linken ein gewaltiges Mobilisierungspotenzial zu besitzen scheint. Das große Bedürfnis nach Protest und Organisierung wird sichtbar. Die inhaltlichen Auseinandersetzungen und Aktionen im Umfeld des G8-Treffens könnten, wie schon in Seattle 1999, Genua 2001 und anderswo, zu einem dynamischen „Kristallisationsmoment“ für emanzipative Bewegungen werden.

Dies bietet große Chancen, wirft aber auch einige Fragen auf:

- Wie kann der Gipfel der 8 kritisiert werden, ohne in eine problematische Sicht der „bösen 8 gegen den Rest der Welt“ zu verfallen, der den Blick auf dieses scheinbare Machtzentrum verengt und dabei globale Herrschaftsverhältnisse und -systeme ausklammert?
- Wie ist Protest möglich, ohne sich in die Inszenierung des G8 einzufügen, ja sie sogar zu stärken?
- Wie kann die Mobilisierung genutzt werden, um statt einer einmaligen und punktuellen Konzentration der Kräfte dauerhaft handlungsfähige Strukturen zu schaffen? Wie können in der Mobilisierung Alternativen aufgezeigt und aufgebaut werden?

Dieser Text ist Teil eines Diskussionsprozesses innerhalb des Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft (ASWW) der BUKO. Wir wollen dazu beitragen, eine fundierte Kritik an der G8 als Teil und Ausdruck globaler Herrschaftsverhältnisse zu erarbeiten. Ebenso wichtig finden wir, dass der Protest über das Event Heiligendamm inhaltlich und organisatorisch hinausweist.

1. Die aktuelle Situation

Das neoliberale Projekt steuert in eine Legitimationskrise. Das Versprechen von Glück und Wohlstand für alle, wenn denn Konkurrenz und Marktkräfte uneingeschränkt wirken können, blamiert sich täglich. Selbst die Brosamen, die angeblich bei genügend ökonomischem Wachstum auch unten ankommen – im Vokabular der Herrschenden

trickle down genannt – schmecken nach Ausbeutung und Elend, Krieg und Militarisierung, Umweltzerstörung, Rassismus und patriarchalen Verhältnissen, nach Massenentlassungen bei gleichzeitig hohen Gewinnen der Unternehmen, nach der Erhöhung von Risiken im Krankheitsfall oder im Alter durch die „Reform“ der sozialen Sicherungssysteme. Garniert wird das neoliberal-imperiale Modell mit Durchhalteparolen, mehr Zwang und Gewalt, aber auch mit offenem Zynismus. Die „unsichtbare Hand des Marktes“ benötigt immer stärker die „Faust“ des Staates und des Militärs.

Immer mehr Menschen sagen ¡ya basta! (es reicht!). Die Kritik an der liberalen Demokratie und am kapitalistischen Weltmarkt, an den repressiven Antworten der Herrschenden und der zunehmenden Ausgrenzung von Menschen wächst. Die Suche nach Alternativen hat längst begonnen – hier zu Lande entwickelt sie bislang weniger Dynamik, in anderen Gesellschaften ist das jedoch sehr deutlich zu beobachten. Das Suchen ist nicht einheitlich und von Widersprüchen durchzogen.

In Zeiten, in denen ökonomische Krisen unberechenbarer und häufiger werden, sehen die Herrschenden auch ihre Interessen gefährdet. Im Establishment wird um eine Neuausrichtung des neoliberal-imperialen Projekts gerungen, um den globalen Kapitalismus effektiver zu gestalten und zu delegitimieren. Auch wenn die Legitimation schwindet, steckt das neoliberal-imperiale Modell (noch) nicht in einer Funktionskrise, sondern dominiert staatliche Politik nicht nur in den kapitalistischen Metropolen. Die bestehenden Verhältnisse werden – wenn auch oft murrend – akzeptiert und aktiv mitgestaltet. Das Vertrauen in die politischen und ökonomischen EntscheidungsträgerInnen ist noch nicht grundlegend erschüttert. In Deutschland äußert sich Kritik weniger organisiert und emanzipatorisch als vielmehr diffus und im Sinne einer autoritären Sozialstaatlichkeit. Schlimmstenfalls kommt sie im rechtsextremen Gewand daher. Insofern haben wir es mit einer „Diskrepanz zwischen der extremen Beschleunigung des Umbruchs einerseits und nur schwach ausgebildeten Bewegungsansätzen andererseits“ (Martin Dieckmann, in: ak 498, 16. September 2005) zu tun.

In diesem Kontext sind sowohl die Treffen der politisch und ökonomisch mächtigsten Regierungschefs wie auch die Proteste zu

verorten. Grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen von der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse treffen hier aufeinander. Diese Differenzen deutlich zu machen, die herrschende Sichtweise zu schwächen und emanzipatorische Perspektiven zu stärken, das ist ein Anliegen der Proteste.

2. Die G8 als Teil globaler Herrschaftsverhältnisse

Die G8 sind weniger als ein Machtzentrum zu begreifen, von dem aus Entscheidungen globaler Reichweite getroffen werden, sondern bilden einen Knoten im Netzwerk globaler Hegemonie, in dem sich Herrschaftsverhältnisse verdichten und umkonfigurieren. Dieses Netz von Trennlinien und Machtbeziehungen zieht sich durch die gesamte Gesellschaft und lässt sich nicht auf ein einfaches ‚oben‘ und ‚unten‘ reduzieren.

Vergegenwärtigt man sich die Geschichte der Gruppe der 8, so wird deutlich, dass die Regierungen sowohl Getriebene innerer und äußerer Gegensätze und Verhältnisse sind, als auch Antreiber einer wirtschaftsliberalen Politik. Ins Leben gerufen wurde die heutige G8 1975 im französischen Rambouillet. Die beteiligten sechs Regierungen wollten sich in einem informellen Rahmen über Maßnahmen verständigen, mit denen auf den drastischen Ölpreisanstieg, die ökonomische Rezession und die monetären Turbulenzen, die sich nach der Aufhebung der Goldbindung des Dollars 1971 und der Freigabe der Wechselkurse 1973 ergeben hatten, reagiert werden konnte. Mit der Schuldenkrise 1982/83 wurde die liberale Weltmarktintegration der südlichen Länder und die Liberalisierung der Kapitalmärkte erstmalig explizit gefordert. Spätestens Anfang der 1980er Jahre wurde die G8 zu einer aktiven Vertreterin eines marktförmigen Währungssystems, später dann zu einer Verfechterin von Struktur Anpassungsmaßnahmen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sowie zur Antreiberin der Welthandelsorganisation.

Seit dem Bestehen der G8 werden die Themen beständig ausgeweitet und den neuen ‚Anforderungen‘ angepasst. Der bereits Ende der 1970er Jahre thematisierte ‚Kampf gegen den Terrorismus‘ ist in den letzten Jahren (wieder) Gegenstand der G8-Beratungen. Mit den Themen Entschuldung und Entwicklungsfinanzierung reagieren die beteiligten Regierungen seit Birmingham 1998 auf Kritik an ihrer einseitig wirt-

schaftsliberalen Ausrichtung. Auf dem Treffen in St. Petersburg 2006 steht der Dauerbrenner ‚Energiesicherheit‘ wieder im Zentrum.

Allerdings sollten die Abschluss-Kommuniqués der G8-Treffen nicht überschätzt werden. Neben dem durch die Medien sichtbaren jährlichen Treffen der Regierungschefs besteht der G8-Mechanismus aus vielen anderen informellen Zusammenkünften, etwa der Außen- und Finanzminister oder der Umwelt- und Entwicklungsminister. Die G8-Finanzminister etwa treffen sich unter anderem im Rahmen der Frühjahrs- und Herbsttagung von IWF und Weltbank. Somit sind die ‚Weltwirtschaftsgipfel‘ selbst eher eine große P.R.-Veranstaltung. Im Grunde findet innerhalb der G8 ein permanenter Kommunikationsfluss auf den unterschiedlichsten Ebenen statt.

Die Gruppe der 8 erfüllt verschiedene Funktionen: Erstens hat sie zwar als solche keine eigenständige formelle Entscheidungsgewalt, ja noch nicht einmal ein Gründungsdokument. Aber über die mächtigen Regierungen werden die Absprachen in andere internationale Foren eingebracht (etwa in Weltbank, IWF, WTO, OECD) bzw. über nationale Politiken umgesetzt. In den Abschlusserklärungen werden häufig Initiativen in internationalen Organisationen angekündigt oder angemahnt. Die Gruppe der 8 übt zudem über ‚Empfehlungen‘ oder konkrete Forderungen Druck auf andere Regierungen aus. Sie kann über ihre vielfältigen Mechanismen flexibel agieren, ohne ihre Entscheidungen in demokratischen Prozessen legitimieren zu müssen.

Zweitens werden im Rahmen der G8 Differenzen und Widersprüche zwischen den weltpolitisch und -ökonomisch dominierenden Staaten ausgetragen und bearbeitet. Gemeinsame Interessen der Mitgliedsstaaten werden destilliert, koordiniert und nach außen gebündelt. Beim Verschuldungsmanagement in den 1980ern, den Währungskrisen in den 1990ern sowie bei der heutigen Durchsetzung von Strategien ‚globaler Sicherheit‘ und der Sicherung der Energieversorgung waren und sind die G8 jeweils ein zentraler Ort der Entwicklung von Strategien des Krisenmanagements. Diese waren stets darauf ausgerichtet, eine inhärent krisenhafte Weltwirtschaft durch politische Rahmenbedingungen zu stabilisieren; im Sinne ‚makroökonomischer Stabilität‘, aber auch zur Sicherung der bestehenden Machtverhältnisse. Die Bearbeitung von Widersprüchen zwischen den G8-Staaten stößt jedoch auch an Grenzen, wie die gegensätzlichen Positionen zum Irak-Krieg, zu Umwelt- und zu handelspolitischen Fragen zeigten.

Drittens entfalten insbesondere die Treffen der Regierungschefs eine hohe symbolische

Wirkung. „Schaut her, wir packen die Probleme der Welt zusammen an! Wir sind die Chefs!“ Neben der direkten Einflussnahme erfüllt die G8 also die Funktion, Zustimmung für sich zu erzeugen und somit Spielräume für ihre Politik zu schaffen. Die symbolische Inszenierung von Herrschaft und Legitimität verkörpert und stabilisiert die Verhältnisse, da die Gipfel auf dieser Ebene bis in den Verstand und die Gefühle der ‚Beherrschten‘ wirken. Auf Grund der wachsenden Kritik werden in der Öffentlichkeit weniger grundlegende wirtschaftspolitische Fragen präsentiert, sondern medienwirksam aufbereitete Themen wie Entschuldung und Entwicklungshilfe. Im Rahmen solcher Kampagnen werden auch RegierungsvertreterInnen von Nicht-Mitgliedern eingeladen (etwa aus Afrika) oder von internationalen Organisationen wie der UNO-Generalsekretär. Diese Kampagnen greifen allgemeines Unwohlsein und konsensfähige Forderungen von Teilen der Zivilgesellschaft auf und kanalisieren sie zu scheinbar unumstrittenen Maßnahmen, die letztlich auf eine Relegitimierung der G8 abzielen. Die G8 kann sich hier auf ein fest im Alltagsverstand verankertes Politikverständnis stützen, für das ein Delegieren an Regierungen selbstverständlich ist. Zusammen mit einem vermeintlich neutralen Fokus auf ‚Problemlösung‘ und einer Ideologie der Effizienz wirkt ein solches Verständnis de-politisierend und verdeckt die bestehenden Herrschaftsverhältnisse.

3. Delegitimierung der G8 und darüber hinaus

Die zentrale Forderung einer internationalistischen Linken kann unseres Erachtens nur die Delegitimierung der G8 sein. Darüber hinaus schlagen wir vor, dass sich im G8-Prozess die verschiedenen emanzipativen Spektren mit ihren Anliegen finden und austauschen und gleichzeitig nach thematischen Zuspitzungen suchen, die einer breiteren Öffentlichkeit verständlich gemacht werden können. Der Protest sollte sich nicht in inhaltlicher Analyse erschöpfen, sondern Raum bieten, Alternativen zu entwickeln und auch zu leben. Schließlich müssen wir uns mit den Strategien von Regierungen und herrschenden Medien auseinander setzen, die oft versuchen, durch eine Aufteilung der Proteste in ‚gut‘ und ‚böse‘ Spaltungen hervorzurufen.

a) Delegitimieren

Der G8 mangelt es in zweifacher Hinsicht an Legitimation: Sowohl gemessen an den für viele Menschen katastrophalen Ergebnissen ihrer Politik, als auch gemessen am eklatanten Missverhältnis zwischen den Beteiligten und den Betroffenen der G8-Entscheidungen. Was dieses Missverhältnis angeht, so erfüllt die G8 nicht einmal die

selbst gesetzten Standards liberaler Demokratie. Acht Regierungen maßen sich an Beschlüsse zu treffen, deren symbolische und materielle Auswirkungen weltweit zu spüren sind. Die Regierungschefs der G8 sind auf nationalstaatlicher Ebene zwar formal demokratisch legitimiert, faktisch agieren sie aber auf vermachteten Terrains, auf denen nur diejenigen gesellschaftlichen Interessen Wirkung entfalten können, die mit den herrschenden Problemdefinitionen vereinbar sind. Dazu kommt, dass im Falle Putins selbst die formaldemokratische Legitimation in Frage steht und dass politische Herrschaft sich auch in den so genannten westlichen Demokratien ihres liberaldemokratischen Mantels immer weiter entledigt, zunehmend autoritäre Züge annimmt und sich damit gemessen an den eigenen Legitimationsstandards selbst in ein Legitimationsproblem manövriert.

Dass Delegitimierung eine schlagkräftige Forderung sein kann, zeigen die Konflikt- und Mobilisierungsformen in der argentinischen Krise. Die Parole „¡que se vayan todos!“ (sie sollen alle abhauen!) brachte hier eine Strategie der Delegitimierung auf den Punkt, d.h. verdichtete sie in einer griffigen und einleuchtenden Forderung, die eine hohe Mobilisierungswirkung entfalten konnte.

Delegitimierung beinhaltet grundsätzlich drei Elemente: Erstens spricht sie den Regierenden das Recht ab, Entscheidungen in der Form und mit den Inhalten zu treffen, wie sie es tun, weil diejenigen, die die Suppe auslöffeln müssen, nicht mitkochen dürfen (Element eins: Ihr habt nicht das Recht!). Zweitens macht sie deutlich, dass die gesellschaftlichen Möglichkeiten, ein menschenwürdiges Leben jenseits vom Zwang zu sinnloser Arbeit zu führen, gegeben sind, dass diese Potenziale aber nicht ausgeschöpft, sondern interessengeleitet negiert werden (Element zwei: Es ist genug für alle da!). Drittens verweist sie auf bereits praktizierte bzw. angedachte Alternativen selbstbestimmten und solidarischen Zusammenlebens und postuliert deren Verallgemeinerungsfähigkeit (Element drei: Wir können es besser!).

Eine Herausforderung besteht darin, diese Kritik nicht nur auf die G8 zu beziehen, sondern auf soziale Konflikte in unterschiedlichen Kontexten anzuwenden und radikaldemokratische Alternativen aufzuzeigen. Nicht nur die G8 als ein Ausdruck globaler Herrschaftsverhältnisse muss delegitimiert werden, sondern die zu Grunde liegenden Formen und Definitionen von Politik, Entscheidungsfindung und gesellschaftlicher Struktur. Emanzipatorische Veränderungen müssen sich klar gegen den kapitalistischen und patriarchalen Staat und internationale politische Institutionen, gegen herrschende Politikvorstellungen und Naturverhältnisse positionieren, aber auch

gegen sich quer durch die Gesellschaft ziehende Hierarchien in Bezug auf Herkunft, Geschlecht, Klasse und gesellschaftlichen Vorstellungen von Normalität.

b) Zuspitzen und Sichtbarmachen

Der G8-Prozess kann von emanzipatorischer Seite dazu genutzt werden, dass sich unterschiedliche soziale und politische Spektren stärker aufeinander beziehen und nach gemeinsamen Handlungsansätzen suchen: Sozialpolitische Gruppen und Erwerbslosen-Initiativen, gewerkschaftliche Linke, feministische Gruppen, selbstorganisierte MigrantInnen, anti-rassistische und antifaschistische Gruppen, die Umweltbewegung, Studierende, die Bewegung gegen den Krieg und die für eine andere Globalisierung.

Unterschiedliche Kämpfe in unterschiedlichen Bereichen folgen unterschiedlichen Logiken: Widerstand gegen repressive Migrationspolitik funktioniert anders als der Aufbau betrieblicher Gegenmacht, Politik gegen Nazistrukturen ist etwas anderes als Protest gegen Hartz IV usw. Die Mobilisierung nach Heiligendamm erfordert einen offenen Umgang mit Unterschieden und Widersprüchen, und kann als Experiment mit gemeinsamen thematischen Zuspitzungen dienen.

Einen breiten Konsens könnte es inhaltlich dahingehend geben:

- Wir fordern erstens die Auflösung der Gruppe der 8 und nicht ihre Erweiterung etwa durch die Einbeziehung anderer Länder.
- Wir verweigern uns dem Dialog mit den Regierungen, die im Rahmen der G8 die global herrschenden Interessen koordinieren. Damit laufen wir nicht Gefahr, dem Prozess durch ‚konstruktive Kritik‘ Legitimität zu verleihen.
- Wir sehen, dass viele Menschen in den Metropolen die herrschenden Verhältnisse entweder passiv-resignierend hinnehmen oder sogar aktiv unterstützen – ein schlichtes ‚die da oben, wir hier unten‘ geht also nicht auf. Wir benötigen überzeugende Argumente und müssen für interessierte Menschen und Medien ansprechbar sein. Die Kunst besteht darin, radikale Kritik und Forderungen zu formulieren und sich gleichzeitig über den Kreis der ohnehin Überzeugten hinaus zu begeben.
- Unsere Kritik ist berechtigt, auch wenn wir keinen umfassenden Gegenentwurf präsentieren. Wir haben keinen, und wir wollen keinen. Eine andere Welt kann nicht autoritär geplant und durchgesetzt werden, sondern muss in Lernprozessen, durch Erfahrungsaustausch und Beteiligung aller entstehen.

Darüber hinaus muss es ein Teil der Proteste sein, den Unsichtbaren, Stimmlosen und Marginalisierten hier zu Lande und international dazu zu verhelfen, dass sie gesehen und gehört werden und ihre Kritik und Alternativen formulieren können. Das bedeutet, einige Themen systematisch zu bearbeiten und in einer breiteren Öffentlichkeit zu verankern: beispielsweise Migration und die Lebensverhältnisse der Menschen, die aus anderen Ländern nach Westeuropa kommen; die Situation der vielen Ausgegrenzten hierzulande ohne Stimme und ohne Gesicht oder die Lebensverhältnisse in den sogenannten peripheren Gesellschaften.

Diese Themen sollten mit den Politiken im Rahmen der G8, mit Verschuldung und Weltmarkt Konkurrenz, aber auch mit den hiesigen Produktions- und Konsumweisen in Verbindung gebracht werden.

Schließlich: Vielleicht gelingt es, Begriffe zu finden, in denen sich die aktuellen Kämpfe und Anliegen verdichten und ihnen eine gemeinsame Perspektive geben. Das zapatistische „¡ya basta!“ oder „Eine andere Welt ist möglich!“ haben diese Funktion.

c) Gelebte Alternativen

Globaler Protest darf sich nicht in inhaltlicher Kritik erschöpfen, sondern muss sich in einen kreativen Prozess umwandeln. Dabei geht es um das fragende Voranschreiten hin zu einer Veralltäglichen von Widerstand, dem Aufbau und Leben von Alternativen. Die G8-Mobilisierung muss sich als Teil verschiedener Formen des praktizierten sozialen Protests verstehen, in all seiner Widersprüchlichkeit. Ein Bewusstsein dieser Widersprüche aus einer kritischen Betrachtung der eigenen Bewegungen heraus kann ebenso wie das bewusste Umsetzen alternativer Organisations- und Lebensformen Perspektiven aus dieser Widersprüchlichkeit öffnen. Dieser Prozess muss von vornherein darauf angelegt sein, sich über die thematischen, gesellschaftlichen, nationalen Grenzen hinweg zu erstrecken. Das dissent!-Spektrum kann hierfür in mancher Hinsicht ein Beispiel sein: Vor dem Gipfel in Schottland 2005 gelang eine europaweite Mobilisierung, deren Ausrichtung und Strukturen nun als Basis für die Mobilisierungen gegen die Gipfel in Russland und Deutschland dienen können.

d) Spaltungen vorbeugen

Auf drei Entwicklungen müssen wir gefasst sein. So wird es erstens von herrschender Seite den Versuch geben, die Proteste zu delegitimieren. Die Staatslenker präsentieren sich als die moralisch aufgeklärten RealpolitikerInnen und weisen uns in die Ecke der Spinner.

Zweitens - das lehren die Erfahrungen aus vergangenen Protesten - wird es Versuche geben die Bewegung zu spalten. Bei ver-

schiedenen Gipfeln der letzten Jahre wurde versucht, kritische Stimmen durch eine Strategie der Vereinnahmung zum Schweigen zu bringen. Events wie ‚Live Aid‘ und die ‚make poverty history‘-Kampagne, die den G8 2005 in Gleneagles begleiteten, haben Protest erfolgreich kanalisiert und die G8 so als legitime Adressatin von Forderungen nach einer ‚gerechteren Globalisierung‘ stilisiert. Den ‚dialogbereiten Globalisierungskritikern‘ wird zugehört oder gar – wie in Davos mit dem von offizieller Seite so genannten ‚Spielwiesen-Szenario‘ – ein offenes Forum geschaffen, auf dem sie ihre Anliegen vortragen dürfen. Die anderen werden als ‚Gewaltbereite‘ diffamiert. Wie erfolgreich die Mobilisierung gegen den Gipfel 2007 wird, hängt auch davon ab, ob es gelingt, auf den Versuch einer solchen Vereinnahmung nicht mit Spaltung und Abgrenzung zu reagieren, sondern die geäußerte Kritik aufzunehmen und zu radikalisieren. Damit zusammenhängend ist es drittens wahrscheinlich, dass gegen die Proteste oder zumindest bestimmte Protestformen repressiv vorgegangen wird. Daher ist es wichtig, dass bereits heute Antirepressions-Kampagnen entstehen und die lokale Bevölkerung gewonnen wird.

Um diesen Strategien zu begegnen, benötigen wir solidarische Diskussionen. Da Diskussionen Zeit brauchen, sollten wir nicht, wie es in der Bewegungslinke immer wieder passiert, unter dem zeitlichen Druck zur Aktion auf Klärung und produktiven Streit verzichten. Vielmehr gilt es, diese zu nutzen, um die Dynamiken des Protests zu reflektieren, aus ihnen zu lernen und so handlungsfähiger zu werden.

Ausblick

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) als ein Dachverband internationalistischer Gruppen möchte diesen Prozess der Verständigung und Vernetzung unterstützen und ein Forum bieten, Diskussionen in der nötigen Breite und Pluralität zu führen – unter anderem auf den beiden kommenden Kongressen.³

Der Erfolg der Proteste hängt zum einen davon ab, in wie weit es gelingt, nicht nur inhaltlich, sondern auch in Bezug auf die Organisation über den G8-Gipfel hinaus zu gehen. In der Vergangenheit wurden vielfältigen Erfahrungen in ähnlichen Mobilisierungen gemacht. Diese gilt es kritisch-reflektierend aufzunehmen, anstatt jede Gipfelmobilisierung neu zu erfinden. Ziel muss sein, dauerhafte und konsistente Strukturen aufzubauen, die lokale mit globalen Kämpfen in Verbindung setzen, sozialen Protest vernetzen und stärken. Zugleich heißt es aber auch, keinen ‚Großen Wurf‘ vorzubereiten, sondern die Mobilisierung als einen offenen Prozess zu betrachten, in dessen Rahmen Alternativen bereits gelebt werden können.

Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel hat viel erreicht: Wenn die herrschenden Verhältnisse klug und kreativ kritisiert und delegitimiert wurden, d.h. die verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen gegen den Gipfel breit ausstrahlen; wenn grundlegend emanzipative Perspektiven, d.h. anti-imperiale und kapitalismuskritische, anti-rassistische, feministische und radikalökologische Positionen innerhalb und jenseits des Protestspektrums gestärkt werden; wenn rechte Positionen keine Chance hatten, ihre ‚Kritik‘ hörbar zu machen; wenn mehr Menschen bereit sind, sich auf vielfältige Weise in ihrem Alltag gegen die wirt-

schaftsliberalen und repressiven Muster zu verhalten; wenn solidarische Formen politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Zusammenlebens gestärkt und neue entwickelt werden.

Wenn eine emanzipatorische Linke stärker wird und sich darüber hinaus mit ihren unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen kritisch-solidarisch aufeinander bezieht - dann können gerechte und freie, friedliche und nachhaltige Verhältnisse geschaffen werden.

Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), März 2006

Der ASWW möchte mit diesem Text zur Diskussion einladen. Erreichen könnt ihr ihn unter asww@buko.info. Auf dem BUKO 29 in Berlin wird es einen Workshop geben, in dem das Papier zur Diskussion gestellt wird. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! Der 29. Bundeskongress „re:control. antworten, abweisen, aneignen“ findet vom 25. bis zum 28. Mai in Berlin statt. Einer der Schwerpunkte wird die G8 sein, weitere Informationen unter www.buko.info.

Eine andere Welt ist längst da! Seattle, Genua, Heiligendamm ...

Dieser Text erschien in der ersten Ausgabe der „G8-Extra“, einer Mobilisierungszeitung der **interventionistischen Linke (IL)**, einem Projekt an dem unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen aus den linken und linksradikalen Spektrum, auch aus Attac beteiligt sind. Weitere Informationen und die digitalisierte Ausgabe der ganzen Zeitung finden sich unter: www.g8-2007.de

Es gibt Tage, an denen im Verlauf weniger Stunden ein Umbruch aufscheint. Der 30. November 1999 war ein solcher Tag. In Seattle blockierten Zehntausende eine Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) und sorgten mit dafür, dass die Verhandlungen der globalen Funktionsebenen abgebrochen wurden. Was für sich genommen nur eine „Meldung“ war, hat in Wahrheit gezeigt, dass die sozialen Bewegungen in ihrem Zusammenwirken siegen können und eine andere Welt, wenn auch nur symbolisch und für wenige Stunden, wieder sichtbar werden kann.

Davon war vorher nur sehr selten zu hören, auch deshalb, weil man es nicht hören wollte. Margaret Thatcher gab den Ton an: „There is no alternative!“ Genau 15 Jahre vor Seattle, 1984/85, hatten die britischen Konservativen einen landesweiten Bergarbeiterstreik niedergeworfen. Ein ganzes Jahr lang hatten die Streikenden dem Angriff getrotzt. Im auch mit brutaler Gewalt erzwungenen Abbruch ihres Streiks – 20.000 Bergarbeiter wurden verletzt, 13.000 festgenommen, 200 inhaftiert, zwei Streikposten getötet, drei starben im Winter beim Kohlesammeln – wurde die ArbeiterInnenbewegung einer ganzen Epoche besiegt. Die historisch erstrittenen Sozialleistungen und Pensionskassen wurden abgeschmolzen, nahezu alle Staatsbetriebe und öffentlichen Dienstleistungen Zug um Zug privatisiert. Großbritannien wurde zum europäischen Laboratorium des Neoliberalismus.

Abbruch und Neubeginn

Zur Vergangenheit wurde in den darauf folgenden Jahren allerdings nicht nur die britische Gewerkschaftsbewegung, Weltweit stürzten die Staaten und Parteien der real existierenden Sozialismen in sich zu-

sammen. Ihnen folgten die regierenden und kämpfenden Befreiungsbewegungen des globalen Südens, schließlich die westlichen Sozialdemokratien. Die Auflösung traf auch die Neuen Sozialen Bewegungen und sämtliche linken Organisationen einschließlich der Gruppen und Szenen einer undogmatischen Linken. Die folgende Lähmung wurde in Seattle für alle erfahrbar aufgebrochen. Das war das Ereignis, nicht der Abbruch der WTO-Verhandlungen.

Mit einem Mal konnten alle sehen, dass die sozialen Bewegungen sich schon längst zurückgemeldet hatten: im zapatistischen Chiapas, in den Bewegungen der Landlosen in Brasilien und in Indien, in großen und machtvollen Streiks, die bereits Mitte der 1990er in Korea und in Frankreich ausgefochten wurden. Auf Seattle folgten die Mobilisierungen gegen die Gipfeltreffen von Prag, Göteborg, Genua, folgten die Weltsozialforen und andere „Versammlungen der sozialen Bewegungen“ auf allen Kontinenten und in vielen Ländern. Am 15. Februar 2003 demonstrierten weltweit Millionen – so viel wie nie zuvor an einem Tag – gegen den kurze Zeit später beginnenden US-Krieg im Irak. In Deutschland fanden zwei Demonstrationen statt, an denen sich Hunderttausende beteiligten, ebenso viele Leute protestierten einen Sommer lang gegen die rot-grüne Agenda 2010. In Lateinamerika wird ein neoliberales Regime nach dem anderen durch Regierungen abgelöst, die sich jedenfalls rhetorisch der „anderen Welt“ zurechnen. Und selbst in Deutschland wurde die Bundestagswahl 2005 für beide neoliberalen Blöcke zur Niederlage.

Die andere Welt ist nirgendwo anders als in dieser Welt. Denn noch immer ist die Welt

nichts anderes als das, was die Geschichte der sozialen Kämpfe aus ihr machen wird: Was aber macht den alternativen Globalisierungszyklus aus? Zwei Dinge waren neu in Seattle und in Genua. Die Zusammensetzung der Kämpfe und der Kämpfenden, die Kommunikation im Kampf und die Kommunikation zwischen den Kämpfen, die tatsächlich sofortige globale Wahrnehmung und Wirkungsweise der gemeinsamen Aktion. In Seattle demonstrierten GewerkschafterInnen und Autonome, Nonnen und Feministinnen, NGO-FunktionärInnen und das Direct Action Network, BauernaktivistInnen der Via Campesina aus aller Welt, das Arts and Revolution Collective aus San Francisco, Organisationen von MigrantInnen aus Lateinamerika und anderswo. Was in Seattle geschah, wurde zeitgleich weltweit zum Ereignis und fand auch und gerade deshalb in Göteborg, Prag, Genua, in Porto Alegre und an vielen anderen Orten seine Fortsetzung.

Darin liegt die andere Welt, auf die wir setzen, weil sie schon da ist. Das hat, wie sollte es anders sein, mit den Transformationen der globalisierten kapitalistischen Produktionsweise zu tun. Das hat mit der globalen Ausdehnung des Netzwerks imperialer Herrschaft zu tun, denn das gehört eben auch zurzeit nach Seattle: der 11. September, die Kriege in Afghanistan und im Irak, der Kriegsdrohungen gegen den Iran.

Bewegung der Bewegungen

Die Bewegung der Bewegungen, die in Seattle erstmals weltweit sichtbar wurde, ist nicht „die“ Bewegung und schon gar keine Partei, auch wenn Parteien an ihr teilhaben können. Ihr geht es aber auch nicht um die Vielfalt als solche, um die Differenz, die Identität schafft. Deshalb nutzt sie zur eige-

nen „Führung“ neue Medien, zu denen das Internet ebenso gehört wie die Sozialforen. Der Bewegungszyklus seit Seattle zeigt aber auch, dass die punktuellen, örtlichen wie regionalen Störungen des Imperiums, unabhängig von ihren Formen und Mitteln, nur dann zu Ausgangsorten gesellschaftlicher Gegenmacht werden können, wenn die Bewegungen nicht nur ihren weitgehend dezentralen und „spontanen“ Charakter erhalten und ihre heterogene Stärke schützen, sondern sich zueinander und miteinander politisch organisieren. Sich aus falsch verstandener linker Geschichte und ihren Niederlagen jeglicher Organisation zu verweigern und allein auf eine Bewegungspolitik in der ersten Person zu setzen, ist in der Konsequenz ebenso autoritär wie sein Gegenteil, in der eigenen Kleingruppe, politischen Initiative oder Kaderformation läge bereits die vorweg gefundene Antwort auf die gesellschaftliche Organisationsfrage der kommenden Kämpfe und Bewegungen. Dazu gehört, wenn auch noch vage, ein anderes Verhältnis der **Bewegungen zur Organisation**: Beide bilden keinen Gegensatz, doch auch keine Einheit. Das stellt nicht zuletzt die Organisationen, die an ihr teilnehmen, vor neue Herausforderungen: Es wird nie mehr eine Partei geben, die sich anmaßen dürfte, ihr „parlamentarischer Arm“ oder, schlimmer noch, ihre Avantgarde zu sein. Wer das versucht, wird – jedenfalls solange diese Bewegungen nicht von innen heraus besiegt sind – zum Schicksal einer Sekte verurteilt oder sich von den Bewegungen verabschieden und das werden, was sie nicht sind: Staat.

Die Zusammensetzung der Kämpfe

Aus der Zeit vor Seattle rührt allerdings auch die **Schwäche der Bewegungen** her: Für die andere Welt, die mit diesen Bewegungen begonnen hat, **fehlen bisher die Worte**, in denen frühere Bewegungen ihr Projekt, ihre Alternativen benannt und verdichtet haben: Republik, Demokratie, Sozialismus, Kommunismus, freie Assoziation freier Individuen. Dabei kommt es weniger auf die Worte an als auf den Streit, die Auseinandersetzungen, die Debatten um Alternativen, die aufs Ganze gehen. Und auf die individuellen und kollektiven Experimente, in denen sie alltäglich erprobt werden können, in denen mit den bestehenden Verhältnissen auch praktisch gebrochen wird. Und sei es in Abwehrkämpfen, die nur temporäre, doch schon gemeinsame Fluchten und Passagen nach draußen sind. Soll das möglich werden, müssen in diesen Debatten, Experimenten und Brüchen noch weitere, darunter auch **einige ältere, ganz alte Fragen neu gestellt** werden. Nicht zuletzt die Frage: Was ist eigentlich links, und was ist eigentlich, noch weiter hinausgefragt, linksradikal? Wieder und wieder neu zu stellen ist dann auch die Frage: Was macht die andere Welt zu einer nicht mehr kapitalistischen, imperial(istischen), patriarchalen, rassistischen ... Welt, zur Welt, die radikal für alle, für die Vielen ist, die nicht Eins sind?

Die Hegemonie des Neoliberalismus hat in Seattle nur erst Risse sichtbar werden lassen, die es zu vertiefen, zu verlängern, in alle Richtungen zu verzweigen gilt. Obwohl längst nicht mehr unangefochten, durch-

dringt und überformt diese Hegemonie unseren Alltag und den Alltag aller, weltweit. Von ihr wird auch **das imperiale kapitalistische Kommando** getragen, über dessen globale Regulation in G8-Gipfeln und WTO-Konferenzen verhandelt wird. Dazu gehören die staatlichen Zwangs- und Gewaltmittel, die tagtäglich zum Einsatz kommen: in Abu Ghraib, in Guantanamo, in Ceuta, an der Oder, in Tschetschenien, im US-amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ und im EU-europäischen „Krieg gegen die ‚illegale‘ Migration“. Aber auch in der ganz alltäglichen Kontrolle und Disziplinierung all derer, deren Arbeitskraft sie zu immer niedrigerem Preis prekarisiert, mobilisiert und flexibilisiert oder deren Armut und Ausgrenzung sie „sichert“. Hegemonie und Kontrolle verschränken sich auch in der Ausbreitung ethnisierter und rassifizierter Lebens- und Denkweisen, im roll back der Geschlechterverhältnisse. Dazu gehört die allseits propagierte Rückkehr zu den „Werten“ des Dienstes, des Fleißes und der Pflicht für Volk und Vaterland.

In diesem Sinne sind Seattle und Genua noch lange nicht, noch gar nicht angekommen, kommen Seattle und Genua noch auf uns zu, muss mit der Bewegung der Bewegungen erst noch angefangen werden. Der G8-Gipfel, der im Juni 2007 an der Ostseeküste bei Rostock stattfinden soll, ist dazu die nächste Gelegenheit, unsere Gelegenheit. Und das nicht nur vor Ort und im Juni, sondern ab jetzt, überall und weit über Heiligendamm hinaus.

300 AktivistInnen beraten bei Aktionskonferenz in Rostock am 25./26. März 2006

Mehr als 300 AktivistInnen aus unterschiedlichsten Spektren von Umwelt- und Friedensinitiativen bis zur radikalen Linken haben auf der Aktionskonferenz den Grundstein für gemeinsame Aktivitäten gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm gelegt. Prägend für die Konferenz war der überall spürbare Wille zur solidarischen Zusammenarbeit und die Entschlossenheit, sich auch durch unterschiedliche Vorstellungen über Inhalte oder Aktionsformen nicht spalten zu lassen.

Gegen alle Versuche, der Konferenz keine Räume zu geben oder sie vorher in der Boulevardpresse als "Chaotentreffen" zu denunzieren, kann jetzt festgestellt werden: Der Protest gegen den G8 ist in der Region angekommen und wird sich nicht mehr an den Rand schieben lassen.

Es wurden auf der Konferenz kaum formale Beschlüsse gefasst, schließlich ging es vor allem darum, AktivistInnen miteinander zu vernetzen, Standpunkte auszutauschen und kennen zu lernen und praktische Arbeitsstrukturen zu schaffen. Es kristallisierten sich in den Plenumsaussprachen und Arbeitsgruppen jedoch erste Eckpunkte heraus:

Es soll eine gemeinsame Großdemonstration geben. Die Zielmarke der TeilnehmerInnenzahl liegt bei mindestens 100.000

Es wird eine internationale Mobilisierung geben. Für die Unterbringung der AktivistInnen werden Camps vorbereitet.

Ein Gegengipfel soll inhaltliche Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung diskutieren und öffentlich darlegen.

Ein großes Kulturevent soll in enger Abstimmung mit der politischen Bewegung organisiert werden

Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel wird einen klaren Trennungsstrich zu allen faschistischen und extrem rechten Gruppen und Positionen ziehen, die unter dem Deckmantel von Globalisierungskritik Nationalismus und Rassismus verbreiten wollen. Es gibt Planungen für einen Aktionstag für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen im Rahmen der Gipfelproteste.

Es wird massenhafte Blockadeaktionen geben, die die Infrastruktur des G8-Gipfels spürbar behindern sollen.

In einer gemeinsamen Erklärung wandte sich die Konferenz gegen die Diffamierung

der G8-Proteste durch die CDU und die Boulevardpresse.

Es gab auf der Konferenz Grußworte von Jill Hubbard (G8 Alternatives, Schottland), die von den Aktivitäten gegen den G8 2005 in Gleneagles berichtete, und Simon Zhavoronkov (Russisches Sozialforum, der Aktionen gegen den G8 2006 in St. Petersburg vorstellte. Informationen hierzu gibt es hier: www.aglob.ru/en

Es wurde eine Grußbotschaft verlesen, die an die Konferenz gerichtet hat.

Die praktischen Arbeitsgruppen sollen nach der Konferenz weiterarbeiten. Mit Fragen, Vorschlägen oder bei Interesse an einer Mitarbeit bitte an die unten angegebenen Kontak-Mailadressen wenden. Der Verlauf und die Ergebnisse der Aktionskonferenz werden schrittweise auf dieser Webseite dokumentiert werden.

Die nächste Aktionskonferenz ist - wahrscheinlich als internationale Konferenz - für den Herbst 2006 geplant.

Quelle:

<http://www.heiligendamm2007.de/Bericht.htm>

AG Globale-Soziale-Rechte von Attac Berlin

G8 versenken! Globale Soziale Rechte weltweit!

Schein und Wirklichkeit der G8

Großspurig verkündete Tony Blair während des letzten Treffens der G8 in Gleanagles/Schottland einen „historischen Beschluss“, den „größten Schuldenerlass aller Zeiten“ für die Länder des Südens. Mit ihm frohlocken durfte auch Bob Geldof, der sich mit seinen „LIVE 8 Konzerten“ zur medialen Galionsfigur der globalen Gerechtigkeit aufschwang.

Sehr schnell war allerdings klar, was von diesem Versprechen zu halten ist. Zwar erfüllen 18 Länder die strengen Bedingungen der HIPC- Initiative, um sich teilweise entschulden zu lassen, dabei geht es um ca. 40 Mrd. Dollar in den nächsten 40 Jahren. Dies bleibt angesichts der folgenden Zahlen jedoch ein Tropfen auf den heißen Stein: Insgesamt schulden die Länder des Südens ihren Gläubigern im Norden 2000 Mrd. Dollar, und sie zahlen jährlich 300 Mrd. Dollar Zinsen und Tilgung. Das ist das sechsfache der momentan von den Regierungen der G8 geleisteten sogenannten Entwicklungshilfe. Anders ausgedrückt: Durch den jüngsten Schuldenerlass wird der Süden pro Jahr nur ca. 1 Mrd. bzw. 0,3% weniger an den Norden zurückzahlen müssen.

Der „historische Schuldenerlass“ entpuppt sich so zu einer groß angelegten und leider erschreckend erfolgreichen **Selbstbeweihräucherung** der G8. Dies ist umso beklagenswerter, als das durch die mediale Inszenierung als Retter der Armen Vieles von dem, was unter dem Dach der G8 vorangetrieben wird, unter den Tisch fällt. So wird auf den Treffen die Vorgehensweise in den multilateralen Organisationen IWF, Weltbank und WTO im Sinne einer Aufrechterhaltung und Ausweitung des neoliberalen Weltwirtschaftssystems koordiniert. Neben den ökonomischen Absprachen zählt zu den Interessenschwerpunkten der G8 die militärische und administrative Sicherheitspolitik. Während es in den 80er Jahren hauptsächlich um die regelmäßige Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan ging, hat sich der G8-Prozess in den Zeiten des sogenannten Krieges gegen den Terrorismus zu einer sehr effizienten Koordinierungsplattform gemausert. Inzwischen wurden etliche Gruppen gebildet, die von der Bekämpfung von Schattenökonomien (Drogen-, Menschen- und Waffenhandel), über die Verhinderung von Migrationsströmen hin zu Verbesserung der geheimdienstlichen Zusammenarbeit und Fragen der Überwachung entsprechende Initiativen vorantreiben. Diese thematische Vielfalt zeigt, **wie zentral** die Entscheidungen der Gruppe der G8 für einen Großteil der Menschheit welt-

weit sind. Ihre Initiativen werden im Interesse transnationaler Konzerne von „oben“ eingesetzt und auf Kosten von Menschen und Umwelt durchgeführt. Das einzige, was die G8 dazu befähigt, ist ihre gebündelte **Macht**. Damit stehen sie nicht nur allen emanzipatorischen Ansätzen von unten und Demokratisierungsbemühungen auf globaler Ebene ebenso wie in den einzelnen Ländern entgegen. Sie verhindern so selbstbestimmtes Leben und Handeln eines Großteils der Menschen auf der Welt. Niemand hat die G8 beauftragt, sich zusammenzuschließen, sie sind **durch nichts dazu legitimiert**. Diesem globalen Club einzelner mächtiger Staaten fehlt jegliche demokratische Legitimation für die von ihnen betriebene Weltinnenpolitik.

Es gibt also viele Gründe gegen die G8 zu protestieren. Die G8-Gipfel stellen also eine Manifestation der globalen Herrschaftsverhältnisse dar. Sie sind nach wie vor ein geeigneter Ort des Widerstandes für alle, die sich mit den kapitalistischen Zwängen und den vielfältigen herrschaftsförmigen Angriffen auf ein besseres Leben nicht abfinden können. Zwar müssen Globale Soziale Rechte alltäglich und an vielen Orten gekämpft werden, doch auch während der Treffen der acht einflussreichsten Regierungschefs muss die Vielfalt des Widerstands sichtbar werden.

Neoliberale Globalisierung und die globale Enteignungsökonomie

Die Freihandelsdoktrin verspricht der Welt permanent steigende Wohlfahrtsgewinne, wenn die Voraussetzungen für **Freihandel** geschaffen werden. Dazu gehören die Deregulierung der Märkte und die Abschaffung von Zöllen. Seit Jahrzehnten werden von den Bretton-Woods Institutionen IWF und Weltbank sowie von der 1995 gegründeten WTO, die unter starkem Einfluss der G8 stehen, der Freihandel massiv gefördert. Zahlreiche Länder des **Südens** wurden gezwungen ihre Märkte im Zuge von Strukturanpassungsprogrammen für ausländisches Kapital zu öffnen, ihre im öffentlichen Eigentum befindlichen Betriebe zu privatisieren und ihre Staatsausgaben zu reduzieren. Diese Maßnahmen verringern die Staatsdefizite wenn überhaupt temporär. Solange 300 Mrd. Dollar pro Jahr allein an **Schuldendienst** von Süd nach Nord fließen, ist die Hoffnung auf eine nachhaltige Besserung der Lebensbedingungen in den Ländern des Südens pure Illusion. Die Industrieländer, einschließlich der G8, subventionieren weiterhin ihre Landwirtschaft, und zerstören durch den Export selbiger Güter

die Lebensgrundlagen von bäuerlichen Betrieben des globalen Südens.

Der sich durch die voranschreitende Globalisierung verstärkende **Standortwettbewerb** führt zu einer Verengung des politischen Diskurses, die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Standorts / Landes wird immer wichtiger. Im Sinne eines nationalen Wettbewerbsstaats locken die Regierungen Investoren mit Subventionen und immer niedrigeren Steuersätzen. Denn um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können soll ein gutes Investitionsklima geschaffen werden. Dabei steht der Gedanke des **Shareholder Value**, also die Perspektive vermögender Aktionäre, im Mittelpunkt. Die Möglichkeiten der Transnationalen Konzerne, einzelne Staaten gegeneinander auszuspielen um die besten Investitionsbedingungen zu erzielen, steigen massiv an. Parallel hierzu führt die Deregulierung der Finanzmärkte zu einer Ballung der Macht in Händen einiger weniger Banken und Investmentfonds. Der Druck auf die Regierungen rund um den Globus wächst auch von dieser Seite immens an. Auch dabei kommt den Staaten der G8 eine besondere Rolle zu: Sie betreiben eine Politik der Sachzwänge, um sich als Regierungen gegen die Interessen der Mittel- und Unterschichten in den eigenen Gesellschaften eben diesen ideologisch und medial **aufgebauchten Sachzwängen** fügen zu können. Zudem leiden insbesondere die Menschen im **globalen Süden** unter den so produzierten Sachzwängen des Weltmarkts.

Der gegenwärtige Kapitalismus, welcher auch als **globale Enteignungsökonomie** aufgefasst werden kann, entfaltet seine Dynamik nicht mehr durch Produktionserweiterungen, sondern durch seine Ausdehnung auf bisher noch nicht kapitalistisch verwertete Bereiche. Die **Privatisierungswelle** und die Biopiraterie (Patentierung von Heil- und Nutzpflanzen) von Seiten westlicher Konzerne sind die eindeutigsten Beispiele hierfür. Dabei werden bereits erkämpfte soziale Rechte auf dem Altar des Marktes geopfert. Zudem schreitet die Kommodifizierung der Natur im Zuge des Raubbaus an der Umwelt voran; Lebensräume, die der kapitalistischen Verwertungslogik im Wege stehen, werden zerstört. Wesentliches Merkmal dieser Prozesse sind Enteignungsvorgänge.

Globale Ausbeutung und Unterdrückung

Für die Menschen der Länder des **Südens** hat dies katastrophale Auswirkungen. Die Reduzierung der Staatsausgaben verursacht Einschnitte im Bildungs- und Sozialbereich.

Der Privatisierung ihrer Betriebe folgen Entlassungen im großen Stil und eine Erhöhung der Preise um die Profite der neuen Eigentümer zu erhöhen. Bei den privatisierten Betrieben handelt es sich oft um Energieversorger und kommunale Wasserbetriebe. Die Preiserhöhungen treffen arme Bevölkerungsschichten ganz unmittelbar.

1998 vergab z.B. die Weltbank Bolivien einen Kredit in Höhe von 25 Millionen US-Dollar unter der Auflage, die Wasserwerke Cochabambas zu **privatisieren** und die Wasserpreise nicht zu subventionieren. Eine Tochtergesellschaft des US-amerikanischen Bau- und Wasserkonzerns Bechtel erhielt den Zuschlag. Die Wasserpreise stiegen rasant um fast 35 % an. Nach massiven sozialen Protesten lenkte die Regierung ein, sie trat von den Privatisierungsverträgen zurück. Doch Bechtel gab nicht klein bei. Der Global Player verklagte Bolivien, das ärmste Land Südamerikas, vor dem Internationalen Zentrum zur Schlichtung von Investitionsstreitigkeiten der Weltbank (ICSID) auf rund 40 Millionen US-Dollar.

Privatisierungen und Kürzungen im Sozialbereich sind auch charakteristisch für die Entwicklung der Länder des **Nordens** in den letzten Jahrzehnten. Damit einher geht eine zunehmende **Prekarisierung** von Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Die Ausdünnung der sozialen Sicherung wird flankiert durch eine Erhöhung des Drucks auf die wachsende Zahl der Erwerbslosen, wie es im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung geschehen ist. Sozialer Ausschluss, die zunehmende Diskriminierung von MigrantInnen sowie ein Klima der Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern und Erwerbslosen sind die Folge. Durch die per Gesetz hergestellten Bedingungen der Prekarisierung wird eine freie und solidarische Gesellschaft gezielt unmöglich gemacht.

Globale Soziale Rechte

Der globalen Enteignungsökonomie mit ihren katastrophalen sozialen und ökologischen Konsequenzen setzen wir die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten entgegen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte enthält neben liberalen und politischen Rechten auch soziale Rechte. Doch während in der internationalen Politik liberale Freiheitsrechte immer wieder thematisiert werden, bleiben soziale Rechte weitestgehend vernachlässigt.

Globale Soziale Rechte beinhalten das **Recht auf angemessenen Lebensstandard**. Das bedeutet den Zugang zu Nahrung, Bekleidung und Unterkunft; das Recht auf physische und psychische Gesundheit; das Recht auf Bildung und das Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Diese Rechte sollen für jeden Menschen gelten, unabhängig von Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Staatszugehörigkeit oder Leistungsfähigkeit.

Rechte zu fordern heißt in aller ersten Linie, Bedürfnisse zu legitimieren. Beim Kampf um Rechte geht es um folgenden Fragen: „was sind unsere Rechte?“ und „welche Rechte dürfen wir uns nehmen?“. Rechte werden nicht von Staaten vergeben, sondern sich von Menschen gegenseitig zugesprochen. Global bedeutet in diesem Zusammenhang sowohl weltweit als auch umfassend.

Die Idee von Globalen Sozialen Rechten enthält auch die Forderung, die Absichtserklärungen zu sozialen Rechten endlich ernst zu nehmen und in die Tat umzusetzen. Sie gehen damit über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hinaus. Denn die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten wird in den Kämpfen sozialer Bewegungen immer wieder von neuem aufgeworfen. Sie wird dadurch zur politischen Kraft, die weder ignoriert noch durch weitere Absichtserklärungen befriedet werden kann. Globale Soziale Rechte sind verbindlich, weil sie bereits umkämpft werden, täglich und weltweit. Es sind Kämpfe um Würde, verbunden mit einer Vielzahl von Voraussetzungen, die zur Durchsetzung von Globalen Sozialen Rechten erfüllt werden müssen. Sie sind deswegen auch nicht von vornherein fest definiert, sondern entwickeln sich in den Auseinandersetzungen.

Kämpfe um Rechte

Kämpfe um soziale Rechte werden seit jeher geführt, global, kollektiv oder individuell. Sie finden organisiert statt oder sind individuelle Überlebensstrategien. Es sind Auseinandersetzungen um Globale Soziale Rechte, denn im globalen Kapitalismus ist jeder Kampf um soziale Rechte auch ein globaler Kampf. Die Kämpfe gegen die Privatisierung von Wasser in Bolivien sind nicht nur Kämpfe um Wasser in Bolivien, sondern auch ein globaler Kampf gegen den Ausverkauf unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die täglichen Kämpfe von Tausenden von Flüchtlingen, die Zäune der Festung Europa zu durchbrechen, wie in Ceuta und Melilla, sind Kämpfe um das bloße Überleben und auch ein Kampf um ein Recht auf Bewegungsfreiheit und **Weltbürgerschaft** für alle. Die Proteste gegen Hartz IV und die Streiks gegen Arbeitszeitverlängerung sind auch Kämpfe gegen die zunehmende Entrechtung und Verwehrung eines selbstbestimmten, gesicherten Lebens.

Jeder dieser Kämpfe ist unterschiedlich, steht für sich und ist nicht gleichzusetzen mit anderen Kämpfen. Dennoch haben sie eines gemeinsam: Sie antworten mit der Forderung nach sozialen Rechten auf globale Probleme. Gerade die Gipfelproteste 2007 in Heiligendamm sollten ein Ort sein, an dem diese unterschiedlichen Kämpfe sichtbar werden, denn die Politik der G8 steht in grundsätzlichen Widerspruch zur Forderung nach Globalen Sozialen Rechten.

Voraussetzungen globaler Gerechtigkeit

Zur weltweiten Durchsetzung Globaler Sozialer Rechte müssen die **Ungleichheiten** sowohl innerhalb von Gesellschaften, als auch zwischen den hochindustrialisierten Ländern und den Ländern des globalen Südens abgebaut werden. Dafür ist unter anderem ein **Bruch mit der Freihandelsdoktrin**, die Streichung der illegitimen und unbezahlbaren **Schulden** und ein **Ende der Ideologie des Standortwettbewerbs** nötig (u.a. durch die Einführung von universellen Mindeststandards z.B. durch international verbindliche Steuern und Sozialstandards).

Vor diesem Hintergrund ist **Migration** als gegen die globalen Hierarchien gerichtete **Aneignungsbewegung** zu verstehen. Der Abschottung der von den G8 repräsentierten reichsten Staaten gegen unerwünschte Einwanderung treten wir als GlobalisierungskritikerInnen entschieden entgegen. Auch im Rahmen der Proteste gegen den G8 ist die Forderung nach **Offenen Grenzen**, Bewegungsfreiheit und gleichen Rechten für alle überall von zentraler Bedeutung.

Darüber hinaus sind Maßnahmen zu bekämpfen, welche die soziale Ungleichheit von Menschen innerhalb von Gesellschaften verschärfen - wie die Agenda 2010 oder die EU-Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen (Bolkestein).

Um die Lebensgrundlage von Menschen, vor allem im Süden, zu sichern, ist die natürliche **Vielfalt** gemäß dem Prinzip der **Nachhaltigkeit** zu erhalten und allen Menschen zugänglich zu belassen. Biopiraterie ist zu verhindern, denn in ihrer Folge werden Patente für altbekannte Heil- und Nutzpflanzen einigen Wenigen zugesprochen und damit der allgemeinen Nutzung, insbesondere durch indigene Bevölkerungsgruppen, entzogen.

Auch die Auswirkungen der durch den Menschen verursachten **globalen Erwärmung** stehen universell geltenden Globalen Sozialen Rechten entgegen. Denn die verheerenden Auswirkungen von Umweltkatastrophen betreffen vor allem Menschen und Gebiete betroffen, die sich bereits am unteren Ende der globalen Hierarchien befinden und weniger diejenigen, die für diese hauptsächlich verantwortlich sind und kurzfristige Profite daraus ziehen. **Ökologische Rechte** sind integraler Bestandteil Globaler Sozialer Rechte. Die Wachstumsideologie der heutigen Weltwirtschaft verhindert den Aufbau ökologisch nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensweisen.

Globale Soziale Rechte stehen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde für alle und überall. Dieses **selbstbestimmte Leben** ist nur möglich über die garantierte Absicherung materieller Bedürfnisse, also auch über die Unabhängigkeit vom Zwang zu entfremdeter Arbeit. Auf dem Weg dahin

kann ein bedingungsloses **Grundeinkommen** ein zentrales Instrument für die Einlösung Globaler Sozialer Rechte sein.

Als elementarster Schritt muss das Recht aller Menschen auf ein Leben frei von Hunger und Armut durchgesetzt werden. Das Konzept der **Ernährungssouveränität**, dass BäuerInnen von den Zwängen des Weltmarktes und den Enteignungen durch transnationale Konzerne befreit und Ihnen eine selbstbestimmte und nachhaltige Produktion ermöglicht, ist dabei von zentraler Bedeutung.

Des Weiteren ist zur Umsetzung Globaler Sozialer Rechte der Erhalt und Ausbau einer sozialen Infrastruktur nötig: **öffentliche Güter**, die Menschen brauchen um selbstbestimmt leben zu können, wie z.B. ein für alle zugängliches funktionierendes Gesundheits- und Bildungswesen oder eine gesicherte Wasserversorgung. Die konkrete Ausprägung dieser Struktur wird je nach lokaler Situation verschieden ausfallen.

Dabei spielt zur Durchsetzung Globaler Sozialer Rechte die autonome, d.h. sich über geltendes Recht hinwegsetzende, Aneignung eine große Rolle. Denn Rechte können zwar einerseits durch Gesetze abgesichert und verallgemeinert werden, ihre Durchsetzung wird jedoch stets von der Kritik und dem Bruch geltender Gesetze angetrieben.

Darüber Hinaus impliziert die Vorstellung eines "gleichen Rechtes für alle" die gleiche Teilhabe Aller am globalen Reichtum und damit am gesellschaftlichen Leben. Die Durchsetzung Globaler Sozialer Rechte hat also eine Neuordnung innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen Gesellschaften zur Folge, die ausgehend von einem erwei-

terten Verständnis von Selbstbestimmung und Menschenrechten auf eine **radikal solidarische Umgestaltung der Weltgesellschaft** hinweist.

Globale Demokratie

Die Umsetzung Globaler Sozialer Rechte kann nicht warten. Ihre Zeit ist die sozialer Kämpfe, ihre Form bestimmt durch das Begehren nach einem Leben in Würde. Wir machen den Erfolg unseres Kampfes um Globale Soziale Rechte nicht abhängig von der „Wohltätigkeit“ der G8. Denn Rechte sind das Resultat sozialer Kämpfe: der Aneignungsbewegungen von Land, Gütern und Freiheit; der Eroberung politischer Öffentlichkeit und der überall und alltäglich stattfindenden Praxis selbstbestimmter Organisation.

Es ist die Dynamik politischen Protests, die heute die Frage nach einer anderen Welt aufwirft und die Legitimität von globalen Institutionen wie den G8, aber auch von WTO, IWF und Weltbank, in die Krise stürzt. Die Gipfelproteste der Bewegung der Bewegungen, die Experimente mit neuen Formen politischer Organisation, wie in den Intergalactic Villages, den Sozialforen oder in der autonomen Regierung der Zapatisten, liefern die Impulse für eine umfassende Demokratisierung der Weltgesellschaft. Bleibt die konkrete Gestalt einer globalen Demokratie auch unberechenbar und so vielfältig wie die Kämpfe der Menschen, die sie begründen, so orientiert sie sich doch an klaren Prinzipien: Es geht darum, **politische Entscheidungsprozesse zu öffnen und zu**

dezentralisieren, Souveränität zu teilen und zu vervielfältigen. Nur so können die Stimmen der Ausgeschlossenen als gleichberechtigte vernommen werden und die Selbstermächtigung und Selbstbestimmung von Menschen den nötigen Freiraum erhalten.

Die G8 sind illegitim. Doch wir entlassen die G8-Staaten nicht aus der Verantwortung, solange sie unser Leben mitzuverantworten haben. Ihre Politik beeinflusst das Leben aller Menschen; sie dürfen deren Forderungen und Wünsche nach einer anderen Welt nicht einfach ignorieren. Zum G8-Gipfel 2007 trifft sich die globale Elite recht ungeeignet im luxuriösen Ambiente des Kempinski Hotels in Heiligendamm, das im Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit und dem niedrigsten Wohlstand liegt. **Lassen wir den G8 keine Möglichkeit zur medialen Selbstinszenierung als Retter der Armen.** Stellen wir durch unseren Protest und der Forderung nach Globalen Sozialen Rechten unmissverständlich klar, dass wir ihre Herrschaft nicht weiter dulden werden.

Dieser Text ist Produkt einer längeren inhaltlichen Diskussion die in der AG Globale-Soziale-Rechte von Attac Berlin geführt wurde. Der Text hat auch in der bundesweiten Projektgruppe von Attac zu G8, als erste Grundlage für die Diskussion über die inhaltliche Ausrichtung von Attac Deutschland Verwendung gefunden. Mehr über die AG Globale-Soziale-Rechte findet sich unter der Webadresse:

<http://www.globale-soziale-rechte.org/>

"Du bist Bertelsmann" ?

Wie ein globaler Drahtzieher Medien, Bildung und Politik steuert

Kongress in Hamburg 14.-16.Juli 2006:

. Für alle offener Kongress, Ort: siehe www.medienwatch.de

Veranstalter: Bertelsmannkritik-Ini und ATTAC Hamburg, AG Demokratie und Information

Unterstützer: Verdi, Rosa Luxemburg Stiftung, GEW, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Heinrich-Böll-Stiftung, DJU, Asten

Die Bertelsmann AG ist der größte europäische Medienkonzern, der fünfgrößte weltweit.

Die Zeitschriften "Spiegel", "Stern", "Capital", die RTL-Sendergruppe, Buchverlage, Radiostationen, Filmproduktion, Internet- und Logistikfirmen gehören zum Bertelsmann-Konzern, Hauptsitz Gütersloh.

Der Medienmulti und die Bertelsmann Stiftung, die gut die Hälfte des Konzernkapitals hält, sind hochwirksame und zugleich sehr geräuscharme politische Akteure. Die Bertelsmann Stiftung ist ein neoliberaler Think Tank, der in zahlreichen neoliberalen "Reform"-Projekten (Hartz IV, Studiengebühren, Controlling in Schulen etc.), aber auch in Kampagnen wie "Du bist Deutschland" politische Macht im Sinne einer Ideologie der Privatisierungen ausübt: Ziel ist ein deutscher Sonderweg in den Neoliberalismus,

der auf eine korporatistische Unternehmenskultur setzt, den Sozialstaat aushöhlen und eine mit Marketingtechniken gesteuerte Öffentlichkeit durchsetzen will.

Die G8 – Motor der globalen Erwärmung

Drei Thesen zu einer ökologischen Perspektive auf die G8

Die Einschläge kommen näher. Als im Sommer 2005 der Hurrikan Katrina über den Golf von Mexiko hinwegfegte und dabei ein Bild der Zerstörung und 125 Mrd. US\$ Schaden hinterließ, haben sich schlagartig zwei Dinge herauskristallisiert: Der lang prophezeite Klimawandel wird Wirklichkeit. Und er trifft zuerst die Armen. Im letzten Jahrhundert hat sich die Erdatmosphäre um durchschnittlich 0,7°C erwärmt. Je nach Szenario wird sie sich bis zum Jahr 2100 um weitere bis zu 5,4 °C aufheizen. Zurückzuführen ist dies zu ¾ auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die damit verbundene Freisetzung von Kohlendioxid. Die Erwärmung hängt also zu großen Teilen mit unserer nicht-nachhaltigen Energiepolitik zusammen. Neben einem zu erwartendem Anstieg des Meeresspiegels von bis zu 88 cm zieht die globale Erwärmung Wasserknappheit, Artensterben, eine Verschlechterung der Böden und zunehmende Wetterextreme nach sich.³ Was hat das alles mit der globalisierungskritischen Bewegung und der Mobilisierung auf den G8-Gipfel zu tun? Vieles, wie ich im Folgenden an drei Thesen zeigen möchte.

1. Der Klimawandel ist eine Gerechtigkeitsfrage

Es geht beim Klimawandel und dem damit verbundenen Problem der Energieversorgung nicht nur um Umweltpolitik. Er stellt in mehrfacher Hinsicht eine Frage der (globalen) Gerechtigkeit dar.

Erstens sind die Verursacher des Kohlendioxidausstoßes im Wesentlichen die Industrien des Nordens; allein die G8 haben einen Anteil von etwa 50% an den globalen Emissionen. Gleichzeitig treffen die ersten Auswirkungen der Erwärmung die armen Bevölkerungen des Südens. In den Worten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): „Während die Änderung des Klimas ein globales Phänomen und Problem ist, sind die negativen Auswirkungen auf arme Menschen und arme Länder besonders schwerwiegend.“ Dies liegt zum einen daran, dass diese zum großen Teil von ihrer direkten natürlichen Umwelt abhängig sind. So leben in Afrika 70% der Menschen von der Landwirtschaft. Zum anderen besitzen sie nicht die finanziellen und technischen Möglichkeiten, sich gegen Wetterextreme und steigende Meeresspiegel zu wappnen.

³ IPCC 2001. Climate Change 2001: The Scientific Basis. Contribution of Working Group I to the Third Assessment Report of the IPCC. Cambridge: Cambridge University Press.

Im Moment geht man davon aus, dass bis zum Jahr 2050 ein Temperaturanstieg um 2°C kaum noch zu vermeiden sein wird. Dies würde seriösen Forschungen zu Folge dazu führen, dass 25 Millionen Menschen von Überflutungen, 180-250 Millionen von Malaria und 200-300 Millionen von Wasserknappheit bedroht sein werden.⁴ Gegen diese Dimensionen erscheinen unsere aktuellen Anstrengungen im Rahmen sog. Entwicklungszusammenarbeit geradezu lächerlich gering.

Zweitens stellt der Klimawandel ein massives Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung für die Länder des Südens dar. Wie auch immer man Entwicklung begreift oder welche Vorstellungen sich hinter diesem Begriff verbergen mögen: Es liegt nahe, dass im Zuge einer Wohlstandssteigerung im Süden der Ausstoß von Treibhausgasen steigt. Unter den Bedingungen des Klimaproblems erscheint dies **alles andere als wünschenswert**. Um eine wirklich nachhaltige Entwicklung zu erreichen, ist ein relativ großer finanzieller und technischer Einsatz notwendig – eine Aufgabe, die noch nicht mal die Industrieländer zu stemmen vermögen. Zu den bekannten Entwicklungshindernissen kommt also noch die Aufgabe hinzu, klimafreundliche Wirtschaftsweisen zu entwickeln – Entwicklung wird anspruchsvoller.

Drittens haben wir es auf der Seite der Energieversorgung mit einer zunehmenden Knappheit zu tun. Spätestens seit den „Grenzen des Wachstums“, also seit der Beginn der 70er Jahre, ist die **Endlichkeit der natürlichen Ressourcen** ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Zwar haben sich die damaligen Prognosen nicht erfüllt, aber dennoch ist allen klar, dass die Vorräte an fossilen Energiequellen wie Öl, Kohl und Gas über kurz oder lang zur Neige gehen werden. Obwohl die Schätzungen schwanken, wann der Zenit der Ölförderung erreicht sein wird, ist realistischweise mit einem Maximum zwischen 2008 und 2012 zu rechnen.⁵ Sobald dieser maximale Förderpunkt aber erreicht ist, wird es unweigerlich zu **drastischen Preissteigerungen** kommen. Die Ölkrise der Vergangenheit haben gezeigt, mit welchen Auswirkungen für die Weltwirtschaft zu rechnen ist. Noch bevor also die Vorräte wirklich zur Neige gehen, wird die Energieversorgung **ver-**

⁴ Parry, Martin et. al. 2001. Millions at Risk. Defining Critical Climate Change Threats and Targets. In: Global Environmental Change 11: S. 181-183.

⁵ Wuppertal Institut (Hg.). 2005. Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München: Beck. S. 95.

stärkt zu sozialen Auseinandersetzungen auch in den Staaten des Nordens führen. Wenn der Liter Benzin drei Euro kostet, wird Mobilität zur sozialen Frage.

Dazu kommt ein weiterer, globaler Aspekt: Der Löwenanteil der Ölvorräte befindet sich in den Ländern des Südens, maßgeblich in den Regionen um den persischen Golf und das kaspische Meer. Diese Regionen werden bei wachsender Knappheit von den öldurstigen Industrien des Nordens noch stärker zum **Ziel imperialistischer Geopolitik** werden als dñehin schon. Unter diesem Blickwinkel erscheint es kaum zufällig, dass diese Regionen in den letzten Jahren zum Ziel militärischer Interventionen geworden sind.

Es zeigt sich also deutlich, dass **Klima- und Energiepolitik in ähnlichem Maße zur Gerechtigkeitsfrage werden wie die ungerechten Strukturen des Welthandels oder die Verschuldung des Südens**. Wer von globalen sozialen Rechten spricht, wird von der globalen Erwärmung nicht schweigen können.

2. Klimawandel und neoliberale Globalisierung sind eng miteinander verwoben

Wenn man sich die Strukturen, die hinter dem Klimawandel stehen, anschaut, tritt sehr schnell zu Tage, dass eine nachhaltige Energiepolitik nur unter einer globalisierungskritischen Perspektive zu erreichen sein wird. Dies spiegelt sich in der Rolle globaler Konzerne und den weltwirtschaftlichen Institutionen wider.

Unsere Energieversorgung ist verschlungen mit **mächtigen Konzernstrukturen**. Dies bedingt sich durch die besonderen Eigenschaften fossiler Energiequellen: Sie beruhen auf **langen Ressourcenketten**, für die hohe Investitionen in Großanlagen notwendig sind. Dies begünstigt zentrale Strukturen, und hat historisch zur Herausbildung finanzkräftiger Ölkonzerne geführt, die eng mit anderen Branchen wie der Strom-, Chemie- oder Autowirtschaft zusammenhängen.⁶ So hat sich ein hochkonzentrierter industrieller Komplex rund um die Energieversorgung entwickelt. Dieser ist zum großen Teil verantwortlich für den Klimawandel: Allein auf den Ölmulti ExxonMobil sind 5% der Kohlendioxidemissionen im Jahr 2002 zurückzuführen.⁷ Für diese Konzerne ist das Geschäft mit der fossilen Ener-

⁶ Scheer, Hermann. 2002. Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne. München: Kunstmann. S. 43-65.

⁷ http://www.foei.org/publications/pdfs/exxons_climate_footprint.pdf

gie extrem profitabel. Vor kurzem meldeten Exxon, BP und Co. aufgrund der hohen Ölpreise Rekordgewinne. Ein wirtschaftlicher Anreiz zum Strukturwandel besteht also kaum.

Als häufig ehemals staatliche Unternehmen sind die Unternehmen meist noch eng mit **Regierungen** verbunden, wie sich zum Beispiel an der gegenwärtigen US-Regierung demonstrieren lässt. Aber auch wenn hierzulande die Kanzlerin zum Energiegipfel einlädt, sitzen 13 Vertreter fossiler Energiekonzerne am Tisch. Erneuerbare Energien werden von ganzen 4 vertreten.⁸ Und der neu eingerichteten Expertengruppe der EU zur Energiepolitik gehören neben 12 Konzernvertretern 4 Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Gruppen an.⁹ Die historische Nähe von Energiekonzernen und Regierungen hat bis in die heutige Zeit Bestand und blockiert massiv eine fortschrittliche, nachhaltige Politik.

Wir werden also nicht umhin kommen, Macht und Verantwortung von Konzernen zu thematisieren, wenn wir die Klimakatastrophe verhindern wollen. Und da kommen natürlich auch die Prozesse neoliberaler Globalisierung ins Spiel, die bekanntlich demokratische Gemeinwesen dem Nutzen transnationaler Konzerne unterordnen. Die mächtigen Energiekonzerne beeinflussen „ihre“ Regierungen in den internationalen Klimaverhandlungen und verhindern notwendige Einigungen. Gleichzeitig können sie in einer globalisierten Weltwirtschaft stets mit dem Abwanderungsargument drohen und so fortschrittliche Klimapolitik verhindern. Und ihre zunehmend transnationale Struktur macht staatliche Regulierung schwieriger. Es gilt also die hinter der Energiepolitik liegenden Machtstrukturen anzugehen und global zu regulieren.

Auch die in der Globalisierung dominierenden Institutionen der Weltwirtschaft arbeiten einer nachhaltigen Energiepolitik entgegen. Beispiel **Weltbank**: Mit Vorliebe finanziert diese sog. „Entwicklungsbank“ Projekte, die die Förderung fossiler Brennstoffe zum Ziel haben. Projekte wie Ölpipelines in Ecuador oder Tschad/Kamerun haben oft verheerende Auswirkungen für die lokalen Bevölkerungen, profitieren tun meist die Eliten der jeweiligen Länder und die transnationalen Konzerne. Und obwohl Anfang 2004 ein von der Weltbank in Auftrag gegebener Bericht aus den Förderregionen feststellte, dass der Nutzen solcher Projekte für die jeweiligen Länder sehr fragwürdig sei, hält die Weltbank an ihrer Finanzierungspolitik eisern fest. Noch immer geht zwanzigmal mehr Geld in die

Förderung fossiler Rohstoffe als in den Aufbau erneuerbarer Energiequellen.¹⁰

Beispiel Welthandelsorganisation (**WTO**): Die auf eine Liberalisierung des Welthandels zielenden Verhandlungen sind hochgradig klimarelevant. Zwischen 1950 und 2002 ist die Menge weltweit gehandelter Waren dreimal so stark gewachsen wie die Menge der produzierten Waren und Dienstleistungen – eine dramatisches Wachstum des Welthandels. Damit einher gehen natürlich ein immens gewachsenes Verkehrsaufkommen und rapide steigende Kohlendioxidemissionen. Insbesondere der Boom in der Luftfahrt ist extrem klimaschädlich. Insgesamt mag es zwar strittig sein, wie sehr liberalisierter Handel den beteiligten Ländern wirklich bringt. Eins ist jedoch klar: Das Klima verliert.¹¹

Diese Beispiele zeigen eindrücklich, dass **Globalisierung und Klimawandel eng miteinander zusammenhängen**. Nur wenn wir die Prozesse neoliberaler Globalisierung in den Blick nehmen, werden wir den Klimawandel eindämmen können.

3. Die G8 sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems

Die Regierungschefs der acht wirtschaftsstärksten Industrienationen, die sog. G8, sehen sich selbst gerne als informelle Weltregierung. Auch in der Klimaproblematik spielen sie sich auf als Problemlöser, die den Klimawandel tapfer angehen. So stand das Thema Klima auf dem Gipfel 2005 in den schottischen Highlands prominent auf der Tagesordnung. Herausgekommen sind wieder einmal viele warme Worte, aber kein Fortschritt in der Eindämmung der globalen Erwärmung. Dass „substantielle Emissionsreduzierungen“ notwendig sind, ist nämlich keine revolutionäre Erkenntnis. Vielmehr ist dies den Staats- und Regierungschefs bereits seit der Klimarahmenkonvention von 1992 bekannt, die auch die G8 ratifiziert haben. Statt einem wirklichen Politikwechsel leisten die Verantwortlichen wieder einmal nur Lippenbekenntnisse und lassen **rhetorische Luftballons** steigen, die angesichts der kommenden G8-Gipfel sogar wieder zu platzen drohen.

In Vorbereitung auf den diesjährigen Gipfel in St. Petersburg hat der russische Präsident Putin bereits verlauten lassen: *„Trotz der wachsenden Präsenz von alternativen Quellen im Energiemix bleiben fossile Brennstoffe die Grundlage für die Energie-Industrie der Welt mindestens in der ersten Hälfte des*

*21. Jahrhunderts“*¹² Und vor kurzem ergänzte sein G8-Beauftragter: *„In den nächsten zwei Jahrzehnten werden 200-300 neue Atomreaktoren benötigt.“*¹³ Dass dies den hohen Versprechungen von 2005 widerspricht, ist mehr als augenfällig.

Auch in den internationalen Verhandlungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zeigen sich die G8 unfähig, der globalen Erwärmung effektiv entgegenzusteuern. Insgesamt konnten sich die Industrieländer auf eine Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2012 (Basisjahr: 1990) um etwa 5% einigen – eine Zahl, die sich angesichts des wirklich Notwendigen lächerlich klein ausnimmt: Um ein nachhaltiges und global gerechtes Niveau zu erreichen, müssten die Industrieländer ihren Kohlendioxid ausstoß um bis zu 80% bis 2050 senken. Und während sich die USA noch überlegen, ob der Klimawandel ein menschengemachtes Problem darstellt und am Kyoto-Prozess gar nicht teilnehmen, sieht es bei der Umsetzung auch in den Kyoto-Staaten nicht sehr rosig aus: In der EU lagen die CO₂-Emissionen 2003 nur 1,7% unter dem Stand von 1990. Wenn die Entwicklung der letzten Jahre sich fortsetzt, prophezeit Friends of the Earth bis 2012 gar eine Steigerung der Emissionen um 2,8% gegenüber 1990.¹⁴ Um es auf den Punkt zu bringen: Was wir eigentlich bräuchten, wäre ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien, ein Programm zur Energieeinsparung und ein gerechtes Modell, wie die aufstrebenden Ökonomien des Südens den fossilen Entwicklungspfad überspringen können. Für ersteres wäre z.B. eine **globale CO₂-Steuer** denkbar, deren Erlös für letzteres zu verwenden wäre und gleichzeitig Anreize zum Energiesparen setzen würde. Was wir stattdessen bekommen sind eine angedrohte Renaissance der Atomenergie und eine Debatte über die sog. Energiesicherheit, die sich hauptsächlich um die Sicherung fossiler Rohstoffe dreht. Die G8 sind daher nicht, wie sie sich gerne darstellen, Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Sie zeigen sich nicht nur unfähig, unsere Zukunft nachhaltig zu organisieren, sie heizen die globale Ungerechtigkeit weiter an. Wenn in den nächsten Jahren in der Südsee die ersten Inselstaaten dem steigenden Meeresspiegel zum Opfer fallen, kann man mit Recht behaupten, dass die G8 die Verantwortung dafür tragen. Lasst uns stattdessen lieber die G8 versenken.

06.05.2006

⁸ <http://www.campact.de/atom/mannschaftsaufstellung1>

⁹ <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2006/04/europaische-energiepolitik-von-der-industrie-dominiert/#more-241>

¹⁰

http://www.bicusa.org/bicusa/issues/energy_and_extractive_industries/index.php

¹¹ Man kann argumentieren, dass Welthandel den notwendigen Transfer klimafreundlicher Technologien fördert. Unklar ist jedoch hier die Rolle des WTO-Rechts mit seinen restriktiven Regelungen zum Schutz geistiger Monopolrechte.

¹²

<http://www.ftd.de/politik/international/57413.htm>

¹³

<http://www.ftd.de/politik/international/67940.htm>

¹⁴

http://www.fooeurope.org/climate/download/background_1yKyoto.pdf

Iran-Uran-Krieg? Bombendrohungen aus dem Glashaus

Aus: IMI-Studie 2006/03 - in: AUSDRUCK (April 2006) <http://www.imi-online.de/download/CH-Iran-4-2006.pdf>

Es steht viel auf dem Spiel beim Iran-Uran-Konflikt. Es geht dabei nicht nur um die "zivile" oder militärische Nutzung von Atomtechnologie, nein, der Konflikt ist angereichert mit vielen Komponenten. Globale und regionale Machtpolitiken spielen dabei ebenso eine wichtige Rolle, wie Sicherheitsfragen, die je nach Akteur verschieden definiert werden, die immer bedeutender werdende Problematik der Energiesicherheit trägt zur Konfliktkonstellation genauso bei wie die Frage der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Proliferation), es geht um Wirtschaftspolitik, Währungsstabilität und Forschungspolitik und nicht zuletzt um persönlich/politische Ambitionen. Vor allem aber dreht sich der Konflikt um die Durchsetzung westlicher Ordnungsvorstellungen, die ohne Rücksicht auf geltendes Recht eine hierarchische Weltordnung zementieren sollen.

Wenn Sanktionen oder sogar Militärschläge als "Ultima Ratio" durchgeführt werden sollten, dann wird dies zu aller erst die iranische Bevölkerung zu spüren bekommen. Dass angedrohte Militärschläge umgesetzt werden können und in der Logik der Mächtigen, auch müssen, das haben nicht nur Rambouillet und der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien gezeigt. Dass Krieg das denkbar untauglichste Mittel zum "Export" von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist, das verdeutlicht tagtäglich - nicht nur - das irakische Beispiel. Dennoch scheint das Iran-Quartett (USA plus EU-3), wider alle Vermunft und unter etwas anderen Vorzeichen als im Irak, am Drehbuch für eine neue kriegerische Eskalation zu schreiben. Jenseits eines meist heuchlerischen und instrumentellen Menschenrechtsdiskurses spielen die betroffenen Menschen in der Region jedoch kaum eine Rolle. Unabhängig davon, ob ein UN-Kompromiss kurzfristig für Entspannung sorgt, die tatsächliche Problematik des globalen Umgangs mit Energieressourcen und Atomtechnologie bleibt ausgeklammert.

EU-3: erpressen statt verhandeln

Der Iran-Konflikt eskaliert im Kontext einer globalen Renaissance der "zivilen" Atomenergie und des Wiederauflebens nuklearer Optionen in den Kriegsplänen der westlichen Welt. Die Höhe des Haushaltsansatzes für Atomforschung wurde im 7. Forschungsrahmenplan der EU auf 3,1 Milliarden Euro verdoppelt. Die Entwicklung von "Mininukes" als Bunkerbuster in den USA oder in Frankreich sind hier genauso zu nennen wie die zugehörigen staatlichen Strategiepapiere: die Nuclear Posture Re-

view aus Washington oder das European Defence Paper - der Entwurf eine zukünftigen Weißbuchs für die Entwicklung der Militärpolitik der Europäischen Union. Neben den dort mehr oder weniger ausführlich erwogenen Einsätzen atomarer Waffen, stehen auch die offen angedrohten Nuklearschläge seitens zahlreicher US-Politiker, aber auch die Jacques Chiracs, dessen skandalöse Aussage von der deutschen Kanzlerin Merkel verständnisvoll verteidigt wurde, da es ja um eine, angesichts der Umstände, notwendige Abschreckung ginge.

Einer der wesentlichen Unterschiede zum Irak-Countdown ist die neue Rolle der EU, konkret der drei Hauptakteure, Deutschland, Frankreich und Großbritannien (EU-3). Durch ihre sogenannten Vermittlungsversuche im letzten Jahr haben sie maßgeblich zur Eskalation des Konfliktes beigetragen. Sie sind mit "großzügigen" Angeboten und "Kompromissen" in die Verhandlungen mit iranischen Vertretern gezogen, die faktisch eine bedingungslose Unterwerfung unter europäischen Goodwill bedeutet hätte.

So wurde vom Iran verlangt für alle Zeiten auf die Kündigung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) zu verzichten, der jedoch genau dieses Rücktrittsrecht in Artikel 10 allen Vertragsparteien mit dreimonatiger Frist zusichert. Der Iran hätte zudem auf beinahe alles, mit Ausnahme des reinen Betriebens von Leichtwasserreaktoren, insbesondere auf die Anreicherung von Uran, verzichten müssen. Was aber im Gegenzug angeboten wurde, war lediglich eine "Sicherheitsgarantie", die die realen Bedrohungen Irans nicht berücksichtigt. Denn die EU-3 versprachen lediglich, den Iran nicht mit französischen und/oder britischen Atomwaffen anzugreifen - eine Nichtangriffsgarantie mit konventionellen Waffen wurde nicht gegeben. Aber vor allem gab es keine Garantie, dass US-amerikanische oder israelische (Atom)Waffen nicht gegen den Iran zum Einsatz kämen, was aufgrund der regionalen Machtverhältnisse die wahrscheinlichere Bedrohung ist. Die Versprechungen, den Iran mit atomarer Technologie und vor allem Brennelementen zu versorgen, waren so wagen, dass sie kaum als ernsthaftes Angebot interpretiert werden konnten. Zudem ist der Zugang zu Atomtechnologie entsprechend des NVV (am deutlichsten in Artikel IV) ohnehin verbrieftes Recht eines jeden Mitgliedsstaates.

Verhandlungen, die Erfolg haben wollen, versuchen ein plausibles Verhältnis zwischen Forderungen und Gegenangeboten herzustellen, wenn dies nicht der Fall ist, nennt man das üblicherweise Erpressung. Dass die iranischen Unterhändler dem nicht

zustimmen wollten verwundert deswegen nicht. Verhandlungen sind ebenfalls abhängig von der Glaubwürdigkeit der Partner. Sowohl Frankreich und Großbritannien besitzen Atomwaffen und haben diese Arsenale trotz entsprechender Vorgaben im NVV (Artikel VI und Präambel) bis heute nicht abgerüstet. Ganz im Gegenteil, durch neue Generationen von Atomwaffen und Trägersystemen hat faktisch eine "vertikale Proliferation" stattgefunden - ein Verstoß gegen den NVV (zu den genauen Regelungen des NVV siehe Kasten [nur im PDF]). Deutschland, Frankreich und Großbritannien präsentieren sich gerne als neutrale Vermittler. In Deutschland findet jedoch im industriellen Maßstab Uran-Anreicherung statt, also genau das was dem Iran verweigert werden soll. Die Anlage des deutsch-britisch-niederländischen URENCO-Konsortiums in Gronau an der deutsch-niederländischen Grenze wurde sogar jüngst ausgebaut und eine weitere Expansion ist geplant (der deutsche Anteil ist 33%, er gehört je zur Hälfte RWE und E.ON). Das alles findet statt trotz vorgeblichem Atomaustieg. In der Anlage ließe sich genauso einfach wie im iranischen Natanz durch eine Erhöhung der Anreicherungsdurchläufe, hoch waffenfähiges Uran produzieren. Im Forschungsreaktor in Garching wird mit hochangereichertem waffenfähigem Uran gearbeitet. Etwas was Iran zwar unterstellt wird, aber bis jetzt trotz umfangreicher Kontrollen nicht nachgewiesen werden konnte.

Die EU-3 sind als Prediger atomarer Abstinenz nicht wirklich überzeugend, als glaubwürdige Garanten für Brennstofflieferung leider auch nicht. Bereits 1974 hatte sich der Iran mit 1 Mrd. \$ in das französische Anreicherungskonsortium EURODIF eingekauft und bis heute weder ein Gramm angereichertes Uran (ursprünglich für medizinische Zwecke gedacht) erhalten, noch die Investitionen erstattet bekommen. Hieraus erklärt sich auch die iranische Skepsis, angereichertes Uran aus Russland zu beziehen, da es keinerlei Garantie gibt, dass sich so etwas unter westlichem Druck auf Moskau nicht wiederholt. In einem Interview erklärte der iranische Verhandlungsführer Ali Larijani: *"Der Baustopp des Bushehr Reaktors durch Siemens aus Deutschland, die Weigerung der Französischen EURODIEF Uran zu liefern und nach der Unterlassung der Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen einzuhalten Uran für den Teheraner Forschungsreaktor zu liefern ... Dies sind einige der Gründe die unser Misstrauen dem Westen gegenüber verursacht haben und uns ermutigt haben unser eigenes friedliches Nukle-*

arprogramm zu vervollständigen. Wenn ein glaubwürdiges internationales System für die Versorgung mit nuklearen Brennstoffen zur Verfügung steht, dann wäre die islamische Republik Iran bereit ihre nuklearen Brennstoffe aus diesem System zu beziehen. Ein solches System existiert zur Zeit jedoch nicht." [1]

Vor dem Hintergrund dessen, dass der Iran ein großes und drängendes Energieproblem hat, ist es nachvollziehbar, wenn iranische Vertreter sich nicht völlig abhängig von externen Brennstofflieferungen oder eben auch möglichen Brennstoffembargos machen wollen. Diese Argumentation trifft auf breite Zustimmung innerhalb der iranischen Bevölkerung, was nicht zu letzt in den zahlreichen und weitgehend unzensurierten iranischen Weblogs gut nachvollzogen werden kann. Gerade weil Atomenergie ein fataler Irrweg ist, sollten die Gegenargumente seriös auf das im folgenden erläuterte iranische Energiedilemma eingehen.

Das iranische Energieproblem

Die meisten Menschen im Iran verstehen sich selbstbewusst als Bürger eines Landes mit großer historischer Bedeutung. Große Teile der im regionalen Vergleich relativ gut ausgebildeten iranischen Bevölkerung sehen in einer technischen Entwicklung des Landes sowohl die Chance die momentane ökonomische Krise zu überwinden als auch an "alte Größe" anzuknüpfen. Fatalerweise verknüpfen viele die High-Tech Euphorie mit der Entwicklung der Atomtechnik, die allgemein als Spitzentechnologie gilt. Ein Irrtum der leider nicht nur im Iran zu finden ist, dem allerdings auch ein reales Problem zugrunde liegt. Fast die gesamte iranische Gasproduktion sowie 3/8 des geförderten Öls wird im Land selbst verbraucht, täglich werden 1.4 Million Barrel Öl im Land verbraucht und 2.5 Million Barrel exportiert. [2] Bei stark wachsender Bevölkerungszahl ist in Zukunft mit einer steigenden Energienachfrage zu rechnen während aber zugleich möglichst viele Rohstoffe exportiert werden sollen, um möglichst lange Devisen einzubringen. 20% der Energie wird über Wasserkraft produziert und der Rest soll nun möglichst vollständig mit AKWs abgedeckt werden.

Der erste kommerzielle Reaktor soll bereits in diesem Jahr in Bushehr ans Netz gehen, Milliardenverträge über den Bau weiterer Kraftwerke sind mit den russischen Partnern bereits vereinbart. Da der Iran über eigene Uranvorkommen verfügt und der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) zivile Urananreicherung nicht verbietet, erscheint es der Bevölkerung plausibel, wenn der iranische Präsident Machmud Ahmandinejad auf das "Recht" besteht, den vollen Nuklearkreislauf zu entwickeln, denn "... im Protest gegen die Behinderung der nationalen Forschungsautonomie weiß er die gesamte Bevölkerung

hinter sich." (NZZ, 13.3.2006) Dabei geht es neben Forschungsautonomie, wie bereits erwähnt, vor allem um Energieautonomie, denn ohne gesicherten Zugang zu angereichertem Uran wären die geplanten AKWs im Krisenfall nicht in der Lage die benötigte Energie zu produzieren. Um Erpressbarkeit und Abhängigkeit von anderen Staaten möglichst gar nicht entstehen zu lassen, ist es "logisch" Brennelemente in eigenen Produktionsstätten durchzuführen, insbesondere solange von westlicher Seite plausible Nichtangriffsgarantien ausbleiben.

Nicht nur ich bin der Meinung, dass Atomenergie kein Zukunftsmodell ist, weder ökologisch noch ökonomisch. Doch alle guten Argumente werden durch das Agieren der westlichen Staaten diskreditiert. Zum Jahrestag der islamischen Revolution im Iran erklärte Ahmadinejad am 12. Februar 2006: *"Sie sagen uns, ihr braucht keine Atomenergie. Und wir sagen ihnen, wenn die Atomenergie schlecht ist, stellt sich die Frage, warum ihr sie für euch verwendet. Euer Ziel ist, dass Iran rückständig bleibt."*

[3] Ohne globale Initiativen für alternative Energiequellen, eine westliche Führungsrolle beim Ausstieg aus der Atomenergie und auch generell der Senkung des Energieverbrauchs, wird das Problem nicht zu lösen sein, da es eben kein iranisches, sondern ein globales ist. Wenn nur eine iranische Sonderlösung erzwungen wird, dann liegt der Verdacht nahe, dass es um vorgeschobene Argumente geht, hinter denen sich geopolitische und ökonomische Interessen verborgen, konkret der Zugang zu Rohstoffen und auch die Art der Vermarktung der Rohstoffe.

Öl und Währung

Schon im iranischen Entwicklungsplan 2000-2005 wurde angekündigt, zukünftig das Öl nicht mehr nur über Dollar abrechnen zu wollen, sondern auch über Euro und zu diesem Zweck einen eigenen Handelsplatz, die Iranian Oil Bourse (IOB), einzurichten. Die IOB sollte am 20. März 2006 die Pforten in der Freihandelszone auf der Insel Kish öffnen und allen interessierten Käufern und Verkäufern offen stehen. Sowohl China und Indien haben bereits Interesse bekundet, dort zukünftig ihr Öl einzukaufen. Potentielle Verkäufer wären etwa Venezuela oder auch Russland, das schon seit längerer Zeit laut darüber nachdenkt, sein Öl in Euro abzurechnen. Obwohl der geplante Termin für die Eröffnung der Börse zwischenzeitlich ereignislos verstrichen ist, gehen doch viele Beobachter davon aus, dass mit der Eröffnung der IOB in den nächsten Monaten zu rechnen ist. Die Turbulenzen der Regierungsbildung nach Ahmadinejads Wahl haben dafür gesorgt, dass relevante Positionen wie etwa das Ölministerium bis zu einem halben Jahr unbesetzt blieben, was zu entsprechenden Verzögerungen

bei der Umsetzung der IOB-Päne führte. Ob nun schon im April die Pforten öffnen - wie iranische Regierungskreise erklären, oder später, ein rein technisches Scheitern des Projekts scheint zur Zeit nicht wahrscheinlich. Zu den Beratern gehörte auch Chris Cook, der ehemalige Direktor der International Petroleum Exchange (IPE) in London. Die IPE ist neben dem New Yorker NYMEX bis jetzt der wesentliche Handelsplatz für Öl und Gas und beide basieren auf dem Dollar. Einige Experten sehen in dieser Gefahr für den Dollar als Weltleitwährung die Hauptmotivation für die US-amerikanischen Kriegspläne gegen Teheran. [4]

Welche Auswirkung die Einführung des "Petroeuros" als Konkurrenz zum "Petrodollar" auf die Weltwirtschaft und besonders auf die Dollarstabilität haben wird, das wird nach langem Schweigen nun seit Mitte März auch in den Mainstreammedien diskutiert. Nachdem das Leistungsbilanzdefizit der USA 2005 auf über 800 Mrd. Dollar gestiegen ist, stellt sich die drängende Frage, wie lange dies noch, wie in den letzten Jahren, durch ausländische Investitionen, Anleihen oder Aktienkäufe aufgefangen wird. Der Hauptvorteil für Anleger war bis jetzt die hohe Rendite bei Dollar-Anleihen, vergleichbares wird es im Euro-Raum nach momentan geltender EZB-Politik erst einmal nicht geben. Deswegen gehen einige Beobachter davon aus, dass die IOB keine gravierenden Auswirkungen haben wird. Doch der Streit darüber, wie sich die IOB längerfristig auf das Währungsgefüge auswirken könnte, scheint gerade erst zu beginnen. In einem internationalen Finanzmarkt, in dem "Stimmungen" auf der Börse manchmal wichtiger sind als reale Wirtschaftsdaten, kann es sein dass die IOB allein als Signal bereits Wirkung entfalten kann und nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten ist "die Finanzierung der Ertragsbilanzlücke der USA ein heikle Angelegenheit. Und jedes(!) Anzeichen, dass der Kapitalimport dazu nicht mehr ausreicht, könnte den Dollarkurs stark unter Druck setzen." (NZZ, 20.3.2006)

An einem - drastischen - Verfall des Dollars und entsprechender Aufwertung des Euro hat auch die auf dem Euro basierende Exportwirtschaft, also besonders die deutsche, keinerlei Interesse. Was durchaus ein Grund für die auffällige Einigkeit im Kurs von EU-3 und USA sein könnte. Diese Überlegungen zur Währungsstabilität reichen als alleiniger Kriegsgrund sicher nicht aus, dürften aber in der Gesamtabwägung möglicherweise doch eine gewichtige Rolle spielen.

Iranische Ostorientierung

Im Rahmen der Neuaushandlung globaler Macht- und Marktpositionen spielt der Zugang zu Rohstoffen eine zentrale Rolle. Welches Gewicht zukünftig die USA, die

EU, Russland, China oder auch Indien spielen, das ist nicht völlig unabhängig von der Entwicklung im Iran. Seine geographische Lage zwischen persischem Golf und Kaspischem Meer und den dort jeweils vorhandenen Öl- und Gasreserven machen die Frage, wer im Iran die Macht hat, zu einem geostrategisch brisanten Thema. Im Verhältnis zum Irak birgt der Iran eine noch größere Gefahr für die regionale Umsetzung US-amerikanischer aber auch Europäischer Interessen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu den EU-Staaten, besonders zu Deutschland, verzeichneten in den letzten Jahren zweistellige Zuwachsraten. Wesentlich rasanter wächst jedoch der wirtschaftliche Austausch Richtung Osten. Mit seinem östlichen Nachbarn Pakistan und dessen Nachbarn Indien hat Iran ein umfangreiches 7 Mrd. Dollar schweres Abkommen über die Erstellung einer Gaspipeline abgeschlossen. Pakistan und Indien stehen seither unter massivem Druck der US-Regierung dieses Projekt wieder aufzugeben. Die Indisch-US-amerikanische Kooperationsvereinbarung, die faktisch eine Anerkennung von Indien als Atommacht bedeutet, kann auch unter dem Gesichtspunkt verstanden werden, Indien Energiesicherheit ohne Rückgriff auf iranische Ressourcen zu ermöglichen. Japans Ölversorgung wird zu ca. 16% aus iranischen Quellen gespeist. Das japanische Unternehmen Inpex Corp. schloss mit Iran einen Vertrag über 75% der Erschließungsrechte des Ölfelds von Asedegan, in denen Vorkommen von 26 Mrd. Barrel vermutet werden.

Noch stärker ist China ökonomisch im Iran präsent, der mit einem Anteil von 14% Pekings zweitgrößter Öllieferant ist. Die chinesische Sinopec Group wird das iranische Yadavarn-Ölfeld erschließen. Dieses Geschäft im Umfang von 70 Mrd. \$ sichert China 25 Jahre lang Lieferungen von iranischem Flüssiggas. Für die Ausbeutung der Vorkommen von Öl im Kaspischen Meer wird ebenfalls eine Kooperation angestrebt. Chinas Wirtschaft profitiert zudem von hunderten von Aufträgen im Iran wie etwa von der Erstellung eines unterirdischen Schienennetzes in Teheran, das einen Teil der Teheraner Verkehrsprobleme lösen soll. Die Kooperation mit Russland bezieht sich schwerpunktmäßig auf das iranische Atomprogramm und auf Rüstungsgüter wie die Bodenlufraketen Tor M-1, die für ca. 700 Millionen in Russland erworben wurden. Es ist eine logische Konsequenz dieser Kooperationen, dass iranische Vertreter mit Beobachterstatus bei der Shanghai Cooperation Organization (SCO) vertreten sind. Die SCO, als Zusammenschluss von China und Russland mit vier zentralasiatischen Staaten, versteht sich als sicherheitspolitisches Bündnis, mit dem langfristigen Ziel einer gemeinsamen Außen- und Wirtschaftspolitik (evtl. mit Freihandelszone).

Die ökonomische und sicherheitspolitische Ostorientierung erzeugt auch bei traditionellen iranischen Handelspartnern wie der deutschen Regierung eine gewisse Besorgnis. Schon allein deswegen, weil die Wachstumsraten im ökonomischen Austausch zwischen dem Iran und der EU bei einer stärkeren Westorientierung Teherans wesentlich höher sein könnten. Das "großzügige Angebot" der EU-3 im Sommer letzten Jahres kann auch als (gescheiterter) Versuch gesehen werden, den Iran mit einem Knebelvertrag stärker Richtung Westen zu orientieren. Dass deutsche Vertreter trotz (noch) guter Wirtschaftsbeziehungen in den Iran sowohl Embargos erwägen als auch ganz konkret bereits die Hermes Kredite für Geschäfte mit dem Iran zurückfahren,[5] macht deutlich, dass derzeit ein Paradigmenwechsel in der deutschen Iran-Außenpolitik stattfindet.

Die Kriegspläne liegen auf dem Tisch

Der angedrohte Krieg gegen den Iran wird von manchen für unrealistisch gehalten, da besonders die US-Streitkräfte im Irak und in Afghanistan bereits bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit eingebunden sind. Mit einem Bodenkrieg einschließlich Einmarsch, Sturz des herrschenden Regimes und Auswechseln der Machthaber ist vorläufig tatsächlich nicht zu rechnen. Die US-amerikanischen und in letzter Konsequenz wohl auch die Pläne der EU-3 gehen von einem Luftkrieg aus, dessen Ziel vorrangig die Zerstörung der atomtechnischen Einrichtungen und der Trägersysteme für mögliche Atombomben sein dürften. Doch auch ein solches begrenztes Szenario hätte gravierende Auswirkungen für die Menschen im Iran und kann mittelfristig zu einer weiteren Destabilisierung der gesamten Region führen. Die Oxford Research Group (ORG) hat im Februar 2006 in einer Studie[6] darauf aufmerksam gemacht, dass ein Luftkrieg bereits in einer ersten Welle zu Tausenden von Toten führen könnte. Die mittelfristigen Folgen seien abhängig davon, wie viel Radioaktivität bei den Bombardements freigesetzt und wie sich in der Folge das regionale politische Kräfteverhältnis verschieben würde. Wenn etwa der Reaktor in Bushehr bei einem Angriff bereits in Betrieb ist, und so eine unkontrollierte Kettenreaktion ausgelöst würde, dann wäre die gesamte Region um den persischen Golf bis nach Kuwait betroffen.

Die Liste der möglichen Ziele für Luftangriffe auf den Iran ist lang, sie reicht vom Forschungsreaktor, radioisotopischen Produktionsstätten und Forschungslaboratorien in Teheran und Umgebung, zum Nukleartechnologiezentrum in Isfahan, dem nahezu fertig 1000 MWatt Leichtwasserreaktor in Bushehr, bis hin zum entstehenden Schwerwasserreaktor in Arak und zu den Anreicherungsanlagen in Natanz. Insgesamt

geht man von ca. 40 Anlagen und damit entsprechend vielen potentiellen Zielen aus. Paul Rogers (ORG) geht davon aus, dass das Ziel nicht nur die Zerstörung der nuklear relevanten Anlagen sondern auch die des zugehörigen Wissens sei. Die Angriffe würden deswegen weitgehend simultan stattfinden, wegen des Überraschungseffekt und auch um möglichst viel technisch kompetente Mitarbeiter zu töten. Zu diesem Kalkül gehöre es auch ausländische Mitarbeiter zu treffen, nicht zuletzt zum Zweck der Abschreckung zukünftiger Kooperation von Experten mit der iranischen Regierung. Um das Risiko für amerik. Flugzeugbesatzungen (Tod oder Gefangennahme) zu verringern würde parallel versucht werden, so Renner in seiner Studie, wenigstens Teile des iranischen Verteidigungspotentials zu zerstören. Besonders iranische Abfangjäger und iranische Radars seien hierbei das Ziel. Damit wird die Liste der betroffenen Regionen noch länger, denn betroffen wären Radareinrichtungen und Kommandozentralen des westlichen Kommandos und die Luftwaffenbasen in Teheran, Täbris, Hamadan, Dezful, Umidiyeh, Shiraz und Isfahan; darüber hinaus das südliche Kommando und die zugehörigen Luftwaffenbasen in Bushehr, Bandar Abbas und Chah Bahar. Die erste Welle dieses Luftkrieges wäre wahrscheinlich innerhalb von wenigen Stunden abgeschlossen und würde wohl von weiteren Angriffen im Verlauf der nächsten Tage "ergänzt".

Um mögliche Vergeltungsschläge auf Israel oder US-amerikanische Stützpunkte zu verhindern würden auch die iranischen Mittelstreckenraketen und zugehörige Forschungs- und Produktionsstätten ins Fadenkreuz geraten. Da diese aber zum Teil von mobilen Abschussbasen aus einsatzbereit sind, dürfte das nur sehr unvollständig möglich sein, womit eine militärische "Lösung" die Gefahr für Angriffe auf Israel mittelfristig eher erhöht als verringert.

Die Frage danach, wann ein Krieg gegen den Iran beginnen könnte, muss leiser mit jederzeit beantwortet werden. Ein Truppenaufmarsch ist nicht nötig, da alles benötigte Kriegsgerät bereits in der Region vorhanden ist. Die für Militärschläge zudem nötige Aufklärung führen US-Militärs über Drohnen, elektronische Überwachung und Satelliten bereits seit längerer Zeit durch. Möglicherweise auch in diesem Fall mit tatkräftiger Unterstützung des BND, der traditionell gute Verbindungen in der Region unterhält. Die militärische Infrastruktur steht im wahrsten Sinne des Wortes "Gewehr bei Fuß".

Mindestens ein Flugzeugträger mit Kampfflugzeugen steht im persischen Golf bereit. Mehrere hundert Cruise Missiles und zahlreiche landgestützte Flugzeuge (z.B. B2-Bomber) können von den verschiedenen Basen in und außerhalb der Region starten. Stealthbomber aus Fairford (GB) könnten in

einer ersten Angriffswelle die iranischen Radarstellungen ausschalten. Sowohl für diese britischen Flüge, als auch für den Nachschub der US-amerikanischen Truppen, stellt sich auch hier die Frage der Überfluggenehmigungen über Deutschland.

Kurzfristige militärische Antworten des iranischen Militärs würden vor allem die Öl- und Flüssiggastransporte durch die Straße von Hormuz treffen. Am 31. März begannen iranische Streitkräfte mit einem Manöver im persischen Golf, bei dem mit "Supertorpedos, ferngelenkten Spähflugzeugen und Schnellbooten offensichtlich genau die Empfindlichkeit der Erdölrouten vorgeführt werden sollte. Um die Route zu schützen könnte die Irankriegskoalition "präventiv" die Raketenwerfer der Küstenwache ebenso zerstören, wie Irans kleine Kriegsflotte. Hauptbasis ist wiederum Bushehr und die in Bandar Abbas liegende Kommandozentrale. Dort befinden sich auch drei U-Boote. Es gibt außerdem weitere Stationierungsorte von leichten Schnellbooten, die für den Tankerverkehr die größte Gefahr darstellen könnten. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass die iranischen Revolutionsgarden im Irak mit befreundeten Milizen zusammen US-amerikanische Stellungen angreifen könnten. Deswegen sind Angriffe auf Landstreitkräfte und Garden besonders an der irakischen Grenze wahrscheinlich.

Die Folgen für die Menschen im Iran wären gravierend. Tausende toter Soldaten, hunderte toter Zivilisten (oder mehr), zerstörte Infrastruktur und verseuchte Regionen würden ein normales Leben in absehbarer Zeit unmöglich machen und den Hass gegen den Westen so steigern, dass das heutige Regime gestärkt und nicht geschwächt würde. Folgen für die internationalen Beziehungen wären ebenfalls weitreichend. Die iranische Regierung würde mit großer Wahrscheinlichkeit das Atomprogramm sofort (wieder) aufnehmen sowie den NVV kündigen und damit alle heute noch vorhandenen Kontrollmöglichkeiten unterbinden.

Dies würde die globalen Bemühungen zur Verhinderung von Proliferation massiv zurückwerfen. Neben der regionalen Destabilisierung (Irak, Libanon ...) ist völlig unklar wie Russland oder China, eventuell auch Pakistan oder Indien reagieren würden. Militärische "Lösungen", selbst sogenannte chirurgische Optionen, haben Konsequenzen die sehr viel schwerwiegender sind als die Probleme, die damit gelöst werden sollen. Militärationen sollten deswegen in jedem Fall ausgeschlossen werden.

Machtfrage / regionale Vorherrschaft

Ein Perspektivenwechsel ist manchmal sehr hilfreich um Konfliktkonstellationen zu verstehen. Der Iran erlebt sich als sicherheitspolitisch verletztlich - auch ohne die oben ausgeführte direkte Kriegsoption. Er sieht sich umzingelt von den Atommächten USA, Israel und Pakistan -

USA, Israel und Pakistan - plus NATO Atombomben in Incirlik / Türkei. Besonders die massive US-amerikanische Militärinfrastruktur mit 150.000 Soldaten im Irak und 20.000 Soldaten in Afghanistan mit Basen teilweise dicht an der iranischen Grenzen wird als bedrohlich erlebt - und das nicht nur von der Regierung. Dazu kommen Stützpunkte in Kuwait, Bahrain und Katar sowie die 5. Flotte die den persischen und arabischen Golf kontrolliert. Die US-Regierung unterhält zudem weitere militärische Verbindungen, Abkommen und Stützpunkte in Ländern nördlich und östlich des Iran. US-Vertreter haben mehrfach erklärt, ein Ende des Teheraner Regimes sei wünschenswert. Auch die israelische Armee ist hochgerüstet (mit atomaren Erst- und Zweitschlagsoptionen) mit F16-Bombern und Bunkerbustern beide aus US-amerikanischer Produktion und Raketen abgeschossen von Dolphin U-Booten Made in Germany ist iranisches Territorium einfach zu erreichen. Die Angst in der israelischen Bevölkerung vor einer iranischen Regierung, die bis heute das Existenzrecht Israels nicht anerkannt hat und über Mittelstreckenraketen verfügt, die Israel erreichen können ist real und nachvollziehbar. Umgekehrt sieht allerdings auch die iranische Bevölkerung das israelische Atomarsenal als Bedrohung. Dass in beiden Ländern die Bedrohung in teure Aufrüstungsprogramme kanalisiert wird, deren ökonomische Folgen die ohnehin wachsende arme Bevölkerung trifft ist eine fatale Entwicklung ohne jedes Potential für eine wirkliche Lösung der Sicherheitsprobleme. In dieser Lage scheint es für das Verhältnis Israel und Iran drei Alternativen zu geben:

A) Ein unkontrolliertes Wettrüsten das sowohl Israel als auch den Iran einem Kriegsrisiko näher bringt. Atomare Abschreckung in einem "Gleichgewicht des Schreckens" war auch in Zeiten der Blockkonfrontation kein Erfolgsmodell - auch wenn es im Nachhinein gern so dargestellt wird. Zu real war die Gefahr totaler Vernichtung durch den nuklearen Overkill.

B) Eine militärische "Abrüstung" des Irans im Rahmen des oben beschriebenen Szenarios. Die Eskalationsgefahr ist allerdings schwer zu kontrollieren, die Fronten werden dadurch noch unversöhnlicher. Spätestens dann ist mit einem (heimlichen) Atomprogramm des Iran zu rechnen und die Sicherheitslage für den gesamten Mittleren Osten wäre noch labiler als heute schon.

C) Die Einleitung eines regionalen Abrüstungs- und Kooperationsprozess, eventuell nach dem Vorbild der KSZE/OSZE, mit dem Ziel eines massenvernichtungsmittelfreien Mittleren Ostens. Alternativen zum Krieg brauchen eine Lösungen des iranischen und des israelischen Sicherheitsdilemmas. Ein erster Schritt könnte die Anerkennung Israels durch den Iran im

Gegenzug zu einer atomaren Nichtangriffsgarantie sein.

Keine der Möglichkeiten ist ohne Risiko, aber die ersten zwei Optionen führen so konsequent in die Sackgasse, dass es keine Alternative zu einem Abrüstungsprozess gibt.

Müssen wir uns an doppelte Standards gewöhnen? Nukleare Apartheid?

Die Angst vor einem iranischen Atomprogramm ist begründet. Doch alle Gründe die gegen das iranische Atomprogramm sprechen, sprechen auch gegen die anderer Länder. Anreicherungsanlagen und der Zugang zu entsprechender Technologien ermöglichen den Zugriff auf die Bombe, auch in Deutschland! Doch auch Plutonium, das im "normalen" Kraftwerksbetrieb anfällt, eröffnet die Bombenoption - wenn auch technisch etwas aufwendiger. Auch die Risiken der zivilen Nutzung sind unkalkulierbar. Doch selbst unter der Voraussetzung, dass alle Risiken und Nebenwirkungen der "zivilen" Nutzung von Atomkraft technisch kontrollierbar wären (woran niemand ernsthaft glauben kann), setzt eine gefahrlose Nutzung auch politische Stabilität über Tausende von Jahren voraus und wenn diese je in irgendeiner utopischen Region möglich sein sollte, dann ist es immer noch nötig, alle kriminelle Energie, die aus dem strahlenden Material ein Gefahr für zahllose Menschen machen könnte, im Griff zu halten. In letzter Konsequenz bedingt die Atomwirtschaft immer eine mehr oder weniger massive staatliche Sicherheitspolitik und kann jederzeit als Argument oder Vorwand für Repression benutzt werden.

Wer nun aber die Gefahren der Atomenergie allein im Iran bekämpft der sorgt faktisch dafür, dass aus dem ohnehin schon asymmetrischen NVV-Vertrag (Unterscheidung zwischen Atomwaffenstaaten und Nicht-Atomwaffenstaaten) ein nukleares Apartheidsregime wird. Neben Staaten mit Atomwaffen, die ihre eigenen Abrüstungsverpflichtung ignorieren, gibt es "zuverlässige" Staaten die anreichern dürfen (und die Brennelemente verkaufen) und als unterste Stufe diejenigen, die lediglich AKWs betreiben dürfen (und abhängig von Lieferungen sind). Genau dies schlug US-Präsident George W. Bush in einer Grundsatzrede im Februar 2004 vor, als er angab, die Anreicherungstechnik solle auf die gegenwärtigen Technologiebesitzer beschränkt werden (u.a. Deutschland, Japan, Brasilien...). Darüber hinaus forderte er, dass alle Staaten, die nicht bereit seien, sich umfassenderen Kontrollen seitens der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zu unterziehen, jeglicher Zugang zu "ziviler" Atomtechnologie versagt werden müsse.[7] Dies sind aber Schritte, die sich nicht aus dem NVV ableiten lassen, ja sogar die dort

vertraglich verbrieften Rechte und Zugeständnisse für den dauerhaften Verzicht auf Atomwaffen rückgängig machen. Gleichzeitig wird weiterhin die Einhaltung der Vertragspflichten der nuklearen "Habenichtse" (Atomwaffenverzicht nach Artikel II) überwacht, die der Kernwaffenstaaten (Abrüstung nach Artikel VI) jedoch nicht. Damit wird nukleares Faustrecht etabliert.

Der NVV ist reformbedürftig - oder besser durch einen neuen effektiven Abrüstungs- und Atomausstiegspakt zu ersetzen. Da der momentane NVV aber als Vorwand für einen Krieg gegen den Iran benutzt wird, sei hier noch einmal erwähnt, dass dem Iran bis heute kein Verstoß gegen den NVV nachgewiesen werden konnte. Die iranische Regierung hatte eine Reihe ihrer Programme und Anlagen nicht bei der IAEO gemeldet, "ähnliche Verstöße und Fehler sind auch von zahlreichen anderen Ländern bekannt geworden, ohne dass dies - mit Ausnahme von Irak und Nordkorea - eine nennenswerte internationale Reaktion hervorgerufen hätte." [8] Seit dem Jahr 2003 hat der Iran seine Programme offen gelegt sowie am 18. Dezember 2003 ein freiwilliges IAEO-Zusatzprotokoll, das umfangreichere Inspektionen ermöglicht, unterzeichnet und dessen Anwendung sofort ermöglicht - obwohl es bis heute nicht ratifiziert ist. Einige Anlagen etwa zur Laseranreicherung wurden abgebaut. Das Anreicherungsprogramm in Natanz wurde ausgesetzt und durch freiwillige Sondermaßnahmen die Kontrolle dieses Stopps überprüfbar gemacht. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den EU-3 im Sommer 2005 hat die iranische Regierung diese freiwilligen(!) Zugeständnisse zurückgenommen, um ihr eigenes Anreicherungsprogramm wieder aufzunehmen. Im Gegensatz zur Medienberichterstattung wurden die Siegel der Anlage in Natanz nicht "aufgebrochen" sondern unter Anwesenheit von IAEO-Vertretern entfernt. Die Berichte der IAEO an den Sicherheitsrat beinhalteten keinen "Schuldspruch" sondern die Feststellung, dass ein militärisches Programm des Iran nicht ausgeschlossen werden kann - aber eben auch nicht bewiesen ist. Im Kern geht es also um die Dual-Use-Problematik, die im Rahmen des NVV nicht ausreichend geregelt ist - und auch grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden kann.

Wenn die westlichen Staaten nicht einen vollständigen Atomausstieg für alle Staaten in Angriff nehmen wollen, dann sollten sie wenigstens substantielle Angebote auf den Tisch legen. Einer tatsächlichen Lösung kommt man wohl nur näher, wenn das Iran-Quartett oder wenigstens die EU-3 an ihrer eigenen Glaubwürdigkeit arbeiten. Etwa indem sie beginnen ihren eigenen Verpflichtungen aus dem NVV nachzukommen und ihr Atomwaffenarsenal abzubauen. Ein erster Schritt könnte der Abzug der ca. 150 Atomwaffen aus Deutschland und ein Stopp

des Garching Reaktors sein. Als Zwischenschritt zum Ausstieg ist auch ein globaler Verzicht auf hochangereichertes Uran in Forschungsreaktoren und eine Internationalisierung aller Anreicherungsanlagen denkbar und möglich!

Leider wird allein das Droh- und Kriegsszenario verfolgt. Seit dem 29. März 2006 läuft das 30-tägige Ultimatum des UN-Sicherheitsrates. Wenn auch noch ohne Embargo- und Kriegsdrohung. EU-Resolutionen, IAEO-Berichte und Involvement der Vereinten Nationen gehören offensichtlich zum Eskalationsszenario. Die Fülle der Aktionen lässt Zug um Zug die tatsächliche Rechtslage (kein iranischer Verstoß gegen den NVV) vergessen, indem hiermit suggeriert wird, vom Iran gehe eine immer akuter werdende direkte Gefahr aus. Für die abschließende Kriegsentscheidung ist es dann möglicherweise gar nicht mehr wichtig, ob der Sicherheitsrat als ganzes Zwangsmaßnahmen (Embargo und/oder Militärschläge) nach Artikel 7 zustimmt. Es ist auch eher unwahrscheinlich, dass sich Russland und besonders China darauf einlassen werden, Irans Atomprogramm als "Gefährdung des Weltfriedens" einzustufen und ohne eine solche Einstufung sind UN-mandatierte Kampfeinsätze schwer möglich. Wenn die Eskalation jedoch weit genug fortgeschritten ist (zwei verstrichene Ultimaten o.ä.), dann ist es auch denkbar, den Sicherheitsrat, wie vor dem Irakkrieg, als "handlungsunfähig" darzustellen und auf das Prinzip der Selbstmandatierung durch USA plus EU-Staaten zurückzugreifen. Das Szenario einer unbeweglichen und veralteten UN lässt sich umso glaubwürdiger inszenieren, als diesmal keine kritischen Stimmen von Europäischen Staaten zu erwarten sind.

Gegen Krieg, Atomprogramme und Feindbilder

Das iranische politische System ist repressiv und autoritär. Die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten ist immer wieder nicht gewährleistet, streikende Busfahrer landen im Gefängnis und Pressezensur gehört zum Alltag. Dennoch: den Iran als totalitäres System zu bezeichnen ist schlicht falsch und irreführend, zu lebendig ist die Zivilgesellschaft, zu aktiv sind z.B. Frauenrechtlerinnen oder auch KünstlerInnen. Dass Frauen, wie die Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi trotz aller Widrigkeiten immer wieder auch erfolgreich für Menschenrechte kämpfen zeigt, dass die politische Landschaft im Iran lebendig ist und das Potential für nötige Reformen durchaus besteht. Ein "Demokratieexport" oder "Regimechange" bringt selten Verbesserung, meist stärkt er repressive Tendenzen und zerstört gewachsene Basisstrukturen - siehe Irak. Nicht "der Iran" hat unsere Solidarität verdient, sondern die Menschen im Iran, die sowohl von ihrer eigenen Regierung als auch von USA und

EU-3 quasi in Geiselhaft genommen werden.

Ein iranisches Atomprogramm kann für progressiv denkende Menschen nicht erstrebenswert sein, zu hoch sind die Risiken selbst bei der zivilen Nutzung von Atomenergie, allein das hohe Erdbebenrisiko im Iran sollte nachdenklich machen. Doch ohne eine globale Diskussion dieser Problematik verlieren selbst die besten Argumente ihre Glaubwürdigkeit - denn wie steht es etwa mit den Erdbebenrisiken für japanische Reaktoren?

Die Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit ist es, die Alternativlosigkeit von Drohungen, Sanktionen und Krieg zu hinterfragen. Das Signal, dass Krieg als Lösung nicht akzeptiert werden wird, muss möglichst laut und deutlich wahrnehmbar sein. Die Demonstrationen gegen den Irak-Krieg wurden in den arabischen und islamischen Medien umfangreich gewürdigt. Dass nicht alle westlichen Regierungen sich offen für einen Krieg aussprechen aber vor allem, dass Millionen Menschen auf den Strassen gegen einen Krieg demonstrierten, machte die Frontenbildung gegen "den Westen" auch für militante Hardliner in islamischen Ländern schwer. Auf EU-Regierungs-Gegenstimmen gegen einen Irakkrieg darf man dieses Mal wohl nicht hoffen. Umso dringender ist es, dass der Protest auf der Straße sichtbar und laut wird. Nur so kann auch Ahmadinejads plumper und gefährlicher Hetze der Boden entzogen werden, wenn er seiner Bevölkerung nicht mehr plausibel ein geschlossenes Feindbild präsentieren kann. Nicht "der Iran" ist das Problem, die Probleme sind global und heißen: Dual-Use Problematik, Atomare Ab- und Aufrüstung, Energiesicherheit, ökonomische Entwicklung, Feindbilder und Demagogie.

Anmerkungen

[1] Broadcast live from Tehran, Iran reaffirms that it has no intention of obtaining nuclear weapons. 16.2.2006;

http://acdn.france.free.fr/spip/article.php3?id_article=153&lang=en

[2] CIA World Factbook, "Iran"; <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ir.html>

[3] iran-report Nr. 3/2006 (Heinrich-Böll-Stiftung), S. 5;

http://www.boell.de/de/04_thema/4061.html

[4] Vgl. diesbezüglich v.a. Clark, William, The Real Reasons Why Iran is the Next Target: The Emerging Euro-denominated International Oil Market, Centre for Research on Globalisation, 27 October 2004.

[5] iran-report Nr. 3/2006 ebenda.

[6] Vgl. zum folgenden Rogers, Paul, "Iran: Consequences of a War", Oxford Research Group (February 2006);

<http://www.iranbodycount.org>

[7] Remarks by the President on Weapons of Mass Destruction Proliferation, White House, February 11, 2004

[8] W&F / IPPNW, "Atomenergie: Zugriff zur Bombe", W&F Dossier 51, 1-2006, S. 7

Kein Krieg und Keine Urananreicherung – nirgendwo! Atomwaffen(optionen) abschaffen - auch in Deutschland UAA Gronau sofort stilllegen

Inspektion der Urananreicherungsanlage in GRONAU (Westfalen) am 18. Juni 2006 Gemeinsame Vorbereitung im Camp ab dem 16. Juni 2006 in Gronau

(...) Der Iran verstößt mit seinen Aktivitäten derzeit nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag. Im Gegensatz dazu halten sich die USA und viele andere Staaten an vielen Punkten nicht daran, (...) Wenn Deutschland nicht nur im wirtschaftlichen Bereich Großmacht werden will, gehört da einfach die Atomwaffe dazu. Einige „Puzzlestücke“ sind schon vorhanden.

Auch hier (Büchel/Ramstein) sind Atomwaffen stationiert, in Büchel (Eifel) von deutschen Piloten mit dem Tornado im Rahmen der NATO gelenkt. In der Wittstocker Heide soll der passende Bombenabwurfübungsplatz geschaffen werden. Der Forschungsreaktor in

Garching bei München wird mit hochangereichertem atomwaffenfähigem Uran betrieben. Bei der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (Westfalen) wird gerade die Kapazität um den Faktor 2,5 erhöht auf 4500t Urantrennarbeit/Jahr, ohne dass sich der Welt sicherheitsrat damit befasst oder Bombendrohungen kommen. Schon 1997 war im Spiegel zu lesen, dass die IAEO-Prüfer bei der Kontrolle dieser UAA auf hartnäckigen Widerstand stoßen. Abgereichertes Uran, welches auch von Gronau nach Russland geliefert wird, findet oft für panzerbrechende Munition Verwendung.

In Deutschland existieren die Anlagen, das Material und das Wissen, um innerhalb kurzer Zeit (ca. 3 Monate) Atomwaffen herzustellen. Deutsche Firmen haben Teile für die nukleare Technik im Iran geliefert und auch iranische Wissenschaftler ausgebildet. Atomanlagen müssen überall abgeschaltet werden. Eine Trennung von ziviler und militärischer Nutzung ist nicht möglich.

Gegen Krieg und Heuchelei!

Unterstützt von: X-tausendmal quer, Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen, IPPNW
<http://nirgendwo.info/de/aktuell/view/1>

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag Kongobeschluss des Bundestags eine Katastrophe

Kassel-Hamburg, 1. Juni 2006 – Anlässlich der Abstimmung im Deutschen Bundestag über die Führung einer EU-Kampftruppe durch die Bundeswehr unter Beteiligung von 780 Soldaten in der DR Kongo erklären die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Peter Strutynski (Kassel) und Lühr Henken (Hamburg):

Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat frühzeitig auf seine Ablehnungsgründe hingewiesen und die Bundestagsabgeordneten aufgefordert, dem Antrag der Bundesregierung nicht zuzustimmen. Er weiß sich damit im Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung. Eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des STERN ergab Ende Mai, dass 57 Prozent der Bundesbürger gegen die Mission sind und lediglich 40 Prozent dafür. Im Bundestag dagegen stimmten heute 76 Prozent der anwesenden Abgeordneten für den Militäreinsatz. Wir stellen mit Befremden fest, wie weit sich die Mehrheit der Abgeordneten bereits vom Willen der Bevölkerung entfernt hat und wie die große Koalition den verderblichen Weg der Militarisierung der deutschen Außenpolitik unbeirrt fortsetzt.

Wir registrieren aber auch Zeichen der Hoffnung. Nie wurde im Bundestag ein Bundeswehreininsatz so kontrovers diskutiert wie dieser. Und erfreulicherweise hat die FDP-Fraktion – sonst wahrlich kein Hort des Pazifismus – fast einmütig ihre Zweifel am Sinn dieses Kongoeinsatzes zum Ausdruck gebracht.

Dagegen scheinen die Wortführer von Bündnis 90/Die Grünen noch nicht mitbekommen zu haben, dass sie inzwischen in der Opposition angekommen sind. Immer noch versuchen sie sich als bessere Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums hervorzutun. Einem Großteil der Grünen-Wähler wird das nicht sonderlich gefallen.

Warum hätte von der ganzen Opposition, und nicht nur von der Linken und der FDP, und warum hätte auch von noch mehr kritischen

Abgeordneten aus den Reihen der Koalitionsfraktionen ein klares Nein zum Kongoeinsatz kommen müssen?

1) Weil der Einsatz als Probelauf für die im Aufbau befindlichen EU-Battle-Groups gilt:

Die Regierungschefs der EU haben im Dezember 2005 formell eine Afrikastrategie beschlossen, die sich offiziell den Aufbau und die Stabilisierung unseres großen Nachbarkontinents zum Ziel gesetzt hat. Sie behalten sich vor, dies Vorhaben auch militärisch abzustützen. Dem dient der Aufbau der "Battle Groups". Die Wahlen in der DR Kongo sind willkommen Anlass, diese militärischen Instrumente auszuprobieren und die Bevölkerungen der EU-Staaten an die Militarisierung der EU zu gewöhnen. Zur Absicherung der Wahlen werden sie nicht benötigt. Im für die Akzeptanz des Wahlergebnisses zentralen Nervenzentrum Kinshasa ist mit keinen bewaffneten Störern zu rechnen, da es außer der 10.000 bis 15.000 Elitesoldaten starken persönlichen Garde des haushohen Wahlfavoriten und derzeitigen Übergangspräsidenten Joseph Kabila keine bewaffneten Kräfte gibt, die einen Finger für ihre Warlords angesichts dieser Übermacht krümmen würden. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung sind die kongolesischen Sicherheitskräfte und die MONUC zuständig. Eventuell notwendige Evakuierungen können von MONUC vorgenommen werden. Sie verfügt über ein landesweites Luftverkehrsnetz.

2) Weil es in Wirklichkeit um die Sicherung von Ressourcen geht:

Kabila, der in seiner kurzen Amtszeit den Ausverkauf kongolesischen Reichtums an Bodenschätzen an transnationale Minengesellschaften zur persönlichen Bereicherung so rasant vorangetrieben hat wie keiner seiner Vorgänger, ist der Mann Frankreichs und der USA und Garant für die Fortsetzung dieser Politik. Deutschland will in Zentralafrika Präsenz zeigen, um bereits vorhandene (Siemens) oder künftige wirtschaftliche Interessen

besser vertreten zu können. Es ist dem CDU-Abgeordneten Eckart von Klaeden zu danken, dass er in der heutigen Debatte auf die Bedeutung des Kongo wegen des "Rohstoffreichtums" des Landes hingewiesen hat. Von den Wahlen selbst wird leider kein Impuls für die so wünschenswerte Prosperität der bitterarmen kongolesischen Bevölkerung ausgehen.

3) Und weil es um die irrationale Furcht vor Flüchtlingsströmen geht:

Bundesverteidigungsminister Jung hat in den letzten Wochen mehrfach darauf hingewiesen, dass eine militärische "Stabilisierung" der DR Kongo dazu diene, Flüchtlingsströme aus Afrika von Europas Grenzen abzuhalten. Da sei es gut, bereits "vor Ort" militärische Vorsorge zu treffen. Genauso argumentierte heute im Bundestag der SPD-Verteidigungsexperte Walter Kolbow, als er sagte: "Wir müssen vor Ort die Probleme angehen, bevor die Probleme zu uns kommen". Die übrigen Maßnahmen zum Küstenschutz und zur Kooperation mit Partnern à la Marokko und Mauretanien werden zur Zeit von der EU-Kommission getroffen.

Abschließend stellen wir fest:

Der Kongoeinsatz ist überflüssig, was die offiziell vorgegebenen Gründe betrifft.

Der Kongoeinsatz ist denjenigen willkommen, die eine stärkere geopolitische Rolle Deutschlands und der EU im weltweiten Kampf um Ressourcen wollen und sie auch militärisch erzwingen wollen.

Mit dem Kongoeinsatz soll die Öffentlichkeit daran gewöhnt werden, dass Militär wieder zum "normalen" Mittel der Politik wird.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:

Lühr Henken, Hamburg

Peter Strutynski, Kassel

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kongo/bt-baf.html>

S. auch:

<http://www.german-foreign-policy.com/de/map/country/88>

Regina Sternal
Bericht von der 4. Kairo-Konferenz
gegen neoliberale Globalisierung, Krieg und Besatzung

„Die Menschen in Lateinamerika zeigen uns, was für Veränderungen in Zukunft möglich sind!“

(Vorsitzender des breiten ägyptischen Netzwerkes „Kifaya – Es reicht“)

„Weg mit George Bush, Hosni Mubarak und Tony Blair! Kifaya: Es reicht!“ war am 26. März auf den Straßen Kairo zu hören. Die Kundgebung war der krönende Abschluss der nunmehr vierten internationalen Kairo-Konferenz gegen neoliberale Globalisierung, Krieg und Besatzung. Über 1500 Delegierte aus über 20 Ländern des Nahen Ostens, aus Europa, Nordamerika und Asien haben sich vom 23.-26. März im Gebäude der ägyptischen Journalistengewerkschaft getroffen. Die Breite der Bewegung spiegelte sich unter den Teilnehmern wider: Sie reichte von jungen Antiglobalisierungsgruppen, muslimischen Organisationen bis hin zu Nassaristen, Sozialisten, Bauern und Gewerkschaftern.

Die Konferenz fand dieses Jahr vor dem Hintergrund massiver Opposition gegen die Besatzung des Iraks, gegen die neoliberale Globalisierung in Lateinamerika und vor dem Hintergrund des jüngsten demokratischen Wahlsiegs der islamischen Hamas Regierung in Palästina statt.

Usamah Hamdan, Repräsentant der Hamas im Libanon, betonte in seiner Rede ausdrücklich: „Unser Widerstand in Palästina richtet sich gegen die israelische Besatzung, nicht gegen die Juden. Für Palästinenser und speziell für die Hamas-Bewegung gibt es keine Probleme zwischen Palästinenser und Juden. Juden haben natürlich das Recht, ihre Religion zu wählen und auszuüben – so wie wir. Aber keiner hat das Recht, unser Land zu besetzen. Wir wehren uns gegen die Besatzung – egal welcher Religion sie ist.“ Und weiter: „Wir sind die demokratisch gewählte Regierung der Palästinenser. Wenn die Regierungen im Westen nun ihre finanzielle Unterstützung streichen, dann ist das eine kollektive Bestrafung der palästinensischen Bevölkerung. Derart auf freie Wahlen zu reagieren, das ist gegen die Demokratie.“

Innerhalb dieser Vielfalt wurde von den Rednern die Einheit betont – nicht nur gegen George W. Bush, sondern auch gegen seine Verbündeten in Bagdad, Kairo, London und Berlin. „Ich war geschockt und frustriert als ich hörte, dass zwei deutsche Geheimdienstagenten im Irak für die US-Regierung militärische Angriffsziele ausspioniert haben. Dass Bush ein Heuchler ist wussten wir. Es ist eine Schande: Auch Schröder lügt! Die Herrschenden sind alle gleich. Der einzige, der den irakischen Widerstand gegen die Besatzung unterstützt ist Chavez in Venezuela. Keine einzige arabische Regierung hat das bisher öffentlich gesagt“, erzählte die ägyptische Aktivistin Suzanne Esmat von „Kifaya“.

Mohamed Mahdi Akef, Vorsitzender der muslimischen Bruderschaft – Ägyptens größter Opposition - erzählte in seiner Eröffnungsrede: „Obwohl ich die Kolonialstaaten für das verurteile, was wir erleiden, verurteile ich am Schärfsten unsere arabischen Marionettenregierungen, die sich zu ihren Bütteln machen. Sie stellen sich gegen die arabische Bevölkerung, richten das Land zugrunde, lassen die Korruption ausufern, schwächen unsere Kraft und unsere Entscheidungsfreude, plündern unseren Reichtum und unsere Ressourcen. Sie sperren unsere freiheitsliebenden Menschen ein und, foltern unsere Jugend.“

Scharf wurde von der Konferenz kritisiert, dass sowohl der jordanischen wie der irakischen Delegation die Teilnahme von der ägyptischen Regierung verwehrt wurde. „Mubarak ist ein zentraler Verbündeter der US-Regierung. Ägypten spielt eine zentrale Rolle bei der Besatzung des Irak. Gemeinsam mit Israel übt sie Druck auf die Hamas Bewegung und die neue palästinensische Regierung aus“, so Sameh Naguib vom Organisationskomitee der Konferenz. Hosni Mubarak regiert für fast 25 Jahre mit Hilfe von Notstandsgesetzen. Über 20.000 Menschen sind in seinen Gefängnissen und bei Protesten gestorben.

Insgesamt fand die Konferenz im Kontext einer wachsenden ägyptischen Bewegung gegen Mubarak statt. Der Slogan „Wach auf Ägypten – Erhebe deine Stimme – Du wirst nicht sterben!“, kennzeichnet das neue Selbstbewusstsein. Bei den Wahlen 2005 hat die Muslimischen Bruderschaft 20% der Stimmen gewinnen können. „Das ist ein Novum: Gemeinsam haben wir mit Aktionen und Demonstrationen gegen die Korruption der Regierung während der Wahlen gekämpft“, berichtet Sameh Naguib. „Wir haben erfahren, dass wir etwas gegen dieses Regierung machen können.“

Die Kairo Konferenz, die auch das ägyptische Sozialforum umfasst, ist zu einem wichtigen Treffpunkt für die wachsende ägyptische Bewegung geworden: Veranstaltungen wurden zu Themen wie Presse- und Meinungsfreiheit und den Kampf gegen Korruption organisiert. Über 50 Bauern, Delegierte aus den Dörfern des Nildeltas (Ägyptens landwirtschaftlichem Herzstück), trafen sich auf der Konferenz, um die nächsten Schritte zur Verteidigung ihres Landes gegen die Rückkehr der alten Großgrundbesitzer zu besprechen. Die ägyptische Regierung hatte den Feudalherren grünes Licht gegeben, Land zurückzunehmen, das in Folge

der Revolution 1952 an die Bauern verteilt worden war. Sudanesischen Flüchtlinge erzählten von ihrer Entschlossenheit, der Abschiebung Widerstand zu leisten. Mindestens 27 sudanesischen Flüchtlinge, einschließlich vieler Kinder, tötete das Militär als sie das Protestlager vor den Büros des UN- Hohen Kommissars für Flüchtlinge in Kairo letzten Januar stürmte. In der Veranstaltung forderten sie die ägyptischen Oppositionsparteien auf, Asylsuchende zu verteidigen. Auf einem weiteren Treffen fand eine Debatte über die Rechte von Ägyptens verfolgter christlicher Minderheit statt. Die Kopten, die ungefähr 10 Prozent der ägyptischen Bevölkerung stellen, sind ständig mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert.

„Haltet die Bewegung auf den Straßen!“, war die Nachricht der Konferenz. Als wichtige Aufgabe formulierten die Teilnehmer in ihrer Abschlusserklärung, den Widerstand der palästinensischen Bevölkerung sowie der Hamasregierung gegen die Besatzung zu unterstützen: „Dafür ist breite Unterstützung und Solidarität notwendig, besonders von der arabischen Bevölkerung. Diese Aufgabe können wir nicht von dem Kampf der Araber für Demokratie und Freiheit trennen.“

Als weitere Schwerpunkte wurden die Fortführung der Proteste gegen die Besatzung im Irak sowie gegen die US-Drohungen gegen Iran und Syrien benannt. Bereits während der Eröffnungsveranstaltung betonte George Galloway, Abgeordneter der neuen britischen Linken „Respect“, „Die ganze Welt weiß, dass die USA im Irak besiegt worden sind. Keine einzige Straße können sie im Irak kontrollieren. Gemeinsam müssen wir weiter mobilisieren, damit die Truppen abziehen und um einen nächsten Krieg gegen den Iran zu verhindern.“

Petros Constantinou, Mitorganisator des Europäischen Sozialforums, lud abschließend alle Kairo-Teilnehmer nach Athen ein. Das globalisierungskritische Treffen in der griechischen Hauptstadt findet vom 4. bis 7. Mai statt. Im Rahmen eines internationalen Aktionstags gegen den drohenden Angriff auf Iran soll dort eine große Antikriegsdemonstration stattfinden.

Bei der Kairo Konferenz waren fünf Delegierte aus Deutschland, die für weitere Berichterstattung zur Verfügung stehen. Kontakt: philbutland@yahoo.com, r.sternal@gmx.de.

Nein zum europäischen "ALCA"

SCHLUSSEKTLÄRUNG von ENLAZANDO ALTERNATIVAS 2

10.-13. Mai 2006

Die Sozialbewegungen sagen **"Nein" zum Freihandel** zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika

Wir – Frauen und Männer aus sozialen und politischen Bewegungen und Organisationen aus Lateinamerika und der Karibik sowie aus Europa - haben uns zwischen dem 10. und dem 13. Mai 2006 in Wien versammelt, um unsere Opposition und unseren Widerstand gegen die neoliberale Politik des Freihandels auszudrücken, die Regierungen beider Regionen in unseren Ländern durchsetzen und die sie als Rahmen für ein neues Partnerschaftsabkommen vorschlagen. Wir lehnen den Versuch der Europäischen Union, bis 2010 in beiden Kontinenten eine Freihandelszone zu errichten, ab, ebenso deren Bestreben, die bereits bestehenden Abkommen mit Mexiko und Chile zu vertiefen sowie ähnliche Verträge mit dem Mercosur und Zentralamerika und der Andenregion abzuschließen. Wir haben uns auch versammelt, um den Aufbau eines politischen und sozialen Dialogs zwischen den Völkern voranzutreiben; wir fordern unser Recht ein, Alternativen vorzulegen, und wir vertrauen in unsere Fähigkeit, diese auszuarbeiten.

In Lateinamerika und der Karibik wächst der Widerstand gegen die aggressive und ausplündernde Politik der Großmacht im Norden, zu der sich heute noch der Widerstand gegen die Versuche der Europäischen Union, uns eine neoliberale Politik aufzuzwingen, gesellt hat. Es wächst aber auch der Widerstand der europäischen Bevölkerungen gegenüber der neoliberalen Politik ihrer eigenen Regierungen und besonders der EU-Institutionen, die die geschichtlich gewachsenen Systeme des sozialen Schutzes, die ein Merkmal dieser Region darstellen, abbauen wollen. Wir treiben die Globalisierung eines breiten sozialen Widerstandes all jener Menschen voran, die von ihrer Position der Ausgrenzung, der Arbeitslosigkeit, der Marginalisierung oder der direkten Unterdrückung sich zusammenschließen, um diesen Prozess zu stoppen und um eine andere Welt aufzubauen.

Die besorgniserregenden Entwicklungen, die uns schon in Rio und Madrid zusammengeführt haben und die schließlich im Mai 2004 in Guadalajara, Mexiko, den Ursprung der sozialen Treffen "Enlazando Alternativas - Alternativen verknüpfen" bildeten, bestehen sowohl in Lateinamerika als auch in Europa weiter.

Die Erfahrungen, die wir in zehn Jahren Nordamerikanischer Freihandelszone

(NAFTA) und in sechs Jahren der "Partnerschaft" mit der Europäischen Union gesammelt haben, sind deutlich genug, um unsere politische Positionierung gegen den Freihandel zu begründen, der auf der Intransparenz und der Ungleichheit in den Beziehungen zwischen reichen und armen Akteuren beruht.

Ein Beispiel dafür sind die Prozesse der Desindustrialisierung und des Abbaus der öffentlichen Dienstleistungen, die Lateinamerika in eine Situation chronischer Armut und sozialen Ausschlusses gebracht haben. In Europa manifestiert sich dieselbe neoliberale Welle in der Bolkenstein-Richtlinie, in der Ideologie der Europäischen Verfassung, im Druck auf eine Senkung der Arbeitsstandards, der Krise des Sozialstaates, der Bedrohung der Agrarproduzenten und -produzentinnen und der Ernährungssouveränität sowie der Schaffung eines feindseligen Klimas mit steigender sozialer Desintegration, Fremdenfeindlichkeit, Gender-Gewalt, städtischer Gewalt und anderen Symptomen: sichtbare Ergebnisse einer globalen Krise, in die uns diese Jahre des Washington Consensus geführt haben.

Wir stellen die Rolle der Transnationalen Unternehmen Europas in Lateinamerika in Frage. Sie sind bei weitem kein Faktor der Entwicklung und des sozialen Friedens, sondern haben massive Konflikte hervorgerufen, besonders was den Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen betrifft (etwa Wasser, Strom, Telefon). Sie fördern die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Zerstörung der Umwelt. Die negativen Auswirkungen dieses Modells werden noch verstärkt durch die Einführung der Freihandelsabkommen und großer Infrastrukturprojekte wie der Integrationsinitiative der Regionalen Infrastruktur Südamerikas (IIRSA) und dem Plan Puebla Panamá (PPP).

Hinsichtlich **Wasser**, diesem Gemeingut der Menschheit, haben die Privatisierungsprozesse bei den öffentlichen Dienstleistungen in verschiedenen Ländern und Regionen Lateinamerikas den europäischen Unternehmen eine große Gelegenheit zur Profitsteigerung gegeben und gleichzeitig die Entscheidungsgewalt der Bevölkerungen über ihre Länder und ihr Leben ausgehöhlt. Wir wagen es zu behaupten, dass diese Unternehmen ihre Gewinne auf Kosten der Gesundheit, der Verschlechterung der Lebensqualität und der Verarmung breiter Bevölkerungsteile maximiert haben.

Die europäischen **Erdölkonzerne** haben seit Jahrzehnten die fossilen Brennstoffe Lateinamerikas ausgebeutet und dabei Menschen, Gemeinschaften und die Umwelt zerstört. Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union sollten hingegen auf dem Respekt vor der Souveränität der lateinamerikanischen Länder aufbauen, auf dem Respekt vor den Ressourcen und vor dem Prozess der **Renationalisierung der fossilen Brennstoffe, der in der Region begonnen hat.**

Der Zugang zu **Land** ist ein grundlegendes Menschenrecht, genauso wie die Verteidigung des gemeinschaftlichen Landeigentums der kleinbäuerlichen, der indigenen und der afroamerikanischen Bevölkerung, die heute von den Programmen der individuellen Landverteilung der internationalen Organisationen bedroht sind. Wir sprechen uns für eine wirkliche Agrarreform aus und wiederholen nachdrücklich, dass die natürlichen **Ressourcen** und das traditionelle Wissen sowie die Biodiversität Bestandteil des Gemeinguts der Völker sind, also Güter, die **nicht kommerzialisiert** werden können. Wir sind gegen **gentechnisch** veränderte Pflanzungen und gegen das Agroexport-Modell, das zur Vertreibung ganzer Gemeinschaften und zum Ruin kleinbäuerlicher Ökonomien führt.

Die Europäische Investitionsbank zeigt ein wachsendes Interesse an der Finanzierung von Investitionen in Lateinamerika, deren Auswirkungen die Vorteile, die die Finanzhilfe dieser Bank den Bevölkerungen des Kontinents gebracht haben mag, wieder zunichte macht.

In diesem Szenarium neoliberaler Strategien, die von den europäischen Regierungen gefördert und von den europäischen Unternehmen umgesetzt werden, findet der Gipfel der Staatshäupter von Lateinamerika und der Karibik sowie von der Europäischen Union statt, der eine Agenda voller leerer Versprechen wiederholt, die die wahren Absichten, nämlich die Beschleunigung des Abschlusses von biregionalen Freihandelsabkommen, verdecken sollen. Gleichzeitig setzt die Europäische Union ihren Erweiterungsprozess fort, der vor allem auf einer neoliberalen Orientierung aufbaut, die zwangsläufig in ihrem Inneren zu neuen und tieferen Krisen führen wird.

Was die Möglichkeit eines Assoziierungsabkommens zwischen den beiden Regionen betrifft, so darf sich dieses, um gerecht und für unsere Bevölkerungen von Vorteil zu

sein, nicht im Rahmen eines Freihandelsabkommens bewegen. **Wir wollen keinen "Freihandel" zwischen Europa und Lateinamerika.** Wir wollen Handelsbeziehungen zwischen beiden Regionen, die zur Wohlfahrt unserer Bevölkerungen beitragen, die Souveränität unserer Länder begünstigen und unsere Umwelt nicht zerstören. Wir sind gegen einen Freihandel, der im Dienste der Interessen der europäischen Konzerne und der lateinamerikanischen **Export-Eliten** steht.

Wir betrachten den politischen Dialog und die Zusammenarbeit, die uns angetragen wird, als inhaltsleer. In dem Zustand, in dem sich Europa befindet, sind die europäischen Regierungen nicht besonders dazu geeignet, von sozialer Kohäsion zu sprechen. Um von politischem Dialog zu sprechen, müssen die Bedingungen einer echten Teilnahme der sozialen Bewegungen gegeben sein, der sich nicht auf die Ebene von Konsultationen beschränken darf. Die Zusammenarbeit muss ein Instrument zum Nutzen unserer Bevölkerungen sein und nicht, wie gegenwärtig, ein aggressives, auf einer rein merkantilen Rhetorik aufbauendes Instrument, das die Ausbeutung und die Kontrolle unserer Länder, Ressourcen und öffentlichen Güter begünstigt.

Die Sitzungen des Permanenten **Tribunals** der Völker über die neoliberale Politik und die europäischen Konzerne in Lateinamerika haben die systematische Natur des Verhaltens dieser Unternehmen offengelegt, ihre Verbindungen mit einer Gesetzgebung, die diese Politik fördert, und den Rückhalt von internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds zum Wohle ihrer Profite. Die dabei vorherrschende Logik führt zur Entmündigung und zur Verletzung der Rechte der KonsumentInnen, der Werktätigen und der Bevölkerung im allgemeinen. Wir erachten es daher von größter Wichtigkeit, einen biregionalen Raum der Beobachtung und der Anklage der Transnationalen Unternehmen zu schaffen, um ihrer Willkür, die sich aus ihrer weltweiten Macht ergibt, ein Ende zu setzen.

Die **Sicherheit** in der Welt nach der Zeit des Kalten Krieges wird nicht durch die rhetorische Gegenüberstellung einer unipolaren versus einer multipolaren Welt garantiert. Diese verbirgt ein perverses Spiel, das die implizite Zustimmung zu einer kriegerischen Politik mit der äußeren Zurückweisung dieser Politik kombiniert. Diese unipolare Praxis hat in der ganzen Welt Tausende von Opfern gefordert, und der illegale Krieg im Irak und die unmittelbare Möglichkeit eines noch umfassenderen Kriegs gegen den **Iran** haben das Scheitern der eigenen Friedensversprechen vor Augen geführt. Lateinamerika kann die von der Europäischen

Union in ihren Abkommen gegenwärtige neokoloniale Politik mit ihrem geopolitischen Kalkül, in dem unsere Länder keine Rolle spielen, nicht tolerieren.

Wir treten für ein **multilaterales Wirtschaftssystem** ein, das die Kapitalflüsse reguliert, die Komplementarität unserer Ökonomien fördert, das klare und gerechte Regeln der Handelsbeziehungen definiert, das die wirtschaftliche **Kluft zwischen dem Süden und dem Norden** schließen hilft. Stattdessen wird diese Kluft durch die ständig wachsende Auslandsverschuldung noch erweitert. Wir sprechen also von einem multilateralen System, das offensichtlich anders ist als jenes der Welthandelsorganisation WTO.

Es macht uns Sorgen, dass die Vertiefung der gegenwärtigen ökonomischen Ungleichheiten und der Verlust von Arbeitsplätzen auf der einen Seite zu einer verstärkten Migrationsbewegung und auf der anderen, europäischen Seite zu einer steigenden Abschottung führen. Das sind Szenarien, die – gefördert noch durch die **Terrorismus-Paranoia** einiger europäischer Regierungen – zum gesellschaftlichen Verfall und zur Gewalt, zur Kriminalisierung der MigrantInnen und gleichzeitig zum Verlust der gesellschaftlichen Solidarität hinführen. Wir fordern den **Respekt vor den MigrantInnen** und die sofortige Anerkennung ihrer bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte sowie die Schließung aller Anhaltelager.

Wir fordern die Respektierung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie die Respektierung der Identität und der Rechte der indigenen Völker, ebenso das Recht der Frauen und der Jugend auf soziale Integration, das in unseren Gegenden so oft mit Zustimmung der Regierungen verletzt wird. Wir sprechen uns für eine Justiz aus, die gegen die Straflosigkeit bei Vergehen gegen die menschlichen Grundrechte auftritt.

Wir verurteilen den Ethnozid und die Militarisierung der Territorien indigener und afroamerikanischer Völker und Gemeinschaften und fordern die Anerkennung ihres Rechts auf **Selbstbestimmung**, denn nur der Respekt vor ihrer Autonomie und ihren Kulturen gewährleistet, dass der Planet in Zukunft aus seinen Schätzen, deren Hüter sie sind, Nutzen ziehen kann.

Weiter treten wir für eine Entmilitarisierung der Drogenbekämpfung ein, die vielfach als eine Ausrede verwendet wird, um Volksbewegungen zu unterdrücken, sowie für eine Legalisierung des Konsums des Koka-Blattes und seiner Derivate für den häuslichen Gebrauch.

Wir klagen an und wir verurteilen die Position der Europäischen Union im Falle von **Kuba**, die sich in den Dienst der aggressiven Politik der Vereinigten Staaten stellt. Wir verurteilen extraterritoriale Gesetze wie das Helms-Burton-Gesetz und fordern die Anerkennung und die Respektierung des Rechtes auf eine freie Entscheidung des kubanischen Volkes beim Aufbau ihres eigenen politischen, ökonomischen und sozialen Modells.

Wir sprechen uns gegen die Privatisierung der **Kommunikation und Information** und vielmehr für deren Demokratisierung aus. Wir benötigen eigene und solidarische Medien, die zum weiteren Aufbau der Zivilgesellschaft beitragen und die Vielfalt und den Pluralismus der Medienlandschaft garantieren. In diesem Sinn begrüßen wir die Gründung und Konsolidierung von **Telesur**.

Wir sprechen uns weiters für ein Ende des Gewalt-Mandats der UNO in **Haiti** aus, das nur zu einer verstärkten Militarisierung der Region statt zu ihrer Entwicklung beiträgt. Für **Kolumbien** fordern wir eine politische Lösung des bewaffneten internen Konflikts und einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit. Wir verurteilen die Straflosigkeit und die jüngsten Rechtsnormen zur Demobilisierung der Paramilitärs, die die Straflosigkeit zusätzlich begünstigen, wie etwa das zu Unrecht so genannte „Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden“. Wir fordern von der kolumbianischen Regierung die Erfüllung der Empfehlungen der Vereinten Nationen und die Respektierung der Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung.

Wir fordern und wir arbeiten für den Frieden, die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, die Entwaffnung, die **Auflösung der Militärbasen** und die Rückkehr der Sicherheitskräfte in ihre Ursprungsländer. Wir weisen die Militarisierung und den militärisch-industriellen Komplex, die den Neoliberalismus aufrecht erhalten, zurück.

Wir als soziale Bewegungen von Lateinamerika, der Karibik und der Europäischen Union möchten noch einmal nachdrücklich unseren Willen betonen, bei allen gemeinsamen Kämpfen gegen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, für eine würdige und qualitätsvolle Beschäftigung, für die bürgerliche Kontrolle der Transnationalen Unternehmen, gegen die neoliberale Politik der Regierungen, für die Verteidigung und Vertiefung der sozialen Errungenschaften, für die **Renationalisierung unserer natürlichen Ressourcen** und Reserven und der gegenwärtig privatisierten öffentlichen Dienste die Zusammenarbeit, die Koordination und die Solidarität zu verstärken.

Gegenüber der von der neoliberalen Politik angewandten Praxis manifestieren sich in Lateinamerika heute konkrete Beispiele des Willens zu Beziehungen, die auf der Integration und der Ausarbeitung von Alternativen beruhen. Es öffnet sich eine neue Etappe souveräner Initiativen, die sich auf der Basis von Zusammenarbeit und Solidarität entwickeln. Ein Beispiel dafür ist die Boliviarische Integrations-Initiative **ALBA** mit ihrer Idee der Handelsabkommen der Völker, die vor allem von den Regierungen von Kuba und Venezuela voran getragen wird und der sich kürzlich auch die Regierung von Bolivien angeschlossen hat. Die sozialen Bewegungen von Lateinamerika, der Karibik und Europa betrachten diese Bemühungen mit Anerkennung und verpflichten sich - unter Beibehaltung der Unabhängigkeit und Identität als Volksbewegungen - , eine positive Entwicklung dieser Initiativen zu unterstützen. Wir setzen auch unser Vertrauen in die Entwicklung eines **echten politischen Dialogs mit diesen Regierungen**, der einen offenen und konsequenten Austausch fördert.

Dieser **neue Schwung** drückt sich in einer starken Aktivität und Mobilisierung der

sozialen Bewegungen Europas und Lateinamerikas aus sowie im Entstehen transformatorische Regierungen wie der von Venezuela und von Evo Morales in Bolivien und anderer Regierungen, die sich in Lateinamerika von der Politik des Freihandels distanzieren. Wir vertrauen darauf, dass dies zu einer Verstärkung jener Tendenzen beiträgt, die die gegenwärtige neoliberale Politik beenden und den Weg zu einem **neuen Integrationsprozess von unten** gehen wollen.

Der größte Erfolg von „Enlazando Alternativas 2“ ist es, den Gleichklang und Zusammenhalt unserer Analysen und unserer Handlungen gegen die neoliberale Politik und die sie unterstützenden Regierungen offenkundig gemacht zu haben. Wir, Frauen und Männer der sozialen Bewegungen und Organisationen aus Europa, Lateinamerika und der Karibik verpflichten uns, weiterhin initiativ daran zu arbeiten, um gemeinsam die Bedingungen für eine gerechtere und solidarischere Welt zu schaffen.

- Wir sagen **Nein** zu den Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik. Nein zum

europäischen "ALCA" und zur Schaffung von militärischen und Sicherheits-Klauseln zur Verteidigung der Interessen des Kapitals.

- **Nein** zur Vertiefung der Freihandelsabkommen mit Mexiko und Chile und der Ausarbeitung von Freihandelsabkommen mit Zentralamerika, der Andenregion und dem Mercosur.

- **Ja** zur Streichung der Auslandsschuld der Staaten von Lateinamerika und der Karibik gegenüber den Ländern der Europäischen Union und zur Anerkennung der angehäuften historischen Schuld. Wir sind nichts schuldig, wir zahlen nichts! **Wir sind keine Schuldner, wir sind Gläubiger!**

- **Nein** zur europäischen Verfassung, zur Bolkenstein-Richtlinie und zur Privatisierung der öffentlichen Dienste in der Europäischen Union.

- **Ja** zur Verstärkung der Einheit und des biregionalen Zusammenhalts der sozialen Bewegungen beider Kontinente auf dem Weg zu einer anderen möglichen Welt, einer gerechten, ausgleichenden, antipatriarchalen und friedlichen Welt.

<http://www.alternativas.at/indexdeutsch.htm>

Weitere Artikel:

Die geplante Freihandelszone zwischen der EU und dem Mercosur. Hintergrundpapier von Thomas Fritz. <http://www.blue21.de/aktuelles.php>

Kolumbien: Wohlfeile Kooperation - Coca Cola, Nestlé und andere paktieren mit ultrarechten Paramilitärs, auf dass die Geschäfte floriieren <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kolumbien/coca-cola.html>

Hannes Hofbauer, Wien Wiener Kongress ohne Walzer und Samba Spitzen der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik beraten

(...)»Wir sind Teil derselben Wertefamilie«, leitete die Ratsvorsitzende und österreichische Außenministerin Ursula Plassnik die Eröffnungspressekonferenz ein und vereinbarte sogleich das an anderem Ort tagende »Treffen der Zivilgesellschaft« als Teil des großen, notwendigen Dialogs. Dann strich Plassnik die gute Zusammenarbeit der »Partner« EU und Lateinamerika heraus. Die Beispiele, mit denen sie die Kooperation untermauerte, muteten indes peinlich an: Hie streute sie Lob für Chile und Argentinien ob ihres »Friedenseinsatzes« in Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, da hob sie die »Überwachung des Wahlprozesses in Haiti« durch die Europäische Union als Zeichen der Verbundenheit hervor.

Evo Morales stahl währenddessen der EU-Ratsvorsitzenden die Show. Durch das Blitzlichtgewitter der Fotografen bahnte sich der bolivianische Präsident den Weg zur Pressekonferenz. Wie üblich leger angezogen und ohne Krawatte, verzichtete er auf einführende Worte und ging sofort auf Fragen der Journalisten ein. Diese äußerten sich höchst besorgt um die Rechtssicherheit in seinem Land, nachdem die neue, linksgerichtete Regierung mit der Verstaatlichung

des Energiesektors Ernst gemacht hat. Auf die Frage, warum darüber mit Brasilien (gemeint war der brasilianische Konzern »Petrobras«) nicht im Vorfeld verhandelt worden wäre, meinte Morales lapidar: »Wenn es um die Souveränität eines Staates geht, gibt es nichts zu verhandeln. Jedes Land und jedes Volk hat das Recht, über seine eigenen Ressourcen zu verfügen. Und im Übrigen ...«, fügte er hinzu, »... könnte ich Ihnen über genügend illegale Machenschaften des Konzerns »Petrobras« berichten.«

Mit der Verstaatlichung der Energiewirtschaft will es Morales nicht bewenden lassen: »Wir müssen auch die riesigen privaten Ländereien zu einem Ende führen.« Nur so könne Bolivien von einem »Niemandland« zu einem »Land der Indigenen« werden.

Die EU-Ratsvorsitzende Plassnik wollte zu den bolivianischen Nationalisierungen keine konkrete Auskunft geben. Nur so viel war ihr zum Kern des Linksrucks in Lateinamerika zu entlocken: »Es geht jetzt vor allem um die Umsetzung (der Nationalisierung).« Und: »Rechtssicherheit für Investoren muss gewährleistet sein.«

Wie tief der Ozean zwischen EU-Europa und Teilen der lateinamerikanischen Wirklichkeit in den letzten Jahren geworden ist, zeigt sich auch auf dem Alternativgipfel, der parallel zum offiziellen Treffen im Kongresshaus der Eisenbahnergewerkschaft stattfindet. Dort hat ein Tribunal damit begonnen, Konzerne wie BP, Unilever, Telefonica und 22 weitere wegen Menschenrechtsverletzungen, Umweltkriminalität und Diebstahl anzuklagen. Mitinitiatorin Brid Brennan vom Transatlantischen Institut in Amsterdam sieht in dieser Form des öffentlichen Tribunals ein politisches Instrument, um systematische Ausbeutung öffentlich zu machen und zu bekämpfen: »Anklageerhebung und Anhörung finden in Wien statt, 2007 soll es dann in Lateinamerika zu Urteilsprüchen der Bewegung kommen.«

Nicht geschafft hat es die Solidaritätsbewegung allerdings, die Erweiterung der EU mit all ihren neoliberalen Folgen in die Konferenz einzubauen. Polnische, baltische oder Roma-slowakische Opfer der aggressiven Globalisierung kommen auch hier nicht zu Wort. Und das, obwohl sie seit 2004 Staatsbürger der Union sind.

Aus: *Neues Deutschland*, 12. Mai 2006

BILANZ vom 4. EUROPÄISCHEN SOZIALFORUM IN ATHEN

Der Widerstand gegen die neoliberale Politik der EU hat in Athen neuen Schwung bekommen

.Mit über 80 000 KriegsgegnerInnen und GlobalisierungskritikerInnen auf der Demonstration am Sa. 6. Mai in der Innenstadt in Athen ist es der Sozialforumsbewegung in Griechenland gelungen 4 mal so viele Kräfte über Gewerkschaften; NGOs; linke Parteien einzubinden, wie am Forum selbst teilgenommen haben. Eine sehr bunte dicht gedrängte entschlossene Menge, die ihren Unmut gegen den Irak-Krieg und gegen eine Eskalation im Iran-Konflikt ausdrückte und die Verbindung zwischen Kriegstreiberei und Sozialabbau herstellte. „Wir wollen Jobs, keine Bomben“ war eine mehrfache Losung. Die Medien hatten wieder Gelegenheit von einigen randalierenden Zwischenfällen zu berichten und nicht vom Inhalt dieser Demonstration. Diese Gelegenheit lieferte ihnen eine außerhalb der offiziellen Demonstration agierende Gruppe von 200 verummten Jugendlichen, die seitlich zum Demonstrationszug in der Höhe der englischen und amerikanischen Botschaft einige Molotowcocktails gegen einen Streifenwagen und gegen die Citybank warfen. Die Polizei reagierte mit Tränengas und mit 30 Verhaftungen.

Nach einer umstrittenen Bilanz des 3. ESF in London kann heute gesagt werden, dass es sich in Athen unbestritten um einen konsolidierenden Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung handelt. Zwischen 20 000 u. 25 000 nahmen an den Diskussionsveranstaltungen teil und 5000 nur an den Konzerten. 280 Seminare und über 100 kulturelle Aktivitäten waren auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens organisiert worden. Aus Osteuropa waren vor allem Russen, Ungarn und Polen mit starken Delegationen vertreten. Die Türken stellten mit 2000 AktivistInnen den größten Anteil außerhalb Griechenlands. Italien u. Frankreich mit jeweils 1500, Deutschland mit 500 und Österreich mit 50....um nur einige Beispiele anzuführen. Der in Frankreich errungene Sieg gegen die neoliberale

Verfassung und die Anti-CPE Bewegung – gegen den äußerst prekären Arbeitsvertragsstand im Mittelpunkt zahlreicher Einschätzungen und machten für alle klar, dass nur ein gemeinsamer Widerstand zum Erfolg gegen Neoliberalismus führen kann. Ein Schwachpunkt des Forums war sicherlich die Unterbesetzung der Frauen bei Referentinnen in den Seminaren, in denen das Verhältnis meist bei 4 zu 1 lag.

Das gesamte Forum stand im Vergleich zu den vorangegangenen mit Schwerpunkten zur europäischen und zur sozialen Frage. Neben dem Irakkonflikt wurden auch die Iran-Bedrohung und die Palästinafrage nicht nur mehr eingehend diskutiert, sondern es wurden konkrete Solidaritätskontakte mit den jeweiligen Widerstandsbewegungen hergestellt. Viele Seminare befassten sich mit Alternativen zur neoliberalen Politik und mit der strategischen Frage der Überwindung des Systems.

Die verschiedenen europäischen Netzwerke konnten sich weiter verbinden, wobei die Gewerkschaften voll erkannt haben, dass ohne die sozialen Bewegungen keine Trendwende möglich ist.

In Folge der zahlreichen Seminare konnten vor allem folgende Netzwerke weitere Verbindungen knüpfen: Alternativen zur EU-Verfassung; Verteidigung von MigrantInnenorganisationen; Verstärkung der Rechte der Frauen; die Anti-Kriegsbewegung; Verteidigung der Öffentlichen Dienste bzw. Verteidigung der Bildung als Öffentliches Gut.

Auf der Versammlung der SOZIALEN BEWEGUNGEN am Sonntag nach dem Forum wurden folgende Mobilisierungsschwerpunkte festgelegt:

Internationale Aktionswoche gegen den Krieg zwischen 23. und 30. September.

In Genf wird am 27. Oktober das erste Vorbereitungstreffen für das erste europäische Forum über die ÖFFENTLICHEN

DIENSTE, das im Jahr 2007 stattfinden soll, abgehalten.

Die Bewegung zur Verteidigung der Frauenrechte hat für 25. November den Beginn einer Kampagne gegen die Gewalt an Frauen angekündigt, die bis zu den EU-Wahlen 2009 gehen soll.

Einem Versuch, die geplante EU-Verfassung doch noch zu verabschieden, soll entschlossen entgegengetreten werden. Energiewende und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften, faire Handelsbeziehungen, globale soziale Rechte, Arbeitszeitverkürzung, Steuergerechtigkeit und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen in Kampagnen an Gewicht gewinnen.

Die russische Bewegung soll unterstützt werden, um gegen den im Juli 2006 in St. Petersburg stattfindenden G8 –Gipfel leichter mobilisieren zu können. Deutsche AktivistInnen sind schon dabei gegen den in der Nähe von Rostock im Jahre 2007 stattfindenden G8 –Gipfel die notwendigen Mobilisierungsschritte aufzunehmen.

In der Abschlusserklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen heißt es unter anderem: „*Die Oppositionsbewegungen gegen den Neoliberalismus wachsen weiter und setzen ihren Kampf gegen die Vormacht transnationaler Unternehmen, die G8 oder Organisationen wie die WTO, den IWF oder die Weltbank aber auch gegen die neoliberale Politik der Mitgliedsländer der EU, fort*“.... „*Wir werden für den vollständigen Abzug der Truppen aus dem Irak und gegen den drohenden Krieg im Iran, gegen die Besetzung Palästinas, gegen die Entwertung und den Abbau öffentlicher Dienstleistungen und für die Rechte von MigrantInnen, Flüchtlingen und Minderheiten eintreten.*“

Ort und Datum des nächsten ESF sollen bei einem europaweiten Treffen in Brüssel Mitte September festgelegt werden.

<http://www.socialforum.at/>



Einladung zur Vorbereitung des zweiten Sozialforums in Deutschland am Sonntag, 18. Juni 2006 12:00 Uhr

in das ver.di-Büro - Bezirk Cottbus

Bilanz des vierten Europäischen Sozialforums in Athen - Eindrücke, Kritik, was war gut/schlecht – was verbessern, Schlussfolgerungen
Erste Überlegungen für das zweite Sozialforum in Deutschland

Mit freundlichen Grüßen, Willi van Ooyen

<http://www.dsfgsf.org/esf/2005.esf.00/index.html>

www.socialforum.at

 **GRAZ 06** 

SOZIALFORUM

15. -17. JUNI 

Ort: UNIVERSITÄT

austrian social forum

eine andere welt ist möglich – und wie

**WIENER DEKLARATION der Konferenz
„ALTERNATIVER ECOFIN Wirtschaftspolitik für ein anderes Europa“
Wien, 4.-6. April 2006**

Europa befindet sich unzweifelhaft in einer politischen, aber auch ökonomischen Krise. Aufgrund der in den letzten Jahren praktizierten Wirtschaftspolitik in der EU kam es zu einer Stagnation der Binnennachfrage und infolgedessen von Wachstum und Beschäftigung. Die Vermögens- und Einkommensverteilung wurde zunehmend ungleicher. Europa erlebt neue Formen der Prekarisierung und sozialen Polarisierung und entfernt sich immer weiter von ökologischer Nachhaltigkeit. Die offiziell erklärten Ziele europäischer Politik (Lissabon-Agenda) sind verfehlt worden. Daraus werden jedoch nicht die nahe liegenden Lehren gezogen. Es wird weiter an einer restriktiven makroökonomischen Politik festgehalten, die allein in Deregulierung und Liberalisierung, der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme ihr Heil sucht. Zu dieser verfehlten Politik gibt es Alternativen. Diese müssen im Zusammenwirken von kritischer Wissenschaft, sozialen Bewegungen und ArbeitnehmerInnenorganisationen in einem offenen und demokratischen Prozess formuliert und vorangetrieben werden. Eckpunkte eines alternativen Entwicklungstyps, den wir anstreben, und konkrete Hauptforderungen sind:

1. Priorität für existenzsichernde Vollbeschäftigung

Alle in der EU lebenden Menschen sollen eine Lohnarbeit annehmen können, die ihren individuellen Qualifikationen und Bedürfnissen entspricht und ihnen ein Einkommen verschafft, das ein selbständiges Leben ermöglicht. Zur Vollbeschäftigung gehören angemessene Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung der Arbeitenden. Die Wirtschaftspolitik muss dazu beitragen durch:

Öffentliche Investitionsprogramme in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung sowie Gesundheit und soziale Dienste
Schrittweise Umsetzung einer Arbeitszeitverkürzung
Stärkere Koordinierung der europäischen Makropolitik und expansive, wachstumsorientierte Ausrichtung der Budget-, Geld- und Strukturpolitik statt ausschließlicher Fixierung auf Budgetausgleich, Preisstabilität und Deregulierung; Einführung von Gender Budgeting in der EU-Fiskalpolitik

Förderung einer demokratischen Diskussionskultur zu Fragen der Wirtschaftspolitik und Maßnahmen zur Einbeziehung aller betroffenen Stakeholder in politische Entscheidungsprozesse; Implementierung von Gender Mainstreaming in wirtschaftspolitische Entscheidungen

2. Soziale Sicherheit ausbauen

Alle in der EU lebenden Menschen haben das unbedingte Recht, vor Armut und materieller Hilflosigkeit bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Unfall, im Alter oder in sonstigen unglücklichen Umständen geschützt zu sein. Soziale Sicherheit ist eine gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, die weder durch Eigenverantwortung noch durch Privatisierung ersetzt werden kann.

Armutsbekämpfung und soziale Absicherung als zentrale Ziele der Europäischen Sozialagenda sind durch effektive Maßnahmen umzusetzen; Keine Binnenmarktstrategie ohne soziale Standards auf hohem Niveau
Schaffung neuer und Verbesserung bestehender Mindeststandards, um auf diesem Weg eine schrittweise Angleichung der

sozialen Standards auf höchstem Niveau zu erzielen, statt Absenkung durch die geplante Umsetzung des Binnenmarkts für Dienstleistungen

Demokratische Restrukturierung der öffentlichen Dienste statt Liberalisierung/Privatisierung; Anpassung an veränderte Bedürfnisse und Förderung einer NutzerInnen-orientierten Betriebsführung, Stärkung der demokratischen Kontrolle öffentlicher Unternehmen, aber keine Ausrichtung am Gewinnprinzip; Keine weiteren Liberalisierungen/Privatisierungen essenzieller öffentlicher Dienstleistungen (z.B. Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr, Gesundheit und soziale Dienste), Rücknahme der Liberalisierungsforderungen bei öffentlichen Diensten in den GATS-Verhandlungen
Stopp der Privatisierungskampagne bei den Pensionssystemen

3. Soziale Gerechtigkeit, regionale und soziale Kohäsion stärken

Gleichmäßigere Verteilung der Vorteile des europäischen Wirtschaftssystems durch:

Unterbindung des Steuerwettbewerbs: Schließung von Steueroasen; Einführung von einheitlichen europaweiten Mindestkörperschaftssteuern für Unternehmen auf harmonisierter Bemessungsgrundlage

Etablierung eines gender-sensitiven Verteilungs-Monitorings als wichtige Säule der EU-Agenda (Entwicklung von Verteilungsindikatoren, Gender-Statistiken, Distribution Impact Assessment)

Umschichtung und mittelfristige Erhöhung des EU-Haushalts, insbesondere zugunsten der Europäischen Sozial-, Struktur- und Kohäsionsfonds, um soziale und regionale Ungleichgewichte wirkungsvoller auszugleichen

4. Ökologische Nachhaltigkeit umsetzen

Das Bekenntnis der EU zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung braucht jetzt effektive Maßnahmen, die den Umbau des Wirtschaftssystems in diese Richtung stärken, insbesondere durch:

Umstellung auf ein stärker dezentralisiertes Energiesystem mit Schwerpunkt Förderung erneuerbarer Energiequellen

Förderung umweltfreundlicher Mobilität, Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen durch Umsetzung umfassender Kostenwahrheit im Verkehr

Aktionsprogramm zur Verbesserung der Öko-Effizienz in der Nutzung von natürlichen Ressourcen (Ausbau der Fernwärme, öffentliche Förderprogramme zur thermischen Sanierung von Altbauten und dem Bau von Niedrigenergiehäusern)

Verstärkte Unterstützung der Neuen Mitgliedsstaaten bei der ökologischen Restrukturierung ihrer Wirtschaft

5. Globalisierung aktiv gestalten

Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik der Europäischen Union soll primär der Förderung friedlicher, fairer und gleichberechtigter internationaler Wirtschaftsbeziehungen dienen. Eine Politik, die darauf abzielt, die hausgemachten Probleme der EU durch rücksichtslose Konkurrenz auf den internationalen Märkten zu lösen, widerspricht der globalen Verantwortung der EU als größtem Wirtschaftsraum für ein kooperatives Weltwirtschaftssystem. Dazu schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor:

Erhöhung der Transparenz und demokratischen Teilhabe aller betroffenen Stakeholder in den internationalen Wirtschaftsinstitutionen IWF, Weltbank und WTO

Kooperatives Management des internationalen Währungssystems durch Maßnahmen zur Erhöhung der Finanzmarktstabilität sowie zur Eindämmung der kurzfristigen

Finanz- und Devisenspekulation, insbesondere durch Einführung einer Devisenumsatzsteuer

Unterstützung fairer und gleichberechtigter internationaler Handelsbeziehungen, insbesondere durch stärkere Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards im Welt-handel

Bevorzugte Behandlung von Entwicklungsländern innerhalb der WTO, insbesondere durch den Abbau von entwicklungsschädigenden Exportsubventionen der Industrieländer

Stärkere Ausrichtung der Entwicklungshilfe auf die Beseitigung der Armut und des Hungers sowie Förderung eigenständiger Entwicklungsstrategien

Etablierung verbindlicher internationaler Mindeststandards für Unternehmensverhalten statt unverbindlicher Lippenbekenntnisse zur „sozialen Verantwortung der Unternehmen“

Die „Wiener Deklaration“ wird unterstützt von:

ATTAC ÖSTERREICH
AMNESTY INTERNATIONAL
ARBEITERKAMMER WIEN
ARMUTSKONFERENZ
GREENPEACE
GEWERKSCHAFT DER
PRIVATANGESTELLTEN
GEWERKSCHAFT DER
EISENBAHNERINNEN
BERGBAUERN U. BERGBÄUERINNEN
VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHE
HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

<http://www.unsereuropa.at/>

<http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/ecofin2.php>

Ryszard Pratkowski

Der Einfluss der Neoliberalismus auf die Lohnarbeit in Polen

R. Pratkowski ist Mitglied von Attac Polen, Region Warmin-Mazowsze, und Vorsitzender der Gewerkschaft der Techniker und Ingenieure bei Indykpol S.A.

(Nach der Übernahme der Regierung in Polen durch Tadeusz Mazowiecki wurde als Finanzminister Balcerowicz berufen. Der „Balcerowicz – Plan“ führte zur Transformation der sozialistischen Planwirtschaft in die freie Marktwirtschaft. Die Grundlagen hatte Balcerowicz von seinem Studium in New York mitgebracht - die Jeffrey- Sachs

- Doktrin. Dies führte zu einer Hyperinflation von 685,8% und führte zur Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung – die Ersparnisse waren fast null. Diese neoliberale Politik wurde von den folgenden Regierungen, egal welcher Couleur fortgesetzt. Die jetzige nationalkonservative Regierung will Balcerowicz vor dem Parlament anhören

und wohl an den Pranger stellen. Ob das eine Abkehr von der neoliberalen Politik ist wird sich zeigen/ist zu bezweifeln. Anm. der Übersetzers)

Wenn wir uns die beginnenden Prozesse in Polen ansehen, so können wir daraus die These ableiten, dass sie zu einer systemati-

schen Kürzung der öffentlichen Ausgaben führen und die gewonnenen Mittel in den Privatsektor abfließen. Daraus ergibt sich die Konsequenz für die Arbeitswelt, dass die Arbeiterrechte und im weitesten Sinn die Arbeitskosten immer weiter eingeschränkt werden. Dies wird realisiert durch:

1. **Änderungen im Arbeitsrecht**
2. **Ständige Reformen in den Bereichen des gesellschaftlichen Leben die mit der Arbeit verbunden sind**
3. **Nichteinhaltung der bereits eingeschränkter Arbeitnehmerrechte**

1. **Änderungen im Arbeitsrecht**

Seit 1989 wurde das Arbeitsrecht 30 mal novelliert und betrafen kaum Verbesserungen für die Arbeitnehmer. Die Novellierung hatte folgende Ziele:

- Den Arbeitgebern wird die Entlassung von Arbeitern durch eine Absenkung der Abfindungen erleichtert und der Einfluss der Gewerkschaften auf die Prozesse der Rekonstruktion wird verringert
- Neue Organisationsformen werden eingeführt, die dem Arbeitgeber erlauben Lohnnebenkosten auf die Arbeiter abzuwälzen.
- Die Verfügbarkeit der Arbeitskraft gegenüber dem Unternehmer wird gestärkt
- Die Pflichten des Arbeitgebers werden auf ein Minimum eingeschränkt. Das führt dazu, dass sie Tarifverträge umgehen können. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und geschwächte Gewerkschaften kommen dem entgegen.
- Verringerung bzw. Liquidierung von Sonderzahlungen (Überstundenzuschläge, Jubiläumsgelder, Weihnachtsgelder)
- Die Position von Personalvertretungen wird durch eine Einschränkung des gesetzlichen Schutzes gemindert.
- Stellungnahmen der Gewerkschaften zu betrieblichen Angelegenheiten sind nicht mehr verbindlich, sondern werden nur als eine Meinungsäußerung betrachtet.
- Einführung von befristeten Arbeitsverträgen, die immer wieder erneuert werden können.

Gerechterweise muss gesagt werden, dass mit dem EU-Beitritt für Arbeiter auch günstigere Bedingungen geschaffen wurden, die jedoch immer wieder auf andere Weise für Arbeitgebern kompensiert wurden.

2. **Ständige Reformen in den Bereichen des gesellschaftlichen Leben die mit der Arbeit verbunden sind**

Hier denke ich an solche Bereiche, wie die Sozialfürsorge, das Gesundheitswesen, das

Bildungswesen und die Sozialversicherung. Nun der Reihe nach.

Sozialhilfe

Die Arbeitslosenhilfe wurde systematisch gekürzt und auch die Zeit, in der sie jemandem zusteht. Die Arbeitsämter sind für eine Verwendung der Mittel zur Umschulungen von Arbeitslosen, zur Unterstützung der Arbeitgeber, die Arbeitslose beschäftigen und letztlich zur Schulung von Arbeitslosen, um diese in die Lage zu versetzen eine Arbeit zu finden. Im Grunde genommen wäre dies eine rationale Hilfe. Allerdings führt sie bei der chronischen Arbeitslosigkeit zur Vergeudung von öffentlichen Mitteln. Die Arbeitgeber nutzen die Hilfen des Arbeitsamtes aus, um ihre Kosten zu senken und entlassen die Arbeiter sobald die Mittel nicht mehr fließen. Bei unseren Entscheidungsträgern ist sehr in Mode gekommen zu sagen, dem Arbeitslosen solle eine Angel gegeben werden, damit er sich einen Fisch fängt. Es könnte ja gut gehen - aber da müssten Fische im Teich sein.

Personen, denen überhaupt keine Unterstützung zusteht, bekommen von ihrer Gemeinde z.Z. etwa 6 € im Monat.

Gesundheitswesen

Dies ist ein Bereich der pausenlos reformiert wird. Krankenhäuser und Polikliniken werden geschlossen, Personal eingespart und die Gehälter gleichzeitig verringert. Der NFZ (Nationaler Gesundheitsfonds – anstatt Krankenkassen) begrenzt systematisch die Mittel für die einzelnen Bereiche, so dass ihnen in den Monaten vor Jahresende Mittel für ein vernünftiges Funktionieren fehlen. Den Geschäftsführern bleibt kein anderer Ausweg als entgegen der Verfassung die Kosten auf die Patienten abzuwälzen. Hier wird eindeutig eine Privatisierung vorgenommen. Wenn schon die Patienten anfangen für alles selbst zu zahlen, warum soll es dann nicht auch gleich privat sein? Neuerdings werden Patienten in betuchte und weniger betuchte eingeteilt, also in diejenigen, die eine freiwillige Zuzahlung leisten können. Diese werden viel schneller und besser behandelt. Schließlich muss noch gesagt werden, dass die Liste der Arzneimittel, die vom NFZ bezahlt werden, eingeschränkt wurde.

Bildungswesen

Hier sieht die Situation ähnlich wie im Gesundheitswesen aus. Die Mittel im öffentlichen Schulwesen werden gekürzt und Eltern, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken erhalten Steuervorteile. Die Schäden dieser Politik sind mit dem bloßen Auge zu erkennen, der Lehrkörper geht ins Ausland, die Patente werden geringer, das Bildungsniveau sinkt und den Menschen aus sozial schwächeren Gruppen fehlen die

Mittel zur Bildung ihres Nachwuchses. Die Schulreform von 1999 hat ihren Augenmerk auf die Allgemeinbildung gelegt mit der Begründung, dass der heutige Arbeiter sich einige Male umschulen müssen. Das Ergebnis ist jedoch das Fehlen von jungen Fachleuten in technischen Berufen.

Rentenversicherung

Die Renten gehören zu den Lohnnebenkosten und stehen so unter dem Druck seitens der Arbeitgeber. Die Maßgaben für eine Frühverrentung sind strenger. Es wird immer wieder versucht das Rentenalter bei Frauen den Männern anzugleichen. Als Begründung wird die höhere Lebenserwartung angeführt. Allerdings wird die hohe Arbeitslosigkeit auf Grund der hohen Arbeitseffektivität außer Acht gelassen. Als Folge ist Zugang der jungen Generation zum Arbeitsmarkt blockiert. Vermehrt kommt es in der neoliberalen Propaganda zu Forderungen die Rentenbeiträge zu senken, weil die Versicherungsträger nicht effektiv arbeiten würden. Sollte es wirklich so sein, so werden die Einsparungen niemals dazu führen, weil durch die sinkenden Einnahmen und immer weniger Beschäftigte über kurz oder lang die Renten sinken werden. Verschärft wird auch der Zugang zu Erwerbslosenrenten, wodurch die kranken Menschen als arbeitsfähig eingestuft werden. Letztlich wird ihnen der Lebensunterhalt vorenthalten, denn niemand stellt kranke Menschen ein.

3. **Nichteinhaltung der bereits eingeschränkter Arbeitnehmerrechte**

Die Nichteinhaltung von Arbeitnehmerrechten gehört in Polen zum Alltag. Der Druck auf eine Kostensenkung ist so stark, dass viele Arbeitgeber nicht auf eine Änderung des Arbeitsgesetzbuches warten können. Sie umgehen also die Arbeitsrechte. Begünstigt wird dies durch Korruption, einen langwierigen Rechtsweg, schwache Gewerkschaften, durch überlastete und finanziell schwach ausgestattete Arbeitsschutzinspektion und Arbeitsgerichte, die Angst der Menschen vor Arbeitslosigkeit und eine mangelnde Gesetzgebung. Die Nichteinhaltung von Arbeitsrechten zeigt sich besonders darin, dass Löhne nicht oder nicht fristgemäß gezahlt werden, Überstunden und anderen Zuschlägen verweigert werden und Versicherungsbeiträge nicht abgeführt werden. Oft werden die Beschäftigten zu unbezahlten Überstunden gezwungen und bei Verweigerungen entlassen. Spektakuläre Fälle gehen immer wieder durch die Presse und betreffen Supermärkte.

Übersetzung: Norbert Kollenda, Attac/Berlin

Winfried Wolf

Stoppt den Börsenwahn – keine Heuschreckenbahn!

Winfried Wolf ist Sprecher der Bahnfachleutegruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von attac und aktiv im Bündnis „bahn für alle“. (<http://www.bahn-fuer-alle.de>) Bei dem Text handelt es sich um die – erweiterte – Niederschrift der Rede, die er zur Begründung der Kampagne gegen den Börsengang der Deutschen Bahn AG auf dem Ratschlag von attac am 29. April in Braunschweig hielt.

„Es ist ein und derselbe Zug, dieselbe Kraft, die Große und Kleine, Reiche und Arme, befördert. Daher werden die Eisenbahnen im allgemeinen als ein unermüdlicher Lehrmeister der Gleichheit und Brüderlichkeit wirken.“ Dies schrieb vor 177 Jahren ein gewisser Charles Pecquer. Er wird als „Frühsozialist“ bezeichnet. Nun leben wir heute in einer anderen Zeit. Wir leben in einer Autowelt und in einem „ölbasierten Kapitalismus“. Wir leben in einer Zeit, in der man für 19 Euro zum Shoppen nach Marseille jettet. Und wir leben in einer Welt und Zeit, in der die Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Petra Roth, sagt: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.“ Nun haben wir aber Visionen. Wir wissen auch, dass wir nur mit einem Kampf für unsere Visionen die katastrophalen, zerstörerischen Folgen der globalisierten Verkehrswelt stoppen können. Denn klar ist: Auch im Verkehrssektor befinden wir uns auf einer Reise in die Sackgasse, auf einer rasenden Fahrt auf den Prellbock, in einer Geisterbahn ohne Ausblick auf einen lichten Ausgang.

Dies gilt bereits unabhängig vom eigentlichen Projekt einer Bahnprivatisierung, die „nur“ als eine Art Zuspitzung der allgemeinen, weltweiten Verkehrspolitik zu verstehen ist.

Hier nur drei Stichpunkte:

- *Weltweite Automotorisierung*: Wenn nur Indien und China (mit zusammen rund 2,3 Millionen Menschen) derart automobil gemacht werden würden, wie die DDR 1989 automobil war (ein Pkw auf vier Menschen), dann gibt es weltweit weitere 575 Millionen Pkw. Es gibt aber derzeit weltweit ziemlich exakt so viele Pkw. Das heißt: diese Art „bescheidener“ – und derzeit von den Autokonzernen konkret geplanter – Automotorisierung heißt, den Pkw-Bestand weltweit zu verdoppeln – Schadstoffemissionen und Unfallopfer inklusive.

- Auch in den bereits hoch automotorisierten Regionen von Westeuropa, Nordamerika und Japan kommt es zu einer systematischen *Verdichtung der Motorisierung*. Ein Instrument dabei ist die Marktorientierung der großen Autohersteller. Das „Universal-Auto“, wie wir es von Anfang des 19. bis Ende des 20. Jahrhunderts kannten, wird aufgespalten in „purpose cars“, in jeweils spezifische Autos für spezifische Mobilitätszwecke: in „family cars“, „fun cars“, „City-Cars“, „off roaders“ usw. Wie aberwitzig dies ist, zeigt die Tatsache, dass zwar die Geburtenrate ständig sinkt, aber der Trend zu „Familien-Autos“, auch „Vans“ genannt, zunimmt. Dabei sitzen derzeit im statistischen Durchschnitt nur noch 1,2 Personen in einem Pkw. Während sich in den vergangenen fünfzehn Jahren das Gewicht des durchschnittlichen Pkw um rund 30 Prozent auf derzeit 1,2 Tonnen und die PS-Zahl um 40 Prozent steigerte, nahmen Zahl und Gewicht

der transportierten Personen um ungefähr die gleiche Marge ab.

- *Wir leben in einer Art „Planwirtschaft“* – hin zu einer *totalen Autogesellschaft*. Seit den siebziger Jahren gibt es die Bundesverkehrswegepläne (BVWP), die nach Fünf-Jahresplänen unterteilt sind. Nein, nicht in der DDR. Diese Art Planwirtschaft gab es in Westdeutschland und gibt es seit 1990 in Gesamtdeutschland. Diese BVWPs münden seit Jahrzehnten in folgenden Ergebnissen: Jahr für Jahr entstehen rund 1000 km neue Straßen – Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen und Bundesautoahnen. Jahr für Jahr entstehen ein bis zwei neue Regionalairports und/oder eine neue Startbahn auf einem großen, bestehenden Airport. Für eine solche Politik im Verkehrswegebau gilt die alte Erkenntnis von Bürgerinitiativen: „Wer Straßen und Airports sät, wird Verkehr auf Straßen und in der Luft ernten.“

Noch hält die Schiene in der EU einen Marktanteil von acht Prozent im Personenverkehr und von zwölf Prozent im Güterverkehr. Noch gibt es in Europa (EU 15) ein Schienennetz mit einer gesamten Länge von 200.000 km. Allerdings hatte dieses europäische Schienennetz vor rund 80 Jahren eine Länge von rund 300.000 km. Ein Drittel wurde bereits gekappt. Vor 25 Jahren waren es immerhin noch 280.000 km. Das heißt, auch in einer Zeit, in der alle in Europa vom „Vorrang Schiene“ reden, wurde das Schienennetz – und damit auch der Schienenverkehr – weiter reduziert.

Noch krasser fällt der Vergleich mit den USA aus. Die USA waren einmal das Eisenbahnland Nr. 1. Bis 1925 gab es dort im Personenverkehr ein Schienennetz mit einer Gesamtlänge von rund 400.000 km. Heute – nach mehr als einem Jahrhundert privaten Eisenbahnen – gibt es dort nur noch rund 40.000 km, die im Schienenpersonenverkehr genutzt werden. Der Marktanteil der Schiene, der im Verkehrsmarkt vor dem Zweiten Weltkrieg noch dominierte, liegt heute im Personenverkehr bei 0,4 Prozent. Tatsächlich lässt sich sagen: Das „alte Europa“ könnte eine Basis für eine alternative Verkehrspolitik sein. Die erwähnten 200.000 km Schienenstrecken könnten eine Art „eisernes Rückgrat“ für eine Alternative im Verkehrssektor darstellen. Noch gibt es – neben diesem Schienennetz – noch einigermaßen funktionierende Bahngesellschaften in Europa. Anders als in den USA, in Argentinien, in Mexiko oder in Neuseeland, wo die privat betriebenen Bahnen (USA) bzw. die Privatisierungsprozesse dazu geführt haben, dass es keinen relevanten Schienenpersonenverkehr mehr gibt.

An dieser Stelle gewinnen die Prozesse der Bahnprivatisierung in Europa ihre zentrale Bedeutung. Sie sind das entscheidende Element, den Schienenverkehr im letzten Kontinent, in dem er noch eine relative Bedeutung hat, zu marginalisieren und als potentielle

Alternative zum motorisierten Massenverkehr auszuschalten. Die Europäische Union und die EU-Kommission haben in den letzten fünfzehn Jahren eine Reihe von Vorgaben gemacht, mit denen die Bahnprivatisierungen vorangetrieben werden sollen. Die entscheidenden Kräfte zur Zerstörung der Alternative Schiene wirken jedoch auf Ebene der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Großbritannien spielte hier nicht zufällig den Vorreiter: Ein zentraler Bestandteil der neoliberalen Politik unter Mägy Thatcher war die Privatisierung von British Rail. Heute gibt es in diesem wichtigen EU-Staat keinen einheitlichen Schienenverkehr mehr. Das Netz befindet sich in einem maroden Zustand. Die verschiedenen Bahngesellschaften werden von Bus- und Flugzeugunternehmen kontrolliert.

Die Bahnprivatisierung in unserem Land – in der Bundesrepublik Deutschland – spielt vor diesem Hintergrund eine entscheidende Bedeutung – auch auf europäischer Ebene. Wird hier die Privatisierung der Deutschen Bahn AG, die sich bisher in öffentlichem Eigentum befindet, durchgesetzt, dann dürfte es in der gesamten EU kein Halten mehr geben. Bahnen, die bereits teilweise privatisiert wurden – wie diejenigen in den skandinavischen Ländern oder in Österreich – werden beschleunigt privatisiert. Bahnen, die noch relativ stark in den öffentlichen Sektor integriert waren, wie die SNCF in Frankreich, werden auf den Weg der Privatisierung gebracht werden. Eine enorm erfolgreiche Bahn in öffentlichem Eigentum, diejenige in der Schweiz, wird, obgleich die Schweiz kein EU-Mitgliedstaat ist, noch mehr als bisher unter Druck gesetzt und erpresst werden, von ihrem erfolgreichen Kurs abzuweichen und Schritt hin zur Aufspaltung und Privatisierung vorzunehmen.

Zwar ist von einem Börsengang der Deutschen Bahn AG seit dem Jahr 2000 die Rede. Doch dieser wurde mehrfach wieder abgesetzt oder verschoben. Seit Anfang 2006 beschleunigt sich der Prozess jedoch, nachdem das neue, vom Bundestag in Auftrag gegebene Gutachten der Unternehmensberatungsgruppe Booz Allen Hamilton veröffentlicht wurde, auch „PRIMON-Gutachten = Privatisierung Mit und Ohne Netz“ genannt. Bereits Ende September 2006 soll der Bundestag entscheiden.

Der damit ins Auge gefasste Verkauf des Bundes Eigentums an der Deutschen Bahn AG ist aus demokratischen, verkehrspolitischen, sozialen und globalisierungskritischen Gründen abzulehnen. Das wird im folgenden auf fünf Ebenen verdeutlicht.

1. Ausverkauf von gesellschaftlichem Eigentum.

Beim Verkauf des staatlichen Eigentums an der Deutschen Bahn AG handelt es sich um den Ausverkauf eines gewaltigen gesellschaftlichen Vermögens, das in 170 Jahren von Millionen

Menschen – sei es den Bahnbeschäftigten, den Bahnbauarbeitern oder den Steuerzahlenden – geschaffen wurde. Dieses Vermögen, vergegenständlicht in 35.000 km Schienentrassen, 5500 Bahnhöfen, mehreren Tausend Triebfahrzeugen, vielen Zehntausenden Waggons usw. – wird in seriösen Schätzungen auf einen Wert von 100 bis 250 Milliarden Euro geschätzt. Doch die Bundesregierung veranschlagt als mögliche Einnahmen im Fall eines „integrierten Börsengangs“ nur 10 bis 15 Milliarden Euro – weniger als ein Zehntel des realen Werts. Selbst wenn es nur zu einem Verkauf des Bahnbetriebs kommt und wenn das Netz beim Bund bleibt, so wird der Wert des „rollenden Materials“ auf 40 Milliarden Euro geschätzt. Die Bundesregierung erwartet bei einem Verkauf des Bahnbetriebs lediglich Einnahmen von 10 bis 15 Milliarden Euro. Wir lehnen die Verschleuderung gesellschaftlichen Eigentums und eine neuerliche Bereicherung weniger privater Investoren, die in Wirklichkeit Destruktoren sind, auf Kosten der Allgemeinheit strikt ab. Wir plädieren für den Erhalt des Bundeseigentums an der Deutschen Bahn AG.

2. Bahnprivatisierung als Teil des Abbaus von Daseinsvorsorge

Der Verkauf des Bundeseigentums an der Deutschen Bahn AG ist Teil des allgemeinen Abbaus von Daseinsvorsorge und des öffentlichen Sektors. Ein wesentlicher Bestandteil der Globalisierung besteht darin, dass alle Bereiche des Lebens der direkten Verfügungsgewalt des Kapitals und damit dem Prinzip der Profitmaximierung unterworfen werden sollen. Auch elementare Güter wie Ausbildung, Bildung, Energie- und Wasserversorgung und nun die Mobilität sollen allein nach diesem Prinzip funktionieren. Es ist kaum ein Zufall, dass der wichtigste Betreiber privater Bahnen in Europa und in Deutschland das Unternehmen Connex ist. Connex ist eine Tochter des Konzerns Veolia, des größten Betreibers privatisierter Wasserwerke in Europa.

Unsere strategische Gegenposition lautet: Eine Privatisierung der Bahn ist Teil der umfassenden, weltweiten neoliberalen Offensive zum Abbau von Daseinsvorsorge. Wir treten ein für den Erhalt des öffentlichen Sektors und für den Erhalt einer Bahn in öffentlichem Eigentum. Wir sagen übrigens bewusst: „in öffentlichem Eigentum“ und nicht „Staatsbahn“. Wir glauben, dass es viele bürgernahe, oft dezentrale Formen von öffentlichem Eigentum gibt, die in Kombination mit der zentralen öffentlichen Eigentumsform, oft den Anforderungen, die an eine moderne, kundenfreundliche und flexible Bahn zu stellen sind, eher gerecht wird als eine primär zentralistische Staatsbahn.

3. Bahnprivatisierung als Teil der verschärften sozialen Ausgrenzung

Öffentliches Eigentum heißt in der Regel auch Schutz, Protektion; gemeint: Schutz der in der kapitalistischen Gesellschaft Schwachen oder in einer schwachen Position Gehaltene. Wasser in öffentlichem Eigentum bedeutet, dass dieses als Allgemeingut und als elementares Lebensmittel allen zu Gute kommen und daher einen niedrigen Preis haben muss. Öffentliche

Verkehrsmittel haben eine vergleichbare Bedeutung für Mobilität: Die Beweglichkeit als Allgemeingut muss so weit wie möglich gratis zu haben sein (optimal ist zum Beispiel, wenn alle wichtigen Mobilitätsziele vom Wohnort aus zu Fuß erreicht werden können) oder zu einem niedrigen Preis angeboten werden. Angesichts einer vom Auto dominierten Gesellschaft heißt dies auch, dass Verkehrsmittel in öffentlichem Eigentum eine preislich erschwingliche Alternative darstellen müssen. Eine Privatisierung der Bahn bedeutet das Gegenteil:

- Es kommt noch mehr als bisher zu einer Konzentration auf Hochgeschwindigkeitsverkehr und zu einem Abbau der Bahn in der Fläche. Es gibt eine Bonzenbahn statt einer Bürgerbahn.

- Es kommt zu einem weiteren Kahlschlag im Schienennetz. Weitere 5000 km Schiene sollen nach der Privatisierung abgebaut werden.

- Die Bahnpreise werden sich perspektivisch verteuern bzw. eine Bahn, die zu einem vernünftigen Preis „einfach bestiegen“ werden kann, wird immer seltener. Stattdessen muss im Voraus reserviert werden; es gibt eventuell noch „Schnäppchenpreise“, aber als preiswertes, spontan nutzbares Allgemeingut für Mobilität steht diese Bahn nicht mehr zur Verfügung.

Damit werden die Menschen im Fall einer privatisierten Bahn bei ihrer Mobilität noch mehr als bisher angewiesen sein auf Auto und Flugzeug. Das heißt gleichzeitig, dass Menschen unter 18 Jahre (im Amtsdeutsch: Menschen im „nicht Führerschein befähigten Alter“) von Mobilität weiter ausgegrenzt bzw. als Mitfahrende auf andere angewiesen sind. Finanziell Schwache oder ökologisch bewusst Lebende Menschen, die kein Auto haben, werden ausgegrenzt. Behinderte Menschen werden von Mobilität zunehmend ausgeschlossen. Die verallgemeinerte Autogesellschaft hat auch einen geschlechtsspezifischen Aspekt: Frauen werden in ihrer Mobilität weit stärker eingeschränkt als Männer (auf Grund der geschlechtsspezifischen Verteilung des Besitzes von bzw. der Verfügung über Pkw).

Unsere strategische Gegenposition lautet: Wir treten ein für Gleichheit und Solidarität. Mobilität für alle ist eine Grundvoraussetzung für Menschenwürde. Auch dies erfordert eine Bahn in öffentlichem Eigentum.

4. Bahnprivatisierung als Beitrag zur Massenarbeitslosigkeit

Heute gibt es in ganz Europa noch rund 1,3 Millionen Arbeitsplätze bei den Bahnen und in der Bahntechnik-Industrie. Bereits im Zeitraum 1995 bis 2005 wurden mehr als 750.000 Arbeitsplätze in Europa in diesen Bereichen – Bahn und Bahntechnik – zerstört. Allein in der BRD kam es zum Abbau von 200.000 Jobs in diesem Sektor.

Es gibt kein anderes Gebiet in Europa, auf dem es zu einer derart brutalen und – quantitativ und qualitativ (in Relation zu der Gesamtzahl gesehen) – großen Vernichtung von Arbeitsplätzen kam. Während der Abbau von einigen Zehntausend Jobs in der europäischen Autoindustrie lautstark beklagt wird, wird vielfach der

Abbau von Arbeitsplätzen bei den Bahnen als „Sparmaßnahme“ gefeiert.

Eine Bahnprivatisierung wird weitere Zehntausende Jobs in den Bereichen Bahn und Bahntechnik zerstören. Sie wird gleichzeitig mit einem verstärkten Sozialdumping verbunden sein. Bereits heute sind es die privaten Bahnbetreiber, die 25 bis 30 Prozent weniger dem Bahnpersonal zahlen als die Deutsche Bahn AG, die sich ihrerseits längst ebenfalls am Sozialdumping beteiligt. Ein weiterer Jobabbau und ein weiteres Sozialdumping kostet letzten Endes die öffentliche Hand weitere Milliarden Euro – in Form der Finanzierung von Arbeitslosigkeit und Armut.

Unsere soziale Gegenposition lautet: Wir verteidigen die Arbeitsplätze in diesen Bereichen und die hier erreichten sozialen Standards. Wir gehen davon aus, dass diese im Fall der notwendigen Politik einer Verkehrswende ausgebaut werden. Es handelt sich um qualifizierte und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze.

5. Bahnprivatisierung als Durchsetzung der Macht der Konzerne und insbesondere der Macht der Öl- und Autokonzerne

Der Prozess der Globalisierung ist begleitet von einer Zunahme der Macht der großen Konzerne. Es handelt sich jedoch nicht allein um eine Macht, die sich in Dollar-, Yen- und Euro-Umsätzen und -Profiten sich ausdrückt. Es handelt sich zu einem großen Teil auch um eine Macht, die in stofflicher Form – auf der Gebrauchtwertseite – ihren spezifischen Charakter hat: sie ist Ausdruck der Macht der Öl- und Autokonzerne. Vom addierten Umsatz der 100 größten Industrieunternehmen der Welt entfällt mehr als die Hälfte allein auf den addierten Umsatz der Öl- und ölverarbeitenden Konzerne, der Fahrzeugbauunternehmen und der Flugzeugindustrie. Öl und seine Derivate – Benzin, Diesel, Kerosin – bestimmen einerseits die Weltmacht der größten Konzerne und andererseits die Form der Mobilität, die weltweit dominiert. Diese Konzerne können mit dem Attribut „k & k“ versehen werden: sie sind „klimazerstörend & kriegstreiberisch“. Der größte Teil der klimaschädigenden Abgase ist Resultat des ölbasierten Kapitalismus. Fast alle jüngeren Kriege haben mit der Kontrolle über die verbleibenden Ölvorräte bzw. die Transportwege für Öl und Gas zu tun.

Die Bahnprivatisierung ist ein Mittel, den Prozess der Orientierung auf Auto und Flugzeug zu beschleunigen. In ihrem Ergebnis wird der Bahnverkehr und der schienengebundene übrige öffentliche Verkehr weiter deutlich reduziert. Dies wiederum wird den Markt für Autos und Flugzeuge bzw. für den darauf basierenden Verkehr ein weiteres Mal vergrößern. Es ist kein Zufall, dass die beiden Bahnchefs, die die Bahnprivatisierung in den vergangenen fünfzehn Jahren am meisten vorangetrieben haben, für diese Industrien stehen: Heinz Dürr war und ist privater Eigentümer der Dürr AG, ein Unternehmen, das sich rühmt, ein Drittel des Weltmarkts für die Herstellung von Autolackierautomaten zu kontrollieren. Hartmut Mehdorn ist Luftfahrtingenieur und arbeitete, bevor er vom Autokanzler auf den Job als Bahnchef gehievt wurde, mehr als

eineinhalb Jahrzehnte in führenden Positionen der Luftfahrt und Rüstungsindustrie (VFW, Daimler-Dasa, Airbus).

Unsere strategische Gegenposition im Rahmen der Globalisierungskritik lautet: Wir kritisieren die wachsende Macht der Konzerne. Wir kritisieren die perspektivlose und zukunftsfeindliche Konzentration auf einen ölbasierten Kapitalismus. Wir treten ein für den Erhalt der Option auf eine Energie- und Verkehrswende. Das aber setzt die strukturelle Möglichkeit der strategischen Einflußnahme in diesem Sektor voraus – und damit eine Infrastruktur und Bahnen in öffentlichem Eigentum.

Die Schimäre „Wettbewerb“

Aktuell gibt es zwei Einwände, die „falsche Debatten“ darstellen. Zum einen wird geäußert, aber ein Börsengang ohne Netz ist doch ein kleineres Übel. Da bleibt die Infrastruktur beim Bund und im Bahnbetrieb kommt es zu einem „belebenden Wettbewerb“. Zum anderen wird gesagt: Aber die Deutsche Bahn AG ist doch eine Staatsbahn. Und just diese Staatsbahn ist ein äußerst arrogant auftretendes und kundenfeindliches Unternehmen.

Zum ersten Einwand: Von der Sache her gibt es keinen „Wettbewerb“ auf der Schiene, jedenfalls keinen, wie er in einer freien Marktwirtschaft definiert wird. Die Struktur des Schienenverkehrs gebietet es, dass auf einem Schienenstrang auf einer bestimmten Verbindung in der Regel ein einziges Unternehmen verkehrt; Überholvorgänge und Flexibilität sind weitgehend ausgeschlossen. Denkbar ist noch, dass zwei Unternehmen in genau abgesprochenem Rhythmus eine Strecke bedienen. In der Praxis führen Privatisierungen im Bahnsektor auch nicht zu einem echten Wettbewerb, in dem sich mehrere Unternehmen um die Gunst der gleichen Kundschaft bemühen würden. Vielmehr bewerben sich mehrere Unternehmen um Konzessionen zum Betreiben einer bestimmten Strecke oder eines bestimmten Netzes für einen längeren Zeitraum, wobei erklärtermaßen in dem Zeitraum, für den die Konzession vergeben wird, Konkurrenz ausgeschlossen wird. Die erheblichen Kapitalbeträge, die für einen Bahnbetrieb – insbesondere für Schienen-Fernverkehr – aufzubringen sind, führen dazu, dass es nach einem Privatisierungsprozess über kurz oder lang nur noch wenige private Betreiber gibt, die in Form von Monopolen auf einzelnen Netzen oder Strecken und in Form von Oligopolen im Gesamtnetz den Schienenverkehrsmarkt kontrollieren. Dies ist die Struktur des privat betriebenen Schienengüterverkehrs in den USA. So sieht auch die Struktur des privat betriebenen Personen- und Güterverkehrs auf Schienen in Großbritannien aus. Die Diktate privater Monopole und Oligopole sind jedoch in der Regel weit schmerzhafter und für die Kundschaft deutlich teurer als der Monopolanspruch staatlicher Unternehmen. Vor allem ist man dem Monopolgebaren privater Betreiber ausgeliefert, wohingegen Betreiber unter öffentlicher Kontrolle über Parlamente usw. direkt beeinflussbar sind.

Im übrigen treffen so gut wie alle negativen Aspekte, die auf einen Bahnbörsengang mit Netz zutreffen, auch auf eine Privatisierung des

Bahnbetriebs zu. Um die wichtigsten zu nennen:

- Private Bahnbetreiber müssen auf eine weit höhere Rendite abzielen als dies Bahnen in öffentlichem Eigentum tun müssen. Die derzeitige – bereits schön gerechnete – Rendite bei der DB AG liegt bei maximal zwei Prozent. Private Investoren erwarten zehn und mehr Prozent Rendite auf ihr eingesetztes Kapital. Diese Verfünfachung der Rendite kann jedoch nur erzielt werden, wenn die Fahrpreise erhöht, Personal abgebaut und Angebote reduziert werden. In der Regel dürfte versucht werden, durch einen Mix dieser Optionen dieses Ziel zu erreichen.

- Je mehr private Betreiber es gibt, desto größer dürften die Angebotsreduzierungen sein, desto wahrscheinlicher ist es, dass viele weniger rentable Verbindungen erst gar nicht mehr angeboten werden. Entsprechend sinkt der Anteil der Schiene im Verkehrsmarkt, möglicherweise kommt es sogar zu einem weiteren absoluten Rückgang der Verkehrsleistungen z.B. im Schienenpersonenfernverkehr.

- Je mehr private Betreiber es gibt, gewissermaßen: je mehr von dem, was die Befürworter der Privatisierung „Wettbewerb“ nennen, realisiert wird, desto weniger gibt es einen einheitlichen Fahrplan und einheitliche Tarife. Stattdessen kommt es auf diesen Gebieten zu einem *Flickenteppich*. Ein durchgängiges Buchen einer Bahnfahrt über weite Strecken wird immer schwieriger und oft unmöglich.

- Das rollende Material hat eine Lebensdauer von 20 und mehr Jahren. Die privaten Bahnbetreiber müssten demnach jährlich rund ein Zwanzigstel abschreiben und als Kosten verbuchen, um nach zwei Jahrzehnten über den Betrag zu verfügen, um das rollende Material zu ersetzen. Viele private Betreiber dürften jedoch weit kurzfristige Profitziele verfolgen. Somit besteht die Gefahr, dass solche Rücklagen nicht gebildet werden, dass stattdessen auf Verschleiß gefahren wird und dass solche private Investoren nach zum Beispiel zehn Jahren aus dem Bahnbetrieb aussteigen – und weitgehend verbrannte Erde zurücklassen. Dann würde es Sache der öffentlichen Hand oder der Steuerzahlenden sein, ob das Geld aufgebracht wird, um, beispielsweise, die ICE-Flotte ganz oder zu einem größeren Teil neu zu finanzieren.

- Je mehr private Betreiber es gibt, desto zersplitterter ist der Schienenverkehr, desto geringer sind die Synergieeffekte, desto teurer kommt das Betreiben eines Schienenverkehrs als Ganzes.

Das Interessante ist, dass beide Gutachten, die mit Blick auf eine Privatisierung der Bahn erstellt wurden, dasjenige von Morgan Stanley und dasjenige von Booz Allen Hamilton, einen Rückgang des Schienenverkehrs vorhersagen. All das Positive, das bei einigen Umweltverbänden, die eine Bahnprivatisierung ohne Netz befürworten, erwartet und unterstellt wird, erweist sich vor dem Hintergrund der realen Privatisierungspläne als pures Wunschdenken. In früheren Zeiten wussten das diese Gruppen auch. Beispielsweise hieß es in einem Falblatt der Grünen im Jahr 1993: „Die Bahn muss Eigentum des Bundes bleiben!“. In einer VCD-

Erklärung vom April 1993 war zu lesen: „Die im geplanten Gesetz ... vorgesehene Verpflichtung, nach Gründung der Bahn AG die Bereiche Personenverkehr und Güterverkehr in eigene Aktiengesellschaften auszugliedern ... wird unweigerlich zu Mehrkosten und Angebotsverschlechterungen führen. Die bisherige gemeinsame Nutzung von Lokomotiven, Werkstätten und Anlagen sowie der wechselseitige Personaleinsatz haben Synergieeffekte möglich gemacht.“

Seit diese Aussagen gemacht wurden, hat sich am Wesen der Sache nichts geändert. Im Gegenteil: Die Bahnreform als erste Stufe einer Privatisierung hat diese Aussagen drastisch bestätigt. Dennoch behaupten die zitierten heute das Gegenteil. Warum? Geändert hat sich allein der Wind. Es gibt einen Mainstream, wonach Privatisierung an sich gut ist – egal, welche Sachargumente dagegen sprechen.

Deutsche Bahn AG ist nicht der (positive) Bezugspunkt

Das zweite Argument ist oberflächlich gesehen nachvollziehbar. Natürlich treffen auf die Deutsche Bahn AG all die genannten negativen Charakteristika zu. Doch dieses Unternehmen ist selbst bereits eine erste Form der Privatisierung. All das, was wir mit der DB AG seit 1994 an negativer Entwicklung und an abstoßendem Auftreten erlebt haben, ist ein Vorgeschmack darauf, was im Fall einer materiellen Privatisierung auf uns zukommt.

1994 wurde ein Unternehmen geschaffen, das zunächst in die privatrechtliche Form einer Aktiengesellschaft gebracht wurde. Hier gibt es einige Argumente dafür, dass diese Unternehmensform durchaus auch Vorteile bieten kann, um ein Unternehmen in öffentlichem Eigentum effizient zu führen. Doch mit diesem Schritt waren zwei andere verbunden: Zum einen wurde die Deutsche Bahn AG in fünf Aktiengesellschaften aufgespalten; hinzu kamen rund 200 privatrechtliche strukturierte andere Unternehmen unter dem Dach der DB AG. Zum anderen ließ es der Eigentümer Bund zu, dass ein branchenfremdes und teilweise bahnefeindliches Management eingesetzt wurde. Vor allem aber wurde und wird auf eine reale Kontrolle der Deutschen Bahn AG weitgehend verzichtet. Vielmehr wurden Personen in den Aufsichtsrat gehievt, bei denen möglicherweise Parteienproporz und Vetternwirtschaft, aber nicht Kompetenz und Bahnkenntnisse eine Rolle spielten.

Die vielfach geäußerte Behauptung, die Unternehmensform einer AG an sich eigne sich nicht für eine Kontrolle des Unternehmens, ist falsch. Es gibt eine Reihe städtischer Verkehrsbetriebe, so in Stuttgart die SSB, die in der Form einer Aktiengesellschaft in öffentlichem Eigentum bestehen und unter einer sehr direkten (möglicherweise sogar allzu direkten) Kontrolle des Eigentümers betrieben werden. Richtiger dürfte sein, dass die Politik – die jeweiligen Bundesregierungen unter Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel – im großen und ganzen hinter der (aus Sicht eines effizienten Bahnbetriebs kontraproduktiven) Politik stehen, die bei der Bahn betrieben wird. Sie tun dies teilweise aus „ideologischen Gründen“ und dann gewissermaßen aus neoli-

beraler Verblendung. Vor allem aber agieren sie so, weil sich hinter dieser Politik diejenigen handfesten Interessen verbergen, die oben beim Thema „Konzernmacht – Macht der Öl- und Autolobby“ benannt wurden.

Glaubwürdiger Bezugspunkt: die Schweiz bzw. die SBB

Oft ist es bei Debatten und Engagements, die gegen neoliberale Glaubenssätze geführt werden, schwierig, eine real existierende Alternative zu benennen. Der Satz „Eine andere Welt ist möglich“, wird leicht als Utopie im Sinn, das sei „in dieser Welt nicht realisierbar“, abgetan.

Im Fall der Bahnprivatisierung ist es anders. Es gibt im Hier und Jetzt eine real existierende und in weiten Bereichen glaubwürdige Alternative. Das sind die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), ein landesweites Bahnsystem, das sich fast komplett in öffentlichem Eigentum befindet. Die Schiene kann in unserem Nachbarland die folgende Erfolgsbilanz aufweisen:

- es gibt flächendeckend einen Halbstundentakt. Hierzulande gibt es nur bei großen Städten einen Stundentakt, oftmals aber sind selbst Städte wie Dresden nur in einem weit schlechteren Takt in den Fernverkehr eingebunden.

- Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger fahren (mit 1800 km im Jahr) 2,2 mal mehr Kilometer auf der Schiene als ein deutscher Bundesbürger bzw. eine deutsche Bundesbürgerin, obgleich die Schweiz nur ein Neuntel der Fläche der BRD aufweist.

- In der Schweiz liegen die staatlichen Zuschüsse je Leistung (je Tonnen- respektive je Personenkilometer) bei der Hälfte der Zuschüsse, die hierzulande für Leistungen im Schienenverkehr vom Steuerzahlenden bezahlt werden müssen.

Interessanterweise führt die Erwähnung des Beispiels Schweiz hierzulande bei den Befürwortern jeder Art von Bahnprivatisierung regelmäßig zu heftigen Abwehrreaktionen. Es werden allerlei fadenscheinige Argumente bemüht, um einen Vergleich mit der SBB von vornherein auszuklammern. Das derzeit entscheidende Gutachten von Booz Allen Hamilton untersucht eine Vielzahl anderer Schienenunternehmen in Europa und weltweit klammert die Schweiz bzw. die SBB jedoch aus (gelegentlich tauchen allerdings einzelne Daten der SBB auf). Lassen wir ein paar dieser Gegenargumente Revue passieren.

Mehdorn beispielsweise sagt immer wieder, der Vergleich sei falsch, da der Schienenverkehr in der Schweiz nur „eine Art bessere S-Bahn darstelle“. Antwort: Tatsächlich ist der schweizerische Schienenverkehr sehr ähnlich strukturiert wie der bundesdeutsche: mit S-Bahnen, Regionalverkehr und Fernverkehr. Die durchschnittliche Reiseweite liegt in der Schweiz im Schienenpersonenfernverkehr z.B. nicht allzu weit unter derjenige des deutschen Schienenfernverkehrs. Im übrigen müsste es in dem Fall, dass dieses Argument überzeugt, in einem Gebiet wie dem Ruhrgebiet, das kleiner als die Schweiz ist aber eine ähnlich große Bevölkerungszahl hat, leicht sein, einen optimalen, den Strukturdaten der Schweiz ähnlichen Schienenverkehr zu realisieren. Doch die

Schiene im Ruhrgebiet weist im modal split eine ähnliche Struktur auf wie im übrigen Deutschland – bzw. die Strukturdaten sind hier in der Schweiz um mehr als 50 Prozent besser. Sodann wird gesagt, die Schweiz habe eine für den Schienenverkehr „weit günstigere Siedlungsstruktur“. Tatsächlich ist die Bevölkerungsdichte in der Schweiz niedriger als hierzulande. Das Schienennetz ist dichter als in der BRD. Demnach sind die grundlegenden Strukturdaten diesbezüglich in der Schweiz zumindest nicht günstiger. Hinzu kommt, dass die topographischen und klimatischen Bedingungen in der Schweiz für den Schienenverkehr weit ungünstiger sind als hierzulande. Höhenunterschiede von bis zu 1000 Metern sind Standard in der Schweiz. In der BRD gibt es dies nur ausnahmsweise. Im Winter sinken in der Schweiz die Temperaturen um rund zehn Grad weiter unter Null als hierzulande. Dennoch sind die Züge der SBB weit pünktlicher als diejenigen in der BRD.

Weiter heißt es: Ja, die Schweizer und Schweizerinnen „lieben halt ihre Bahn“. Sie seien engagierte Bahnfahrende. Auch das stimmt nur zum Teil. In der Schweiz liegt die Pkw-Dichte höher als hierzulande. Es wird auch mehr Pkw gefahren als in der BRD. Dennoch wird mehr als zwei Mal so viel Bahngefahren.

Die Gründe für den Erfolg der SBB müssen anderswo zu finden sein.

Gründe für den bahnsinnigen Erfolg in der Schweiz

Untersucht man, was die objektiven Gründe für den Erfolg der Schiene in der Schweiz sind, dann lautet das Ergebnis nicht, dass es sich hier um einen „Mythos“ oder um eine Art „Asterix und Obelix-Dorf, das der bösen Gegenmacht trotzt“, handelt. Vielmehr dürften vier objektive Gründe hierfür entscheidend sein:

Erstens gibt es in der Schweiz, obwohl es sich um ein führendes kapitalistisches Land handelt, keinen einzigen Autokonzern und kein einziges großes, auf dem Weltmarkt aktives Ölunternehmen. Dies trägt dazu bei, dass die Autolobby in der Schweiz nicht ganz so wirksam ist wie anderswo, dass sie vor allem nicht ganz so stark materiell gestützt wird.

Zweitens weist der schweizerische Schienenverkehr in der Eigentümerstruktur eine eher dezentrale Struktur auf. Rund die Hälfte aller Strecken und Schienenverkehrsunternehmen befindet sich in der Hand – in öffentlichen Eigentum – der Kantone. Diese sind in der Struktur den deutschen Bundesländern vergleichbar, gleichzeitig aber in der Regel nur so groß wie die kleinsten deutschen Bundesländer. Diese kantonalen Bahnen sind zwar in den Fahrplan und in das gesamte Tarifsystem der SBB eingebunden; für die Fahrgäste erscheint der schweizerische Bahnverkehr als ein einheitlicher. Doch die vielfach dezentralen Eigentumsformen führen zu einer großen Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit.

Drittens besteht das führende Personal bei der SBB in der Regel aus engagierten, kenntnisreichen und ambitionierten Bahnleuten. Dies gilt gerade auch für den SBB-Bahnchef Benedikt Weibel. Das Management bei der DB AG hingegen ist seit geraumer Zeit überwiegend bar jeder Kenntnis eines effizienten Bahnbe-

triebs. Vielfach handelt es sich um – vom Luftfahrtingenieur Mehdorn importierte „Luft-hanseaten“. Entsprechend liegt der SBB-Bahnchefs im Ranking und Vergleich mit führenden schweizerischen Top-Managern an der Spitze; Hartmut Mehdorn landet bei entsprechenden Vergleichen regelmäßig auf dem letzten oder einem der letzten Plätze.

Viertens ist der Erfolg der Schiene in der Schweiz Resultat einer demokratischen Tradition. Als die Bahnfachleutegruppe „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ im September 2005 in Bad Herrenalb zusammen mit der Evangelischen Akademie Baden eine Tagung zum Thema Bahn und Börse durchführte, gab es dort auch einen Vortrag eines Vertreters des schweizerischen Verkehrsministeriums. Dieser äußerte sinngemäß, sie, die Verkehrsfachleute in der Schweiz, hätten in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre noch ähnliche Ziele verfolgt, wie sie dann bald darauf in der BRD im Schienenverkehr realisiert worden wären. Das heißt, es gab auch in der Schweiz u.a. eine Orientierung auf Hochgeschwindigkeit, auf das Abhängen mittelgroßer und kleinerer Städte, auf die Konzentration auf Metropolen und auf einen Geschäftsreiseverkehr usw.

Was war dann der Grund für die derzeit sichtbare, alternative Schienenverkehrspolitik? Der Vertreter des Schweizerischen Verkehrsministerium illustrierte dies mit einem Chart, auf der knapp zehn Referenden wiedergegeben waren, dies es in Sachen Bahnpolitik in der Schweiz seit Anfang der achtziger Jahre gab. Immer entschied die Schweizerische Bevölkerung sich für den Erhalt der Bahn in der Fläche, gegen Höchstgeschwindigkeit und für eine bürgernahe Bahn. Und oft erfolgte dies gegen die große Mehrheit des schweizerischen Establishments und gegen den sogenannten verkehrspolitischen „Sachverstand“.

Die Entscheidung über eine Privatisierung der Bahn in Deutschland könnte einen weitreichenden Schritt darstellen, der entweder – im Fall der Beibehaltung des Bundeseigentums an der Deutschen Bahn AG – die Zukunftsfähigkeit im Verkehrssektor offen hält oder – im Fall der Umsetzung einer der Privatisierungsvarianten – diese weitgehend verbaut.

Die Dimensionen, mit denen wir es zu tun haben, sind heute angesichts des absehbaren Endes des Ölzeitalters und angesichts der real bereits stattfindenden Veränderungen des Klimas sehr weitreichend. Das folgende Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ stammt aus einer Zeit, als es diese bedrohlichen Szenarien noch gar nicht gab. Umso mehr sollte man die damit angesprochenen kulturpolitischen Konsequenzen ernst nehmen:

„Das Reiterstandbild des römischen Kaisers Mark Aurel, das bis 1981 rund 1800 Jahre lang im Herzen Roms gestanden hatte, wird nach den Restaurierungsarbeiten nicht auf seinen Sockel zurückkehren. Das kostbare Original soll in einem Palast wohlbehütet vor den schädlichen Einflüssen aufgestellt werden, während eine Kopie auf den Sockel gestellt und damit der aggressiven römischen Luft ausgesetzt wird. Nach einer Legende geht Rom an dem Tag unter, an dem die Vergoldung der Statue verschwunden ist. Von der Originalvergoldung sind jedoch nur noch kleine Flächen erhalten.“

Bundesweiter Aufruf zum Bush-Besuch

Bush in Deutschland: "Er ist nicht unser Gast!"

Kriege beenden - Kriegsplanungen stoppen!

Wir empfangen US-Präsident Bush bei seinem Besuch am 14. Juli 2006 in Stralsund mit gebührend breitem Protest. Seine arrogante Machtpolitik wird mittlerweile von einem Großteil der Gesellschaft in den USA abgelehnt. Auch hier muss ihm deutlich gemacht werden, dass er nicht willkommen ist.

Von der Gastgeberin, Bundeskanzlerin Merkel, verlangen wir, dass sie keine Kriegsaktionen gegen den Iran unterstützt. Alle bisherigen Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, sind opferreich gescheitert. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein! Ein Krieg gegen Iran würde nicht nur viele Menschenleben kosten und die Infrastruktur des Landes zerstören. Die Zivilgesellschaft, die in Frieden und frei von Unterdrückung, solidarisch und demokratisch leben will, würde zerschlagen werden.

Dennoch lässt die US-Regierung keinen Zweifel daran, den Iran militärisch angreifen zu wollen. Selbst den Einsatz eigener

Atomwaffen will sie nicht ausschließen. Widerspruch aus Europa kann diese Pläne verhindern.

Die Bundesregierung leistete bereits beträchtliche Hilfe für den Kriegskurs der USA: durch die Nutzung der hier gelegenen

Militärflughäfen, durch die Bewachung der US-Militäreinrichtungen; durch den Bundeswehreininsatz in Afghanistan und am Horn von Afrika sowie durch die Ausbildungs- und Materialhilfe für irakische Truppen. Diese Komplizenschaft muss beendet werden!

Die Bundesregierung hat erstmals im Krieg gegen Jugoslawien 1999 das völkerrechtlich verbindliche und im Grundgesetz verankerte Verbot des Angriffskrieges gebrochen. Sie betreibt zielstrebig den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee. Mit dem angekündigten neuen "Weißbuch" des Verteidigungsministers Jung sollen der "Verteidigungsfall" umdefiniert

und weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr gerechtfertigt und zum Normalfall erklärt werden.

Innenpolitisch begleitet den sog. "Kampf gegen den Terror" ein zunehmender Abbau sozialer Leistungen und demokratischer Rechte. Bald soll die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt werden. Die Fußballweltmeisterschaft dient als erster Probelauf. Innenminister Schäuble will durch Folter beschaffte Informationen verwerten und so das weltweite Folterverbot durchlöchern.

Die US-Regierung braucht die europäischen Staaten als enge Verbündete für ihre "Koalition der Willigen", um weitere "Kriege gegen den Terror" führen zu können. Aber die Kriege der USA sind selbst Terror und Quelle immer neuer Gewalt. Tatsächlich geht es ihnen um die Kontrolle der wichtigsten Öl- und anderer Energiequellen im Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentralasien.

Wir fordern:

- Kein Krieg gegen den Iran
- Abzug der Besatzungstruppen aus Irak und Afghanistan
- Schluss mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr an den Kriegen weltweit
- Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Misshandlung von Gefangenen und Angriffen gegen Zivilisten
 - Eine Atomwaffenfreie Zone in der Region des Nahen und Mittleren Ostens
- Eine neue internationale Initiative zu weltweiter systematischer atomarer Abrüstung, wie im Atomwaffensperrvertrag festgelegt
- Einrichtung einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten
 - Keine Kriege um Öl oder andere Ressourcen: Ausstieg aus Atom- und fossiler Energie, Einstieg in erneuerbare Energien

Dafür treten wir ein:

Um die drängenden Probleme der Menschen global friedlich lösen zu können, braucht die Welt keine Kriegallianzen, wie sie z.B. bei den G8-Gipfeln geschmiedet werden, sondern Abrüstung und solidarische Zusammenarbeit. Wir wollen die Respektierung des Völkerrechts, staatlicher Souveränität und Grenzen sowie ein ziviles und soziales Europa mit der Verpflichtung zur Abrüstung. Wir brauchen vorrangig öffentlich geförderte Arbeitsplätze und Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Umweltschutz.

**Dafür werden wir gemeinsam am 14. Juli in Stralsund,
und am 13. bzw. 15. Juli überall im Land demonstrieren!**

Kein Blut für Öl!

ATTAC - SOMMERAKADEMIEN:

Österreich: geMACHTe Räume - Konkurrieren verbindet? Regionale Integration zwischen Solidarität und Wettbewerb, Sommer a t t a c ademie 19.-23. Juli 2006 in Schrems/Waldviertel

<http://www.attac.at/soak06>

Deutschland: Karlsruhe, 4. – 9. August <http://www.attac.de/sommerakademie2006/>

Schweiz: 1. bis 3. September in Biel . Hauptthema: Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Prekarisierung.

<http://www.schweiz.attac.org/Die-Dritte-Sommerakademie-von>